

Nr. 10

Europäische

Organisation

der Obersten

Rechnungskontrollbehörden



II. EUROSAI-EURORAI-Konferenz

Über das Staatliche Kontrollkomitee, die ORKB der Republik von Weissrussland Die Supreme Chamber of Control (NIK) als Koordinator der EUROSAI-Arbeitsgruppe für die Umweltprüfung. Erfahrungen und Forderungen

Die Rechnungsprüfung und Waffen. Die Rolle des Rechnungshofs in der gesetzlichen Kontrolle der Streitkräfte

Inhaltsverzeichnis

1 LEITARTIKEL

INFORMATION

- **EUROSAI-NACHRICHTEN**
- Protokoll der XXV. Versammlung des EUROSAI-Präsidiums
- Protokoll der XXVI. Versammlung des EUROSAI-Präsidiums
- Resolution der II. EUROSAI-EURORAI-Konferenz zur Zusammenarbeit bei der Prüfung des Gesundheitswesens
- 10 Zweiter Entwurf der Schlussfolgerungen des EUROSAI-Ausbildungskomitees
- Workshop über die Risikoevaluierung in der Planungsphase
- 15 Zusammenfassung der Beschlüsse der XXVII. Versammlung des EUROSAI-Präsidiums
- Aktivitäten der EUROSAI im Jahr 2003 17
- 17 Vorschau auf die EUROSAI-Aktivitäten für 2004
- 18 Nachrichten der EUROSAI-Mitglieder
- 19 EUROPÄISCHE UNION
- 19 Jahresbericht 2002
- 21 Veröffentlichte Sonderberichte im Jahr 2003

BERICHTE UND STUDIEN

- 25 ÜBER DAS STAATLICHE KONTROLLKOMITEE, DIE ORKB DER REPUBLIK VON WEISSRUSSLAND Arkadiy Salikov, Vizepräsident des Staatlichen Kontrollkomitees der Republik von Weissrussland
- DIE WICHTIGSTEN ASPEKTE DER PRÜFUNG DER VERWENDUNG DER ÖFFENTLICHEN MITTEL SEITENS DES RECHNUNGSHOFS DER UKRAINE
 - V. K. Simonenko, Präsident des Rechnungshofs der Ukraine
- 31 DIE SUPREME CHAMBER OF CONTROL (NIK) ALS KOORDINATOR DER EUROSAI-ARBEITSGRUPPE FÜR DIE UMWELTPRÜFUNG. ERFAHRUNGEN UND FORDERUNGEN

Miroslaw Sekula, Präsident der Obersten Kontrollkammer von Polen

- 36 NEUE RICHTLINIE FÜR DIE LEISTUNGSKONTROLLE DES NATIONAL AUDIT OFFICE VON DÄNEMARK Seniorberater Jens Lund Andersen
- 40 DIE RECHNUNGSPRÜFUNG UND WAFFEN DIE ROLLE DES RECHNUNGSHOFS BEI DER GESETZLICHEN KONTROLLE DER STREITKRÄFTE

Gerrit de Jong, Mitglied des Präsidiums. Brord van Westing, Projektmanager des Rechnungshofes der Niederlande

- 45 STATISTISCHE STICHPROBENTECHNIKEN IN DER PRAXIS DURCHFÜHRUNG EINER TELEFONISCHEN UMFRAGE WÄHREND EINER WIRTSCHAFTLICHKEITSPRÜFUNG - EINE MALTESISCHE ERFAHRUNG Mantoine D'Ambrogio-Araci, National Audit Office von Malta, Seniorprüfer in der VFM-Sektion
- 49 DIE ENTWICKLUNG EINER SCHULUNGSINFRASTRUKTUR IN DEN KANDIDATENLÄNDERN FÜR DEN BEITRITT ZUR EUROPÄISCHEN UNION

Patrick Callaghan, Direktor für Information, Entwicklungsinitiative der INTOSAI

ISSN: 1027-8982 ISBN: 84-922117-6-8

Gesetzl. Hinterlegung: M. 23.968-1997

Das EUROSAI Magazin wird im Namen der EUROSAI (Europäische Organisation der Obersten Rechungskontrollbehörden) vom EUROSAI Sekretariat jährlich veröffentlicht. Das Magazin ist mit dem Fortschritt öffentlicher Prüfungsverfahren und Vorgehen sowie mit der Information über die Aktivitäten der EUROSAI befasst.

Die Meinungen und Ansichten der Herausgeber und Unterzeichnenden sind persönlich und müssen nicht unbedingt mit den Ansichten oder Strategien der

Beiträge in Form von Artikeln, Berichten und Nachrichten werden gerne entgegengenommen und sind an das Büro des Herausgebers beim RECHNUNGSHOF, Sekretariat der EUROSAI, Fuencarral 81, 28004 Madrid, Spanien einzusenden.

 $Tel.: +34\ 91\ 446\ 04\ 66\ -\ Fax: +34\ 91\ 593\ 38\ 94\ -\ E-mail: eurosai@tcu.es\ -\ tribunalcta@tcu.es\ -\ www: http://www.eurosai.org$

Die vorstehend erwähnte Anschrift ist auch für jede weitere Korrespondenz im Zusammenhang mit der Zeitschrift anzuwenden.

Die Zeitschrift wird allen Vorsitzenden aller Obersten Rechnungskontrollbehörden in ganz Europa, die an der Arbeit der EUROSAI teilnehmen, zugestellt.

Die Zeitschrift wird von der EUROSAI veröffentlicht und von Herrn Ubaldo Nieto de Alba, Präsident des Rechnungshofs von Spanien und Generalsekretär der EUROSAI, Frau Mª José de la Fuente y de la Calle; Frau Teresa García García; Herrn Jerónimo Hernández Casares; und Frau Mª Socorro Orcajo González, Personal des Rechnungshofs von Spanien koordiniert und überwacht. In den Übersetzungen wird mit den Unternehmen Auctoritas, S.L. und Guerman & Guinzbourg, intérpretes jurados, S.L. zusammengearbeitet. Produktion und Gestaltung durch DiScript.

Leitartikel

Sehr geehrte EUROSAI-Mitglieder:

Die Komplexität, die heute die wirtschaftliche Tätigkeit des öffentlichen Sektors auszeichnet und die wachsende Zahl der Unternehmen, die dessen entsprechende Prüfungen durchführen oder an diesen beteiligt sind, machen die Integration von Kontrollen mittels technischer Koordinationsverfahren und der Zusammenarbeit öffentlicher Anstalten in zunehmendem Maße erforderlich.

Die neuen Globalisierungsstrategien schaffen eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen den einzelnen Volkswirtschaften, wo die Integration in die Vielfalt es mit sich bringt, dass das "Ganze" größer ist als die Summe der Teile. Dabei erlangen die Begriffe Verantwortlichkeit und Zusammenarbeit eine große Bedeutung. Einen Beitrag hierzu leistet auch die Schaffung des neuen Europa mit homogenen und demokratischen politischen Systemen, deren Struktur von einheitlichen Systemen zur Kontrolle der Verwaltung und der Staatsausgaben abgesichert werden muss.

Unter vollster Berücksichtigung der Eigenheiten eines jeden Systems, müssen sich die Kontrollen in die Kooperationsstrategien integrieren und somit die diese Kooperation begünstigenden Elemente stärken. Es ist erforderlich, gemeinsame Bereiche zu bestimmen und technische sowie praktische Aspekte auszumachen, die eine effektive Gestaltung der Kooperation ermöglichen und eine Harmonisierung der Normen, Techniken und
Verfahrensweisen zu fördern, die die Zusammenarbeit ermöglicht. Bei all dem müssen Formen der Problemlösung gefunden werden, um die Hindernisse oder Risiken auszumachen, die einer Kooperation im Wege stehen
oder sie erschweren.

Die Kooperation begünstigt die Schaffung eines realen Mehrwerts, der die Besonderheiten zurückstellt und das auf einem gemeinsamen Interesse basierende Kontrollnetz, den Geist des Vertrauens, die Unabhängigkeit, Gleichheit und Freiheit bei der Beteiligung, die Transparenz und das Verantwortungsbewusstsein effizient macht. Um effektiv zu sein, muss die Kooperation über Dynamik verfügen und somit die Werte in Verhaltensnormen umformen.

Aus dieser Sicht muss EUROSAI eine entscheidende Rolle spielen und einen Großteil ihrer Bemühungen darauf konzentrieren, bei den obersten Rechnungskontrollbehörden, die in gemeinsamen Handlungsräumen agieren, die ständigen Integrations- und Globalisierungsprozessen unterliegen, die wiederum zu Dezentralisationsprozessen führen, das Bewusstsein für die Transzendenz eines Fortschreitens bei der Kooperation innerhalb ihren regionalen Grenzen und in Beziehung zu anderen Gruppen zu schaffen.

In diesem Sinne sind die regelmäßig stattfindenden gemeinsamen Treffen der EUROSAI mit anderen Organisationen der Kontrollbehörden wie OLACEFS (die in diesem Jahr ihr drittes Treffen unter dem Thema "Die Rechnungsprüfung im 21. Jahrhundert" in London durchführen wird) und EURORAI (die ihr Augenmerk letztes Jahr in Kopenhagen auf die Kooperation in der Rechnungsprüfung des Gesundheitssektors richtete) von besonderer Bedeutung.

Als Präsidenten der Obersten Kontrollbehörden müssen wir die Grundlagen für diese Kooperation schaffen und uns verpflichten, sie in ihren verschiedenen Formen voranzutreiben, sie in operativer Weise in die Praxis umzusetzen und ihre Ergebnisse in einem ständigen Verfahren der Rückführung durch Projekte und reale und progressive Fortschritte zu prüfen. Der Austausch von Informationen, der einen Mechanismus horizontaler und vertikaler Wechselbeziehungen mit sich bringt, der die Kontrollbehörden selbst, die Parlamente und die nationalen Verwaltungsgesellschaften mit einschließt, ist zu fördern, um größere Transparenz und Effizienz bei der Verwendung öffentlicher Mittel zu erzielen.

In diesem Zusammenhang sollte der wichtige Beitrag der EUROSAI-Arbeitsgruppen zu den Themen Informationstechnologie und Umweltprüfungen, die sich in konkreten Fällen mit interessanten Kooperationsinitiativen beschäftigen, hervorgehoben werden und auch die Bemühungen des Schulungskomitees, das eine bedeutende, auf den Entwurf einer gemeinsamen Schulungsstrategie ausgerichtete Arbeit leistet und die Organisation von Seminaren und Veranstaltungen sowie die Zusammenarbeit mit der IDI aktiv fördert.

Ich möchte diese Worte nicht abschließen, ohne unserem geschätzten Kollegen und Freund, Dr. Volenik, in großer Herzlichkeit zu gedenken. Er war Vorsitzender der Obersten Rechnungskontrollbehörde der Tschechischen Republik, von 1996 bis 1999 Vorsitzender des EUROSAI und ein bedeutender Förderer der Kooperation auf allen Ebenen unserer Organisation.

Auch möchte ich allen Autoren, die diese neue Ausgabe der Zeitschrift von EUROSAI großzügig ermöglichten, meinen herzlichsten Dank aussprechen und dieses Forum, dessen grundlegende Aufgabe es ist, die Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern unserer Organisation aufrechtzuerhalten, allen denjenigen anbieten, die einen Beitrag zu dieser gemeinsamen Arbeit leisten möchten.

Ubaldo Nieto de Alba Vorsitzender des Rechnungshofs Generalsekretär der EUROSAI

Eurosai-Nachrichten

PROTOKOLL DER XXV. VERSAMMLUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS

Moskau (Russische Föderation) - 27. Mai 2002

Das Präsidium der EUROSAI hat seine XXV. Versammlung in Moskau (Russische Föderation) am 27. Mai 2002 unter dem Vorsitz von Herrn François Logerot, Erster Präsident des französischen Rechnungshofs und Präsident der EUROSAI, mit Teilnahme aller im beigefügten Anhang I aufgeführten Mitglieder, Beobachter und Gäste, abgehalten.

Herr Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation hiess alle Teilnehmer willkommen und Herr Logerot hielt die Eröffnungsrede. Herr Logerot hebt die wichtige Rolle der ORKB der Tschechischen Republik und ihres Präsidenten, Herrn Voleník, in der Entwicklung der Organisation, als Präsident der EUROSAI und danach als Mitglied des Präsidiums hervor und erklärt, dass diese ORKB weiterhin als Mitglied des Ausbildungsausschusses eine sehr aktive Rolle in der EUROSAI spielen wird. Er begrüsst Herrn Núñez Pérez, der in Vertretung des Generalsekretärs der EUROSAI teilnimmt, da dieser aus Gesundheitsgründen verhindert ist und wünscht ihm im Namen des Präsidiums eine schnelle Genesung.

Vor Inangriffnahme der Punkte der Tagesordnung informiert Herr Logerot, Präsident der EUROSAI, die Mitglieder des Präsidiums, dass Herr Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation, einen Vorschlag bezüglich eines Symbols für die Organisation unterbreiten möchte und gibt ihm das Wort für die Präsentierung des Projekts.

Herr Stepashin erinnert daran, dass die EUROSAI bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt über kein Symbol für die Organisation verfügt. Anschliessend präsentiert er den Mitgliedern des Präsidiums ein Glaspolyeder, graviert mit den Abkürzungsbuchstaben der Organisation und schlägt vor, dass sich dieser Gegenstand als Sinnbild der Transparenz in das Symbol der EUROSAI verwandelt. Dieses Symbol würde vom amtierenden Präsidium

während seines Mandats verwahrt und auf jedem Kongress dem neuen Präsidenten übergeben werden.

Das Präsidium billigt den Vorschlag von Herrn Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation.

1. Verabschiedung der Tagesordnung der XXV. Versammlung

Die Tagesordnung der XXV. Versammlung wird nach Aufnahme der folgenden Erweiterungen und Berichtigungen verabschiedet:

In Punkt 9: Präsentierung seitens der Vorlage des endgültigen Programmes des Kongresses durch die ORKB der Russischen Föderation des endgültigen Programms des Kongresses;

In Punkt 10: «Verschiedenes» Information seitens der ORKB des Vereinigten Königreichs über die Resultate der Arbeitsgruppe für die Strategische Planung der INTOSAI, die in Washington während des 25. und 26. Aprils 2002 stattfand.

2. Verabschiedung des Protokolls der XXIV. Versammlung

Das Protokoll der XXIV. Versammlung (7. März 2002, Kopenhagen) wird verabschiedet und allen Mitgliedern der Organisation zugesandt.

3. Bericht über die Aktivitäten der EUROSAI im Geschäftszeitraum 1999-2002

Herr Núñez Pérez präsentiert, in Vertretung von Herrn Nieto de Alba, den Bericht des Generalsekretärs, in dem die wichtigsten Aktivitäten der Organisation des Geschäftszeitraumes 1999-2002 enthalten



sind. Seitens der Mitglieder werden keine Kommentare zu diesem Bericht gemacht. Der Bericht wird dem Kongress zur Billigung vorgelegt werden.

4. Präsentierung der Rechnungslegungen, der Finanzberichte und Berichte der Rechnungsprüfer für die Geschäftsjahre 1999, 2000 und 2001

Herr Núñez Pérez, präsentiert im Namen des Generalsekretärs der EUROSAI die Rechnungslegungen und die Finanzberichte der Geschäftsjahre 1999, 2000 und 2001, zusammen mit den Berichten der Rechnungsprüfer. Der Präsident der EUROSAI erklärt, dass die Rechnungsprüfer eine positive Meinung über die vom spanischen Generalsekretariat geführten Rechnungslegungen der Organisation erstellt haben.

Seitens der Mitglieder und der Beobachter des Präsidiums werden keine Kommentare gemacht. Die vorgenannten Dokumente werden dem Kongress zur Verabschiedung vorgelegt werden.

5. Vorlage des Budgetprojekts

Herr Núñez Pérez präsentiert im Namen des Generalsekretärs der EUROSAI, das Budgetprojekt, dass in Übereinstimmung mit den vom Präsidium in seiner letzten Versammlung am 7. März in Kopenhagen festgelegten Richtlinien erstellt wurde.

Seitens der Mitglieder und der Beobachter des Präsidiums erfolgen keine Kommentare. Dieses Projekt wird dem Kongress zur Verabschiedung vorgelegt werden. Herr Logerot, Präsident der EUROSAI, erklärt, dass dieses Budgetprojekt, wenn es vom Kongress verabschiedet wird, erlaubt, die Entwicklung der Aktivitäten der Organisation und insbesondere die des Ausbildungsausschusses durchzuführen.

6. Information über die Kandidaturen für die Wahl der Mitglieder des nächsten EUROSAI-Präsidiums und Ernennung der neuen Rechnungsprüfer

Herr Núñez Pérez erinnert im Namen des Generalsekretärs der EUROSAI, die Mitglieder des Präsidiums an die Kandidaturschreiben, die ihm von den Präsidenten der ORKB Italiens und Litauens angesichts der Wahl der Mitglieder des nächsten EU-ROSAI-Präsidiums zugesandt wurden.

Bezüglich der Ernennung der Rechnungsprüfer informiert Herr Núñez Pérez, dass die ORKB von Belgien offiziell mitgeteilt hat, dass sie bereit sei, ein neues Mandat zu übernehmen, im Gegensatz zur ORKB von Irland. Andererseits hat Island seine Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, das Amt des Rechnungsprüfers auszuüben, wenn der Kongress damit einverstanden ist.

Herr Logerot, Präsident der EURO-SAI, nimmt die für die Wahl durch den Kongress präsentierten Kandidaturen der neuen Mitglieder des Präsidiums zur Kenntnis. Er erklärt, dass diese Kandidaturen dem in Artikel 10 der Statuten ausgedrückten Wunsch entsprechen, eine angebrachte Vertretung der geographischen Unterschiede Europas und gleichzeitig der wichtigsten Arten der Rechnungsprüfungen der öffentlichen Mittel zu erreichen.

Er dankt den beiden gewählten ausscheidenden Mitgliedern der ORKB von Estland und des Vereinigten Königreichs. Die Zweitgenannte nimmt ab jetzt an den Versammlungen des Präsidiums in der Eigenschaft eines Beobachters teil. Herr Logerot, Präsident der EUROSAI, lobt den Dynamismus der ORKB von Estland und ihres Präsidenten, Herrn Parts, der eine sehr aktive Rolle in der Organisation übernommen hat, sowohl aufgrund seines Kooperationswillens, als auch seiner immer gelungenen und treffenden Beiträge zu deren Arbeiten.

Bezüglich der kommenden Ernennung der Rechnungsprüfer bringt der EUROSAI-Präsident seine Zufriedenheit zum Ausdruck, dass die ORKB von Belgien den Wunsch verlauten liess, ein neues Mandat zu übernehmen und er dankt der ORKB von Irland für die Qualität der während ihrer beiden Mandate durchgeführten Arbeiten. Er dankt ebenfalls der ORKB von Island, da diese ihre Bereitschaft erklärt hat, die Funktionen des Rechnungsprüfers zu übernehmen.

Das Präsidium nimmt Kenntnis von den Kandidaturen, die dem Generalsekretariat, im Hinblick auf die vom Kongress zu ernennenden nächsten Mitglieder des Präsidiums, sowie der Rechnungsprüfer der Organisation, mitgeteilt wurden.



Herr Perron (ORKB Frankreich), der zusammen mit Frau Fernández-Pirla (ORKB von Spanien) dem EUROSAI-Ausbildungsausschuss (CEF oder ETC in Englisch) vorsitzt, legt den Bericht über die Aktivitäten der Jahre 2000-2002 des Ausbildungskomitees, der dem Kongress unterbreitet wird, zusammen mit dem Beschlussvorschlag über die Ausbildungsstrategie der EUROSAI vor, der gemäss den vom Präsidium auf seiner Zusammenkunft am 7. März 2002 in Kopenhagen vorgegebenen Richtlinien, ausgearbeitet wurde.

Bezüglich dieser Dokumente werden seitens der Mitglieder oder Beobachter des Präsidiums keine Kommentare gemacht. Diese Dokumente werden dem Kongress zwecks Billigung vorgelegt.

8. Vorlage des Berichts der Arbeitsgruppe für Umweltkontrolle

Herr Sekula, Präsident der ORKB von Polen präsentiert den Bericht der Arbeitsgruppe für Umweltkontrolle für den Zeitraum von 1999-2002, bevor dieser dem Kongress zur Prüfung vorgelegt wird.

Seitens der Mitglieder und Beobachter des Präsidiums werden keine Kommentare gemacht. Dieses Dokument wird dem Kongress zur Billigung vorgelegt werden.

9. Information über die ORKB und die anderen an dem Kongress als Beobachter oder Gäste teilnehmenden Institutionen und Vorlage des endgültigen Programms des Kongresses

Herr Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation, erinnert daran, dass das Präsidium in seiner Versammlung am 7. März 2002 in Kopenhagen beschloss, in der Eigenschaft als Beobachter die verschiedenen regionalen Gruppen der INTOSAI, die ORKB der USA, da diese für die Zeitschrift der INTOSAI verantwortlich ist und die drei Organisationen,

IDI, SIGMA-OCDE und EURORAI einzuladen. Die ORKB von Kanada und Japan wurden persönlich vom Präsidenten der ORKB eingeladen, die Gastgeberin des Kongresses ist.

Herr Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation, teilt mit, dass er die Bestätigung der folgenden Institutionen und Organisationen erhalten hat: ARABOSAI wird von der ORKB von Marokko vertreten, die die Präsidentschaft innehat, OLACEFS von der ORKB der Republik von Kolumbien, EURORAI, IDI, SIGMA-OCDE, die ORKB der USA als die für die Zeitschrift der INTOSAI verantwortliche Institution und die ORKB von Kanada und Japan haben ebenfalls ihre Anwesenheit zugesagt.

Andererseits schlägt Herr Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation, vor, den vorgenannten Institutionen und Organisationen während der ersten oder zweiten allgemeinen Plenarsitzung unter dem Punkt "Verschiedenes" kurze Referate zu gestatten. Die folgenden Institutionen und Organisationen sind bereit, diese Referate zu halten: ARABOSAI, OLACEFS, IDI, EURORAI, SIGMAOCDE und die ORKB der USA.

Zu diesem Vorschlag werden weder von den Mitgliedern noch von den Beobachtern des Präsidiums irgendwelche Kommentare gemacht. Herr Logerot, Präsident der EUROSAI, erklärt, dass der Kongress dementsprechend von der verabschiedeten Liste der Beobachter und Gäste unterrichtet wird und dass den Punkten, die dem Kongress-Programm hinzugefügt wurden, zugestimmt wurde. Er fügt hinzu, dass die Referate der Beobachter ein Zeichen des Interesses sind, das andere Institutionen und Organisationen der EUROSAI entgegenbringen, jedoch auch ein Zeichen der Offenheit und des Dynamismus unserer Organisation. Diese Referate können für die EUROSAI von grossem Nutzen sein.

10. Verschiedenes

Sir John Bourne bittet Herrn Sinclair, der die ORKB von Grossbritannien vertritt, dem Präsidium Bericht über die Resultate der in Washington am 25. und 26. April 2002 stattgefundenen Versammlung der Arbeitsgruppe über die Strategische Planung der INTOSAI zu erstatten. Herr Sinclair erklärt, dass sich die Gruppe als Ziel die Erstellung eines Rahmenprojekts



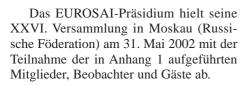
der strategischen Planung gesetzt hat, von dem eine erste Version dem Präsidium der INTOSAI in seiner Versammlung am 15. Oktober 2002 vorgelegt wird. Ziel ist, ein endgültiges Dokument zu erstellen, das dem Kongress in Budapest im Jahr 2004 zur Verabschiedung vorgelegt werden soll. Er weist darauf hin, dass diese von der GAO der Vereinigten Staaten von Amerika präsidierte Gruppe, zu der drei Mitglieder der EUROSAI gehören, ihre Arbeit praktisch erst begonnen hat. In dieser Phase tauschen die Mitglieder Ideen über die Funktionen der INTOSAI, deren wesentliche Werte und allgemeine Orientierungen für den Rahmen des strategischen Plans aus. Sobald ein vorläufiges Dokument erstellt ist, wird dieses unter den Mitgliedern der EUROSAI verteilt, damit jedes Mitglied seinen Beitrag zu den laufenden Arbeiten leisten kann.

Herr Logerot, Präsident der EUROSAI unterstreicht, dass es wichtig ist, dass die IN-TOSAI über die Orientierungen ihrer Handlung nachdenkt und er hebt die wichtige Rolle dieser Arbeitsgruppe in der Vorbereitung dieser zukünftigen Strategie hervor. Er dankt den Mitgliedern der EUROSAI, die an diesem Denkprozess teilnehmen, dessen erste Resultate auf dem INTOSAI-Kongress im Jahr 2004 bekannt gegeben werden.

Herr Logerot, Präsident der EURO-SAI, dankt Herrn Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation, seinen Mitarbeitern sowie allen, die in der Vorbereitung des erfolgreichen Ablaufs der Versammlung mitgeholfen haben; er spricht ebenfalls dem Rechnungshof von Spanien seine Anerkenntnung aus, der seit 1990 das Generalsekretariat der Organisation innehat und hebt die Versammlung auf.

PROTOKOLL DER XXVI. VERSAMMLUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS

Moskau, (Russische Föderation), 31. Mai 2002



Herr Stepashin, Präsident der EURO-SAI, dankt Herrn Logerot, Präsident des Rechnungshofs von Frankreich und vorhergehender Präsident der EUROSAI für seine durchgeführte Arbeit und seine Kollaboration in der Entwicklung des V. EU-ROSAI-Kongresses.

1. Verabschiedung der Tagesordnung der XXVI. Versammlung

Die Tagesordnung der XXVI. Versammlung wird nach Aufnahme der folgenden Änderungen verabschiedet:

• Ein neuer Punkt 5, in dem der Beitrittsantrag der ORKB der ehemaligen jugoslawischen Republik von Mazedonien analysiert wird, der im Sekretariat nach Verteilung des Tagesordnungsprojekts erhalten wurde.

- Der alte Punkt 5 wird jetzt Punkt 6 der Tagesordnung.
- In Punkt 7 "Verschiedenes" berichtet der Präsident der ORKB von Ungarn, Herr Kovacs, über die Vorbereitungen des 50-jährigen Jubiläums der INTOSAI im Jahr 2003 und über die Abhaltung des XVIII. INCOSAI-Kongresses im Jahr 2004

Auch wird die ORKB von Polen ihre Kandidatur für die Organisation des VII. EUROSAI-Kongresses präsentieren.

Abschliessend bittet die ORKB von Portugal ebenfalls um das Wort in diesem Punkt.

2. Willkommen der neuen Mitglieder

Herr Stepashin heisst die drei neuen Mitglieder des EUROSAI-Präsidiums, die Präsidenten der ORKB von Deutschland, Italien und Litauen, die Herren Engels, Staderini und Liauciuss, willkommen.



3. Ernennung des ersten und zweiten Vizepräsidenten

Herr Núñez Pérez, in Vertretung des EUROSAI-Sekretariats, legt dar, dass das Amt des ersten Vizepräsidenten in Erfüllung des Artikels 10 der Statuten automatisch dem Präsidenten der ORKB von Deutschland, Herrn Dieter Engels, übertragen wird.

Bezüglich des zweiten Vizepräsidenten wird von der ORKB des Vereinigten Königreichs mit der Unterstützung der ORKB von Frankreich und der Russischen Föderation die Kandidatur der ORKB von Dänemark, dass heisst, ihres Präsidenten, Herr Otbo, präsentiert. Das EUROSAI-Präsidium billigt die Kandidatur von Herrn Otbo für das Amt des 2. Vizepräsidenten der EUROSAI.

4. Festlegung der für die Erfüllung der Beschlüsse des Kongresses erforderlichen Richtlinien

Herr Stepashin präsentiert eine Zusammenfassung der Resultate des Kongresses und hebt hervor, dass dieses Forum das zunehmende Prestige und den Einfluss unserer Organisation bestätigt, was sich in der Erhöhung der Mitgliederanzahl der EUROSAI (36 Mitglieder waren auf dem Kongress in Paris anwesend und 44 auf dem in Moskau) sowie auch in der Erweiterung des Bereiches der Zusammenarbeit niederschlägt.

Aus den Debatten der Arbeitssitzungen geht hervor, dass sich wichtige Änderungen in der Organisation und den Funktionen der ORKB ergeben haben, ein grösseres Zusammenspiel in der Kooperation und Analyse erreicht wurde und detailliertere Studien von Themen wie die Umweltprüfung, Techniken der Informatik, Schulung von Experten durchgeführt wurden

Herr Stepashin erklärt, dass die vom Kongress durchgeführte Analyse eines der Schlüsselelemente der Aktivitäten der ORKB, "die Kontrolle des Haushalts", ein bedeutender Beitrag zur Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen der EURO-SAI ist.

Herr Stepashin hebt das Schlussdokument des Kongresses "Die Empfehlun-

gen", hervor, in dem die Erfahrungen der ORKB sowie auch die Perspektiven über dieses Thema wiedergegeben werden und schlägt vor, dass das Ausbildungskomitee und die kürzlich gegründete EUROSAI-Arbeitsgruppe über Informationstechnologien bei der Erstellung ihrer Arbeitsplanungen für die 3 kommenden Jahre die Beschlüsse des Kongresses berücksichtigen.

In den kommenden 3 Jahren werden die Ausbildungsprobleme in den Aktivitäten des Präsidiums einen wichtigen Platz einnehmen. Herr Stepashin erinnert an den Beschluss des Kongresses "über die EUROSAI-Strategie auf dem Ausbildungsbereich", der dem Präsidium die Vornahme einer Vorstudie über die Festlegung der Ausbildungserfordernisse, Definition der für diese erforderlichen Mittel und die Erstellung von Strategievarianten, die die EUROSAI auf diesem Gebiet beschliessen könnte, mit der Beteiligung aller Mitglieder der Organisation empfiehlt. Herr Stepashin wendet sich an Herrn Logerot, Präsident der ORKB von Frankreich und Kopräsident des Ausbildungskomitees, damit er einen Vorschlag in diesem Sinne unterbreitet. Herr Stepashin bezieht sich ebenfalls auf die für die Jahre 2002-2003 programmierten EUROSAI-Veranstaltungen: (1) 2. Ausbildungsveranstaltung im September 2002 in Ungarn über das Thema "Value for Money Audit"; (2) 3. Ausbildungsevent in Prag im Jahr 2003 über das Thema "Auswertung der internen Kontrolle"; (3) Das letzte regionale Seminar der 1. Phase des Langfristigen Regionalen Ausbildungsprogramms der IDI; das in Estland im September 2002 abgehalten wird; (4) das erste Seminar der 2. Phase des Programms für die Länder von Zentral- und Osteuropa, das im Herbst 2002 stattfinden wird.

Herr Stepashin hebt hervor, dass für die Durchführung eines so umfangreichen Programms auf dem Gebiet der Ausbildung wesentliche organisatorische und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen und in diesem Sinn ist der Beschluss des Kongresses bezüglich der Erhöhung der Beitragsquoten von grösster Bedeutung als Massnahme, die die Erweiterung der Finanzierung der Ausbildungsveranstaltungen erlauben wird.



Herr Stepashin erinnert ebenfalls an den vom Kongress gefassten Beschluss "über die Gründung einer EUROSAI-Arbeitsgruppe über die Informationstechnologien" und er ist davon überzeugt, dass diese kürzlich gegründete Arbeitsgruppe die Intensivierung der EUROSAI-Aktivitäten auf diesem wichtigen Gebiet erlaubt.

Herr Stepashin bezieht sich auf den vom Kongress gebilligten Bericht der Arbeitsgruppe für Umweltkontrolle, was darauf schliessen lässt, dass diese Arbeitsgruppe ihre erfolgreiche Arbeit auch in der kommenden Periode fortsetzen wird.

Bezüglich der Perspektive der Zusammenarbeit der EUROSAI mit anderen der Kontrolle der öffentlichen Mitteln gewidmeten internationalen Organisationen während der kommenden 3 Jahre, zeigt Herr Stepashin die Wichtigkeit der Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen der EUROSAI und der OLACEFS auf, und erinnert an die zweite EUROSAI-OLA-CEFS-Tagung, die im kommenden Juli 2002 in Kolumbien stattfinden soll, sowie auch an die zweite EUROSAI-EURORAI-Tagung in Dänemark im Juni 2003 über das Thema der Prüfung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Der Vertreter des Vereinigten Königreichs, Herr Martin Sinclair erklärt in der Versammlung, dass die ORKB von Großbritannien bereit sei, das nächste EUROSAI/OLACEFS-Seminar in London zu organisieren, sollte das Präsidium beschließen, einen dritten Event abzuhalten. Die Mitglieder des Präsidiums nahmen dies zur Kenntnis und dankten Großbritannien für das Angebot.

Herr Logerot, Präsident der französischen ORKB, ergreift das Wort und gratuliert Herrn Stepashin und seinen Mitarbeitern zu der erfolgreichen Organisation und dem Resultat des V. Kongresses. Anschliessend kommentiert er speziell den Beschluss des Ausbildungskomitees und des Mandats, mit dem das Präsidium vom V. Kongress beauftragt wurde, und schlägt vor, dass das Ausbildungskomitee selbst die im Beschluss angeführten Angelegenheiten analysiert und das Präsidium in seiner nächsten Versammlung während des Jahres 2003 hierüber informiert.

Der Vorschlag von Herrn Logerot wird angenommen.

5. Antrag auf Beitritt zur Organisation der ORKB der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

Herr Núñez Pérez legt die satzungsmässigen Voraussetzungen dar, die eine ORKB zwecks Beitritt zu unserer Organisation erfüllen muss, und präsentiert die Kandidatur der ORKB der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zwecks Billigung seitens des Präsidiums.

Der Beitritt der ORKB der ehemaligen jugoslawischen Republik von Mazedonien zur EUROSAI wird gebilligt.

6. Ort und Datum der nächsten Versammlung des Präsidiums

Herr Staderini, Präsident der ORKB von Italien, bietet als neues Mitglied des Präsidiums der EUROSAI an, die XXVII. Versammlung dieses Präsidiums im Oktober 2003 zu organisieren.

Dieser Vorschlag wird vom Präsidium gebilligt.

7. Verschiedenes

7.1. Herr Kovacs, Präsident der ORKB von Ungarn, informiert über die Vorbereitungen der beiden wichtigen Events, die in den Jahren 2003 und 2004 in Budapest stattfinden werden.

Er dankt für das Vertrauen seitens der EUROSAI, seine Kandidatur für die Organisation dieser wichtigen Veranstaltungen unterstützt zu haben.

Bezüglich des 50-jährigen Jubiläums der INTOSAI im Jahr 2003 legt er kurz den Ablauf der Veranstaltung hinsichtlich der vorgesehenen Themen und Reden dar:

- Während der Arbeitssitzung des Präsidiums werden drei Referate über folgende Themen gehalten: "Die immer wichtigere Rolle der INTOSAI in den Globalisierungsprozessen" und "Rückblick auf die Aktivitäten der INTOSAI während der vergangenen 50 Jahre"
- Das im Gedächtnisakt zu entwickelnde Thema ist das folgende: "Rückblick auf die Aktivitäten der INTOSAI während der vergangenen 50 Jahre".

Bezüglich der Abhaltung des XVIII. INCOSAI-Kongresses werden die The-



men in der nächsten Versammlung des IN-TOSAI-Präsidiums festgelegt . Gegenwärtig wird ein Programmentwurf erstellt und eine Webseite entwickelt. Der Kongress findet im "Kongresszentrum von Budapest" statt.

7.2. Herr Stepashin dankt für diesen Bericht und wünscht, dass die Vorbereitungsarbeiten für diese Veranstaltungen erfolgreich beendet werden können.

Herr Sekula, Präsident der ORKB von Polen präsentiert die Kandidatur der ORKB von Polen für die Organisation des VII. EUROSAI-Kongresses im Jahr 2008.

Herr Stepashin erklärt, diese Kandidatur zu berücksichtigen, die ihm als sehr interessant erscheint.

Herr de Sousa erklärt sein Einverständnis mit dem Präsidenten Sekula, dass derartig grosse Veranstaltungen mit ausreichender Zeit vorgeplant werden sollten und ihm erscheint diese Kandidatur ebenfalls sehr interessant, er führt jedoch an, dass die EUROSAI-Statuten für die Organisation und das Funktionieren der EUROSAI zwei Grundsätze vorsehen: Die geo-

grafische Vertretung der europäischen Staaten und die Modelltypen der ORKB bezüglich ihrer Rechnungsprüfung- und jurisdiktionellen Funktionen. Er zählt die bis jetzt in Madrid, Stockholm, Prag, Paris, Moskau stattgefundenen Kongresse und den Kommenden in Bonn auf, analysiert die geografische Lage und das Modell der ORKB und ist der Meinung, dass ein Land Südeuropas wie Griechenland, Spanien, Italien oder Portugal den VII. EUROSAI-Kongress organisieren sollte. Er bittet das Präsidium, über seine Ausführungen nachzudenken und erklärt, dass die ORKB von Portugal angesichts ihrer Erfahrung in der Ausrichtung von internationalen Veranstaltungen ihre Kandidatur für die Organisation des VII. Kongresses der EUROSAI präsentiert.

Herr Stepashin dankt Herrn de Sousa für seine Ausführungen und erklärt, dass diese Information sowie auch die Kandidaturen für die Organisation des VII. EU-ROSAI-Kongresses in den kommenden Versammlungen des Präsidiums unserer Organisation behandelt werden. Danach hebt er die Versammlung auf.



RESOLUTION DER II. EUROSAI-EURORAI-KONFERENZ ZUR ZUSAMMENARBEIT BEI DER PRÜFUNG DES GESUNDHEITSWESENS

(Kopenhagen, 5.-7. Juni 2003)

Hintergrund

Bei der I. EUROSAI-EURORAI-Konferenz 2001 in Madeira wurde folgendes beschlossen: "Ein weiterer Erfahrungsaustausch über wesentliche fachliche Themen (wie Gesundheit, Erziehung, Infrastruktur...) erscheint wünschenswert. EURO-SAI und EURORAI werden gemeinsam daran arbeiten, diese Ziele zu erreichen." Der dänische Rechnungshof hatte angeboten, die II. EUROSAI-EURORAI- Konferenz zur Zusammenarbeit bei der Prüfung des Gesundheitswesens in Kopenhagen auszurichten. Er wurde bei der Vorbereitung von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von nationalen und regionalen Rechnungshöfen aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Spanien, Portugal und Deutschland unterstützt. An der Konferenz nahmen insgesamt 136 Delegierte von 28 nationalen EUROSAI und 25 regionalen EURORAI Rechnungshöfen teil.

Das Thema Gesundheitswesen wurde gewählt, weil hohe, aber dennoch begrenzte Ausgaben im Gesundheitswesen und ein steigender Bedarf eine wirksame Prüfung erfordern. Da sich die Prüfungszuständigkeit auf die kommunale, regionale und nationale Ebene verteilt, ist die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Rechnungskontrollbehörden eine notwendige Voraussetzung für eine wirksame Prüfung des Gesundheitswesens.

Die Unterthemen der Konferenz waren "Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Prüfern bei der Prüfung des Ge-

sundheitswesens" und "Eine Wende im Gesundheitswesen erreichen", in denen grundlegende Fragen genauer untersucht wurden. Die Konferenz wurde mit einem allgemeinen Überblick über Strukturen und Finanzierung des Gesundheitssektors in Europa eröffnet.

Die II. EUROSAI-EURORAI-Konferenz ermöglichte es den teilnehmenden Rechnungskontrollbehörden, zu diskutieren, Erfahrungen auszutauschen, neue Ansätze und Aufgaben zu entdecken und innovative Strategien der Zusammenarbeit zu erarbeiten. Dabei flossen auch die Erfahrungen der I. EUROSAI-EURORAI-Konferenz 2001 in Madeira und des EURORAI-Seminars zur Krankenhausprüfung 2003 in Rouen mit ein.

Die Fachkenntnisse, Erfahrungen und Meinungen, die während der Konferenz ausgetauscht wurden, werden in den folgenden Allgemeinen Beschlüssen beschrieben. Der ausführliche Konferenzbericht befindet sich auf der Web-site: www.rigsrevisionen.dk/EUROSAI-EURORAI.

Allgemeine Beschlüsse

- 1) EUROSAI und EURORAI streben an, das Zusammenwirken zwischen nationalen und regionalen Rechnungshöfen bei der Prüfung des Gesundheitswesens stetig zu stärken. Die Zusammenarbeit stützt sich auf das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Rechts- und Prüfungssysteme und die gegenseitige Achtung der Unabhängigkeit. Der Umfang des Zusammenwirkens kann sich allmählich entwickeln entsprechend der jeweiligen Integration von nationalen und regionalen Rechnungshöfen, und ermöglicht je nach dem gegebenen Erfordernis eine stärkere oder geringere Zusammenarbeit.
- 2) Die Trägerschaft, Finanzierung und Prüfung des Gesundheitswesens sind in den europäischen Staaten sehr unterschiedlich organisiert eine Mischung aus nationaler, regionaler und lokaler Ebene und in geringerem Ausmaß dem privaten Sektor. Die Fallbeispiele und Diskussionen während der Konferenz zeigten, dass die Prüfungsergebnisse durch verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Rechnungshöfen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen verbessert werden können.

Zurzeit ist die Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Rech-



Teilansicht der II. EUROSAI-EUROSAI -Tagung

nungshöfen bei der Prüfung des Gesundheitswesens eher begrenzt. Nationale und regionale Rechnungshöfe werden daher aufgefordert, sich zusammenzutun und auf den verschiedenen Ebenen zusammenzuarbeiten.

- 3) Vorträge aus Frankreich, Italien, Russland, Spanien und dem Vereinigten Königreich zeigten mehrere Beispiele für die Zusammenarbeit zwischen nationalen und regionalen Prüfern bei der Prüfung des Gesundheitswesens auf. Trotz institutioneller Hindernisse hat sich eine im Hinblick auf gemeinsame Prüfungsmethoden, Prüfungsplanung, regelmäßige Treffen und gemeinsame Prüfungen fortschrittliche Zusammenarbeit entwickelt. Zwar wurden dadurch der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Prüfungstätigkeit gefördert, aber die Möglichkeiten wurden bei weitem noch nicht ausgeschöpft.
- 4) In den letzten Jahren haben nationale und regionale Rechnungshöfe mehrere Wirtschaftlichkeitsprüfungen durchgeführt. Bei der Konferenz stellten nationale und regionale Rechnungshöfe aus Dänemark, Frankreich, Ungarn, Norwegen, Polen, Spanien und dem Vereinigten Königreich einige dieser Prüfungsergebnisse mit einem Schwerpunkt auf der Weiterentwicklung der Finanzkontrolle und einer Wende im Gesundheitssektor vor. Die Vorträge haben gezeigt, dass Rechnungshöfe, wenn positive Veränderungen im Gesundheitssektor erreicht werden sollen, u.a. Kostenanalysen, Benchmarking, die Prüfung von Informationssystemen und Leistungsindikatoren einsetzen sollten. Bei der Evaluierung von Leistungsverbesserungen im Gesundheitssektor könnte die Prüfung "dem Patienten oberste Priorität einräu-



men" und sich auf Patientenrechte und Präventivmaßnahmen konzentrieren. Die Vorträge stellten mehrere wichtige Prüfungsthemen und –aufgaben vor und zeigten, dass ein koordinierter Prüfungsansatz von nationalen und regionalen Rechnungshöfen die Qualität der Prüfungsergebnisse beachtlich erhöhen kann.

Der Weg nach vorn

- 5) Für eine sachgerechte Prüfung des Gesundheitswesens ist es wichtig, sowohl eine lokale, regionale, nationale als auch internationale Sichtweise zu haben. Eine nationale Sichtweise dient sowohl dazu, einen breiteren Überblick über die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens als auch, Informationen über regionale Unterschiede zu liefern. Durch eine Ausweitung der Zusammenarbeit von Rechnungshöfen in verschiedenen Staaten könnten international vorbildhafte Verfahren ermittelt werden.
- 6) Die Zusammenarbeit zwischen allen Rechnungshöfen bildet die Grundlage für

die Entwicklung von Normen und die Erhöhung der Transparenz im Gesundheitswesen trotz des hohen Maßes an fachlicher und institutioneller Komplexität. Durch die Zusammenarbeit können die Rechnungshöfe dazu beitragen, die Einheitlichkeit zu erhöhen, das Rechnungswesen sowie die finanzielle Nachhaltigkeit zu verbessern und Unterschiede im Gesundheitswesen aufzuzeigen.

- 7) EUROSAI und EURORAI sollten die weitere Zusammenarbeit bei der Prüfung des Gesundheitswesens und sonstigen Fachthemen unterstützen. Durch Ergreifen einiger der folgenden Maßnahmen würde die Zusammenarbeit ausgeweitet und gestärkt:
- Erfahrungstausch, Sachverständige und Informationen über Prüfungsmethoden
 - die Bildung von Netzwerken
 - Fortbildungsprogramme und
- gemeinsame Arbeitsgruppen, Seminare und Konferenzen.



ZWEITER ENTWURF DER SCHLUSSFOLGERUNGEN DES EUROSAI-AUSBILDUNGSKOMITEES

Pultusk (Polen) 24. Juni 2003

Das Ausbildungskomitee der EURO-SAI (EAC), dass gemäss des vom Präsidium am 16. Februar 2000 in Madrid gefassten Beschlusses aus 8 Mitgliedern besteht, dass heisst, Deutschland, Dänemark, Großbritannien, Frankreich und Spanien in der Präsidentschaft, Polen, Portugal, und die Tschechische Republik, versammelte sich in Pultusk (Polen) am 24. Juni 2003. In Übereinstimmung mit dem Beschluss des Präsidiums vom 7. März 2002 nahm an dieser Versammlung die ORKB von Litauen als Beobachter teil. Aufgrund der Tagesordnung wurden ebenfalls Vertreter der IDI, SIGMA OECD, des Europäischen Rechnungshofs und die ORKBn von Ungarn und der Russischen Föderation (als Präsident der EUROSAI) zur Teilnahme an dieser Versammlung eingeladen.

Herr Jacek Jezierski, Vizepräsident der Supreme Chamber of Control von Polen, hieß die Teilnehmer im Namen von Herrn Miroslav Sekula, Präsident dieser ORKB, willkommen.

1. Verabschiedung der Schlussfolgerungen der Versammlung des Ausbildungskomitees in Lissabon sowie des Entwurfs der Tagesordnung

Der Entwurf der Schlussfolgerungen der Versammlung des Ausbildungskomitees in Lissabon und die Tagesordnung der Versammlung in Pultusk wurden verabschiedet.

2. Schulungsstrategie:
Schlussfolgerungen des Fragebogens
und die zu unternehmenden
folgenden Schritte

Herr Perron, Vertreter der ORKB von Frankreich, erinnerte die Teilnehmer an die

vorhergehenden Schritte (vorherige in Madrid im Juli 2002 stattgefundene Debatte, Beratung mit den Mitgliedern des Ausbildungskomitees Ende 2002, Brainstormingversammlung im Januar in Lissabon, Arbeit in Untergruppen bis April und Verteilung der verschiedenen Versionen des Entwurfs des Fragebogens zwischen Mai und Juni mit Berücksichtigung der Bemerkungen und Vorschläge).

Jeder Punkt und jedes Konzept des letzten Entwurfs des Fragebogens wurde diskutiert und die erforderlichen Änderungen wurden nach einem Konsens zwischen den Teilnehmern vorgenommen.

- Die ORKB von Frankreich wird Ende Juni 2003 die letzte Fassung des Fragebogens an das EUROSAI-Generalsekretariat senden.
- Das EUROSAI-Generalsekretariat versendet den Fragebogen an alle Mitglieder. Als Frist hierfür wurde der 25. Juli 2003 vorgesehen.
- Die ORKB von Frankreich sammelt und analysiert die Antworten während des Monats Augusts 2003.
- Die Resultate dieser Analyse werden den Mitgliedern des Ausbildungskomitees im September zwecks Einholung ihrer Kommentare zugesandt.
- Auf dieser Grundlage präsentiert die ORKB von Frankreich die Antworten auf den Fragebogen in einem Bericht, der dem Präsidium am 28. Oktober 2003 in seiner Versammlung in Rom vorgelegt wird.

3. Schulungsaktivitäten

3.1. EUROSAI – IDI-Zusammenarbeit: Situation und Perspektiven

Frau Geagea präsentierte die gegenwärtige Phase und die folgenden Schritte des Langfristigen Regionalen Schulungsprogramms der EUROSAI (LTRTP).

– Bezüglich der Phase I, die an die ORKBn der Kandidatenländer für den Beitritt zur EU gerichtet ist, wurde der Zyklus mit dem zweiten und letzten Workshop über Regionale Rechnungsprüfung, der in Nikosia (Zypern) zwischen dem 3. und 14. Februar 2003 stattfand, beendet. Das Schulungsmaterial der teilnehmenden ORKBn steht auf CD-ROM zur Verfügung.

- Bezüglich der Phase II, bestimmt für die ORKBn der Balkanländer und Osteuropas "die nicht Kandidaten für den Beitritt sind", finden die Schulungsaktivitäten nach dem im November 2002 in Zagreb (Kroatien) stattgefundenen Workshop über Strategische Planung zwischen dem Frühjahr 2004 und Herbst 2005 nach Übersetzung des Lehrgangmaterials, Auswahl der Teilnehmer, Kontrahierung eines Helfers, der Russisch spricht, usw.) statt. Die erste Schulungsaktivität (Workshop über Entwurf und Entwicklung von Schulungen) könnte in Bulgarien (Bestätigung noch ausstehend) abgehalten werden. Die Finanzierung der Phase II ist noch nicht klar, aber die norwegische Regierung ist sehr interessiert und hat eine Unterstützung zu Lasten des EUROSAI-Haushalts beantragt in Übereinstimmung mit den Beschlüssen über den Haushalt des in Moskau im Jahr 2002 abgehaltenen Kongresses. Abgesehen von dieser, existieren keine weiteren Finanzierungsquellen.

Außer dieser Präsentation bestätigte Frau Geagea den Wunsch der IDI mit den Arbeitsgruppen und den Komitees der INTO-SAI enger zusammenzuarbeiten, sowie auch die aus dieser Zusammenarbeit resultierenden Schulungsaktivitäten in den verschiedenen Regionen der INTOSAI anzubieten. Zum Beispiel diente die Zusammenarbeit mit dem Komitee der Staatsschuld der IN-TOSAI als Grundlage für eine fünfwöchige Schulung in der Region der OLACEFS, an der 24 Rechnungsprüfer teilnahmen. Das Schulungsmaterial dieses Workshops wird in die englische Sprache übersetzt und steht dann den EUROSAI-Mitgliedern zur Verfügung. Die gleiche Art der Zusammenarbeit erfolgt mit der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung.

3.2. Schulungsveranstaltungen: Resultate des Seminars über die Evaluierung der internen Kontrolle, das in Prag (26. – 28. Mai 2003) stattfand

Herr Michovsky, Vertreter der ORKB der Tschechischen Republik, informierte über das Seminar über die Bewertung der Internen Kontrolle, das in Prag (26. bis 28. Mai 2003) abgehalten wurde. Dieses ist ein auf den Agenden der Kandidatenländer für den Beitritt zur EU stehendes prioritäres Thema und ist auch für die Europä-



ische Union von äusserster Wichtigkeit und ein Schlüsselelement auf dem Gebiet der Normen, die den Rechnungsprüferberuf regulieren. Daher zog dieses Seminar mehr als 80 Teilnehmer aus 33 Ländern an, sowie Vertreter der Europäischen Kommission, des Europäischen Rechnungshofs und von SIGMA. Das Seminar wurde von Experten der SIGMA und des Europäischen Rechnungshofs geleitet und teilte sich in fünf Module, die die Präsentierung von Studienfällen und Diskussionsgruppen beinhalteten.

Herr Michovsky erinnerte die Teilnehmer an die wichtigsten Schlussfolgerungen des Seminars. Das gesamte Material der Präsentierungen steht auf CD-ROM und Online auf der Website der ORKB der Tschechischen Republik (mit einem Link zur Webseite der EUROSAI) zur Verfügung.

Während der Debatte gratulierten die Teilnehmer der ORKB der Tschechischen Republik zu der perfekten Organisation und den interessanten Beiträgen und Debatten. Obwohl dieser Aspekt ohne grosse Schwierigkeiten gelöst wurde, so muss doch erwähnt werden, dass die hohe Teilnehmerzahl (>80) an diesem Seminar auch die logistische Last und die Kosten der Gastgeber-ORKB erhöht und es besteht das Risiko, dass sich diese fachlichen Veranstaltungen in offiziellere Konferenzen verwandeln. Es müssten Wege und Methoden erwogen werden, die den "Geist des Workshops" der Schulungsveranstaltungen garantieren (die Teilnahme begrenzen?, subregionale Workshops organisieren?....)

- Bei Festlegung der Formate und Merkmale der zukünftigen Veranstaltungen sollte im Kontext der Schulungsstrategie die bei der Organisation bereits stattgefundener Schulungsevents gesammelte Erfahrung berücksichtigt werden.
- Einem jeden Teilnehmer an dem Seminar wird ein von der Gastgeber-ORKB und dem EUROSAI-Generalsekretariat gemeinsam unterzeichnetes Teilnahmediplom zugesandt werden.

4. Webressourcen

Herr Sorensen, Vertreter der ORKB von Dänemark, präsentierte den Entwurf der von Dänemark erstellten und vorher mit den ORKBn von Frankreich und Spanien konsultierten EUROSAI-Website Während der Debatte hoben die Teilnehmer folgende Punkte hervor:

- Für die Aktualisierung der Website wird Personal benötigt, das die Information auf dem Laufenden hält, die Fragen beantwortet, besonders, wenn die Anforderungen an die Website immer größer werden. In dieser neuen Phase der Website benötigt das EUROSAI-Generalsekretariat Unterstützung.
- Bei dem Aufbau einer neuen Komposition der Website müssen die existierenden Erfordernisse und die realen Interessenbereiche gebührend berücksichtigt werden und es sollten nur diejenigen Fragen beantwortet werden, die aus der Praxis stammen.
- Der Teil der Website, der den Beziehungen mit den Universitäten gewidmet ist, müsste aufgeklärt und gegebenenfalls auf diejenigen beschränkt werden, mit denen eine wirkliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung besteht. Die Frage der Sprache ist ebenfalls wichtig, denn die Websites vieler Universitäten bieten nur Information in ihrer Muttersprache an.
- Der endgültige Entwurf der Website muss mit Hilfe des Präsidiums und dem EUROSAI-Generalsekretariat erstellt werden. Es wurde auch darauf bestanden, dass Welcome-Seiten eingeschlossen werden.
- Im September steht eine modifizierte Version der Website allen denjenigen ORKBn zur Verfügung, die hierzu ihre Kommentare und Vorschläge abgeben möchten.
- Die ORKB von Dänemark legt die Website dem EUROSAI-Präsidium in seiner nächsten Sitzung im Oktober 2003 in Rom vor.

5. Informationspunkte:

5.1. Das CIPFA-Programm im Vereinigten Königreich:

Herr Bedwell, Vertreter der ORKB von Großbritannien, präsentierte den Tätigkeitsbereich und die Funktion des Chartered Institute of Public Finance and Accountancy (CIPFA) dieses Landes und gab Informationen über die Schulungsprogramme, die in Europa bezüglich eines Diploms in Buchhaltung und Rechnungsprüfung des öffentlichen Sektors festgelegt und vorgeschlagen werden könnten. Bezüglich der Diplome für Rechnungsprüfung wäre dieses ein postakademischer Titel – "Diplom in Rechnungsprüfung des Öffentlichen Sektors" – basiert auf einem modularen Studienplan, der die Themen und Prinzipien der Rechnungsprüfung, Planung, Risikos und internen Kontrolle, Systembegründeten Prüfungen, Prüfungsmanagements und speziellen Funktionen der Rechnungsprüfung, Managementbuchhaltung für Rechnungsprüfer und Finanzbuchhaltung für Prüfer beinhaltet. Die Schulungskurse könnten im Land von Personal/lokalen Körperschaften mit Unterstützung des Schulungspersonals des CIPFA erteilt werden.

Während der Debatte wurden Fragen der Kosten und Arbeitssprachen aufgeworfen. CIPFA kann detaillierte Information über die Kosten dieser Programme zur Verfügung stellen. Bezüglich der Sprachen wurden alle Kurse in lokalen, nicht englische Sprachen gestaltet, die auf Studienplänen basieren, die aus der lokalen Gesetzgebung hergeleitet werden.

5.2. Information über die EUROSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung

Herr Jacek Jezierski, Vertreter der ORKB von Polen, erklärte die gegenwärtigen und zukünftigen Aktivitäten der EUROSAI-Arbeitsgruppe auf dem Gebiet der Umweltkontrolle. Diese aus 23 Mitgliedern bestehende Arbeitsgruppe ist sehr aktiv, sowohl in der Vornahme von Rechnungsprüfungen in Zusammenarbeit der Mitglieder untereinander (zum Beispiel auf dem Gebiet des Wasserschutzes, mit zahlreichen parallelen Prüfungen der Abkommen MARPOL, OSPAR, der Donau und von Helsinki), als auch bezüglich des Erfahrungsaustausches während der Plenarsitzungen oder Seminare. Für das Jahr 2003 werden außer der Organisation der VIII. Versammlung der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung in Warschau zahlreiche Prüfungsaktivitäten programmiert (Prüfung des Abkommens des Schwarzen Meers, Prüfung des Baseler Abkommens, ein gemeinsamer Bericht über das MARPOL-Abkommen, entwickelt von der holländischen ORKB mit Beiträgen einer jeden teilnehmenden ORKB). Im Schulungsbereich sind die Kollegen der Niederlande im Dezember 2003 Gastgeber eines Seminars dieser Arbeitsgruppe über die Prüfung des Abfallmanagements.

5.3. Resultate der EUROSAI-EURORAI-Konferenz über die Gesundheitsversorgung

Herr Pedersen, Vertreter der ORKB von Dänemark, gab einige Informationen über die zweite EUROSAI-EURORAI-Konferenz über das Thema der Gesundheitsversorgung bekannt, die vom 5. bis 7. Juni 2003 in Kopenhagen stattfand. An dieser Konferenz nahmen insgesamt 136 Teilnehmer von 28 ORKBn und 25 RRKBn teil. Begonnen wurde diese Konferenz mit einer Präsentation seitens des dänischen Referenten, die die Resultate der Konferenz in Madeira, eine Synthese des EURORAI-Seminars in Rouen und eine allgemeine Übersicht über das europäische Panorama auf dem Sektor der Gesundheitsversorgung zum Gegenstand hatte. Auf dieser Konferenz wurden zahlreiche Studienfälle über verschiedene Aspekte wie die Erfahrungen in der Zusammenarbeit, die neuen Techniken und die Prüfungen auf diesem Gebiet vorgestellt. In den Schlussfolgerungen wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, die Zusammenarbeit stärker zu fördern. Das gesamte Material und die Beiträge stehen auf der Website der dänischen ORKB (www.rigsrevionen.dk/eurosai-eurorai) zur Verfügung.

Die Resultate der Konferenz und die Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen der ORKBn und RRKBn werden in der kommen Versammlung des Präsidiums, die am 28. Oktober 2003 in Rom stattfinden wird, analysiert.

5.4. Aktivitäten der Beitrittsländer im Netz:

Frau Hahn, Vertreterin des ERH, erklärte die Aktivitäten der Arbeitsgruppe auf dem Gebiet der Rechnungsprüfungshandbücher, die von den Präsidenten der Beitrittsländer in Zusammenarbeit mit dem ERH und SIGMA festgelegt wurden. Für 2003 sind drei Workshops geplant. Der erste hat das Thema "Prüfung der IT-Systeme" zum Gegenstand, der bereits vom 11. bis 13. Juni 2003 in Tirana stattfand. Der ERH hat außerdem Rechnungsprüfungen der EU-Fonds in Zusammenarbeit mit den ORKBn der Beitrittsländer durchgeführt. Vor und nach diesen Prüfungen wurden mit der Unterstützung des TAIEX (Amt für den Informationsaustausch über technische Hilfe) Seminare für die Analyse der



Planung und der Prüfungsergebnisse organisiert.

Während der Debatte erklärte Herr Shelyuto, Vertreter der ORKB der Russischen Föderation, (die die Präsidentschaft der EUROSAI innehat), dass seit 1995 die ORKB der Russischen Föderation keine Information über die Rechnungsprüfungen der TACIS-Fonds erhalten hat, die vom ERH in Russland vorgenommen wurden, es sei denn, diese wurden nicht in Angriff genommen. Er erklärte weiterhin, dass die ORKB der Russischen Föderation bereit sei, eine gemeinsame Prüfung dieser Fonds zusammen mit dem ERH durchzuführen.

Frau Lopes, Vertreterin der ORKB von Portugal, bemerkte, dass diese Zusammenarbeit zwischen der der ORKB von Portugal und dem ERH bereits auf verschiedenen Bereichen besteht und dass weitere Aktivitäten der Zusammenarbeit in Vorbereitung sind.

6. Datum und Ort der nächsten Versammlung

Die ORKB von Dänemark hat sich freundlicherweise als Gastgeberin der nächsten Versammlung des Ausbildungskomitees angeboten, die vom 24. bis 25. November 2003 in Kopenhagen stattfinden wird.

WORKSHOP ÜBER DIE RISIKOEVALUIERUNG IN DER PLANUNGSPHASE

Rechnungshof der Türkei, Antalya, 24. bis 26. September 2003



Als Folge des Beschlusses der verantwortlichen Personen der Obersten Rechnungskontrollbehörden von Mittel- und Osteuropa, Malta, der Türkei und Zypern, war der Workshop über die Planung und Evaluierung des Risikos der Rechnungsprüfung der sechste einer Reihe von Workshops auf dem Gebiet der Rechnungsprüfungshandbücher, die in den Jahren 2002 und 2003 vom SIGMA-Programm¹ und der OECD mit der Unterstützung des Europäischen Rechnungshofs (ERH) veranstaltet wurden.

Präsident dieses Workshops war Mehmet Damar, Präsident des türkischen Rechnungshofs (TRH). Mitpräsidenten waren Cevad Gürer vom TRH, Neil Usher vom ERH und Nick Treen von SIGMA.

Die Ziele des Workshops bestanden im Austausch von Wissen und praktischer Erfahrung im Bereich der gegenwärtigen Praktiken und Normen, die in der Evaluierung des Risikos in der Planungsphase angewendet werden, mit dem Ziel die Anwendung besserer Methoden und Verfahren in diesem Bereich zu fördern. Die Teilnehmer kamen von den ORKBn von Albanien.



Die Eröffnung des Workshops mit Mehmet Damar, Präsident des türkischen Rechnungshofs (Mitte), Cevad Gürer, verantwortlich für die Gruppe der Internationalen Beziehungen des türkischen Rechnungshofs (rechts) und Neil Usher, Divisionsleiter des Europäischen Rechnungshofs (links)

Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, dem Europäischen Rechnungshof, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechische Republik, der Türkei, Ungarn, dem Vereinigten Königreich und Zypern.

¹ SIGMA ist eine gemeinsame Initiative der OCDE und der EG, die hauptsächlichst von der EG finanziert wird.

In drei Tagen nahmen die Teilnehmer an diesem Workshop an verschiedenen Präsentationen über die Risikoevaluierung teil. Nach Vorstellung des Umfangs des Workshops, präsentierte Neil Usher vom Europäischen Rechnungshof das Risikomodell der Rechnungsprüfung, mit seinen drei Komponenten (Inhärenz-, Kontroll- und Feststellungsrisiko) und dessen wichtigsten Auswirkungen auf die Arbeit der Rechnungsprüfung. Rolf Elm-Larsson vom National Audit Office von Dänemark erklärte ausserdem in grossen Zügen den theoretischen und wissenschaftlichen Hintergrund des Risikos und des institutionellen Risikomanagements, mit Bezug auf die praktischen Benutzung des Risikomanagements in einer modernen Regierung.

Die praktischen Erfahrungen zeigten, dass die ORKBn die Risiken im Rechnungsprüfungsverfahren bereits mit einem ausgezeichneten und wertvollen Resultat evaluieren. Miguel Pestana vom portugiesischen Rechnungshof präsentierte die Benutzung von Risikomodellen in der Planung der Rechnungsprüfungen auf dem Verteidigungssektor. Elzbieta Matuszewska und Bozena Sulkowska zeigten, wie die Risikoevaluierung in drei verschiedenen Rechnungsprüfungsarten im polnischen National Audit Office durchgeführt wird. Die Prinzipien und der Risikoevaluierungsprozess in Zypern wurde von Chrystalla Asimenou, Rechnungsprüfungsdirektorin des Audit Office der Republik von Zypern vorgestellt. Frau Güll Nogay präsentierte einen gesamten Überblick der Erfahrungen des türkischen Rechnungshofs sowie ein praktisches Beispiels dafür, wie gut Istanbul auf ein Erdbeben vorbereitet ist. Rolf Elm-Larsson vom dänischen National Audit Office und Neil Usher vom Europäischen Rechnungshof präsentierten die Erfahrungen anderer ORKBn in der Risikoevaluierung. Marcus Popplewell vom National Audit Office von Grossbritannien präsentierte die Risikoevaluierung im Sinn der Rechnungsprüfung der optimalen Mittelverwendung. Colm Dunne, Vertreter der irländischen Internationalen Föderation der Buchhalter (IFAC) unterbreitete den neuen IFAC-Entwurf über die Rechnungsprüfungsrisiken und deren Auswirkung auf die Rechnungsprüfungsmethodologie der Finanzprüfung einer ORKB.

Nach den täglichen Präsentationen arbeiteten kleine von Dieter Boeckem vom ERH organisierte Untergruppen in der praktischen Anwendung des Riskomodells in den ORKBn sowie auch in der Evaluierung der inhärenten Risiken und Kontrollrisiken der Rechnungsprüfung anhand der Prüfung eines Falls einer SAPARD-Agentur. Es wurden ebenfalls eingehend die Konsequenzen untersucht, die möglicherweise der IFAC-Entwurf auf die ORKBn, oder die Beziehungen der ORKBn mit den geprüften Körperschaften haben könnte.

Die Präsentationen oder zusätzliche Informationen können auf der Webseite des Rechnungshofs der Türkei: http://www.say-istay.gov.tr/AuditPlanningRiskAssessment-WorkshopTurkey/ oder auf der Webseite von SIGMA: http://www.sigmaweb.org gefunden werden. Es kann ebenfalls Kontakt mit Dieter Boeckem vom ERH unter dieter.boeckem@eca.eu.int. oder mit Nick Trenn und Mimi Bessarat von SIGMA unter: nicolasjohn.treen@oecd.org, mimi.bessarat@oecd.org aufgenommen werden, wenn eine zusätzliche Information, eine Erklärung oder Dokumente gewünscht werden.



15

ZUSAMMENFASSUNG DER BESCHLÜSSE DER XXVII. VERSAMMLUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS

(Rom - 28. Oktober 2003)

Am 28. Oktober 2003 hielt das EURO-SAI-Präsidium seine XXVII. Versammlung in Rom (Italien) ab. Das Protokoll dieser Versammlung wird bei der nächsten Versammlung des Präsidiums, im September 2004 in Litauen gebilligt und wird danach an alle EUROSAI-Mitglieder verteilt, gemäß des Beschlusses des genannten Präsidiums. Es wird jedoch für sinnvoll erachtet, eine vorläufige Information über die wichtigsten Ergebnisse der Versammlung vorauszuschicken:

- 1. Als allgemeine Aufgaben wurden die Protokolle der vorhergehenden Versammlungen verabschiedet (in diesem Fall der XXV. und XXVI. Versammlung) und der Generalsekretär legte den Tätigkeitsbericht der EUROSAI für den Zeitraum 2002-2003, den Jahresabschluss und den Finanzbericht von 2002 vor, sowie den von den Rechnungsprüfern der EUROSAI für den gleichen Zeitraum erstellten Bericht.
- 2. Es wurde die Aufnahme der ORKB von Kasachstan als Mitglied in die EURO-SAI beschlossen, wonach die EUROSAI derzeit 47 Mitglieder hat, 46 ORKB'n und den Europäischen Rechnungshof. Außerdem wurde genehmigt, dass *Riksrevisionen* (ORKB von Schweden) die Nachfolge der früheren *Riksrevisionsverket* als Mitglied von EUROSAI antritt.
- 3. Es wurden Informationen über die verschiedenen im oben genannten Zeitraum abgehaltenen Veranstaltungen vorgelegt, sowie über weitere, die noch stattfinden werden. Es wurde auch ein Bericht über die von den Workshops ausgeführten Aktivitäten vorgelegt:
- Die ORKB von Dänemark informierte über die Ergebnisse der II. Konferenz EURO-

- SAI-EURORAI (Kopenhagen, 5. und 6. Juni 2003), über "Zusammenarbeit bei der Rechnungsprüfung des Gesundheitswesens".
- Die ORKB des Vereinigten Königreichs legte die Maßnahmen dar, die für die Organisation der II. Konferenz EURO-SAI-OLACEFS ergriffen wurden, die vom 11. bis 14. Mai 2004 in London stattfinden wird, mit dem Thema "Die Rechnungsprüfung im XXI. Jahrhundert".
- Die ORKB von Deutschland berichtete über die Vorbereitungen des VI. EU-ROSAI-Kongresses (Bonn, 2005) und das Thema "Die Rechnungsprüfung der Öffentlichen Einnahmen" wurde als Thema dieses Kongresses gewählt, und die Einrichtung von drei Workshops für die Vorbereitung der entsprechenden untergeordneten Themen wurde beschlossen.
- Die Präsidenten der EUROSAI-Workshops über "Umweltprüfung und "Informationstechnologien" legten ihre Tätigkeitsberichte vor.
- Es wurde Information über die Workshops von INTOSAI bezüglich der "Strategischen Planung" und "Geldwaschen" vorgestellt.
- 4. Im Ausbildungsbereich legte das EU-ROSAI-Ausbildungskomitee einen Tätigkeitsbericht vor, sowie den Bericht über die Ergebnisse der vorläufigen Studie für den Entwurf einer Ausbildungsstrategie der Organisation, die vom V. EUROSAI-Kongress in Auftrag gegeben worden war.



Gruppenfoto des EUROSAI-Präsidums der XXVII. Tagung



Die ORKB von Ungarn legte die Ergebnisse der II. Ausbildungsveranstaltung vor, die im September 2002 in Budapest abgehalten worden war.

Die norwegische ORKB legte einen Bericht über die Zusammenarbeit EURO-SAI-IDI vor, wobei der Schwerpunkt vor allem auf dem Langfristigen Regionalen Ausbildungsprogramm (LRAP) lag. Im Hinblick auf eine finanzielle Unterstützung der II. Phase dieses Programms wurde für 2003-2005 eine Subvention von 110.000 Euro für die Entwicklungsinitiative von INTOSAI (IDI) zu Lasten des Haushalts von EUROSAI bewilligt, was 7% der Gesamtkosten des LRAP ausmacht. Diese finanzielle Unterstützung wird in Form von 40.000 Euro jährlich in 2003 und 2004 und 30.000 Euro in 2005 ausbezahlt, wobei ein spezifisches Verfahren für die Belegung dieser Zahlung genehmigt wurde.

5. Die ORKB von Dänemark legte Vorschläge für die Aktualisierung des Formats der Web-Site von EUROSAI vor.

Der Generalsekretär der Organisation berichtete weiterhin über die Ergebnisse der Studie, die im Zusammenhang mit dem Format und Inhalt der Zeitschrift von EURO-SAI erstellt wurde. Es wurde die allgemeine Zufriedenheit mit dieser ausgesprochen.

6. Es wurde der Vorschlag der ORKB der russischen Föderation für die Vorbereitung eines Buchs über "Die derzeitige und zukünftige Situation der unabhängigen externen Kontrolle in Europa" angenommen, das Beiträge aller Mitglieder von EUROSAI enthalten und anlässlich des VI. Kongress der Organisation veröffentlicht werden wird.

Es wurde auch die von der portugiesischen ORKB vorgelegte Initiative unterstützt, eine Konferenz über die Funktion der ORKB'n in der Rechtsprechung im Zuständigkeitsbereich der EUROSAI abzuhalten.

7. Das Präsidium wird bei dem nächsten Kongress von EUROSAI den Vorschlag der ORKB von Polen vorlegen, der darauf abzielt, den VII. Kongress der Organisation im Jahre 2008 dort abzuhalten.



AKTIVITÄTEN DER EUROSAI IM JAHR 2003

- VERSAMMLUNG DES AUSBIL-DUNGSKOMITEES, Lissabon (Portugal), 20. bis 22. Januar 2003
- 3. AUSBILDUNGSEVENT über "Evaluierung der Internen Kontrolle", Prag (Tschechische Republik), 26. bis 28. Mai 2003
- EUROSAI-EURORAI-TAGUNG, Kopenhagen (Dänemark), 5. und 5. Juni 2003
- VERSAMMLUNG DES EURO-SAI-AUSBILDUNGSKOMITEES, Warschau (Polen) 23. und 24. Juni 2003
- XXVII. VERSAMMLUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS, Rom (Italien), 28. Oktober 2003

• IX. VERSAMMLUNG DES EU-ROSAI-AUSBILDUNGSKOMITEES,

Kopenhagen (Dänemark, 25. und 25. November 2003

• III. SEMINAR DER UMWELT-RECHNUNGSPRÜFUNG über "Die Rechnungsprüfung des Abfallmanagements", Den Haag (Niederlande) vom 9. bis 11. Dezember 2003. Anschliessend fand die FÜNFTE VERSAMMLUNG DER KOORDINATOREN UND SUB-KOORDINATOREN DER ARBEITS-GRUPPE FÜR UMWELTPRÜFUNG statt.

VORSCHAU AUF DIE EUROSAI-AKTIVITÄTEN FÜR 2004

 TREFFEN ZUR VORBEREI-TUNG DES VI. EURSOAI-KONGRES-SES, Bonn (Deutschland), 20. Januar 2004.

• II. TREFFEN DER ARBEITS-GRUPPE FÜR INFORMATIONS-TECHNOLOGIE, Bern (Schweiz), vom 28. bis 30. März 2004.

- III. EUROSAI-OLACEFS-KON-GRESS, London (Grossbritannien). vom 11. bis 14. Mai 2004 über "Die Rechnungsprüfung im XXI. Jahrhundert".
- X. VERSAMMLUNG DES AUS-BILDUNGSKOMITEES, Vilnius (Litauen), am 7. und 8 Juli 2004.
- XXVIII VERSAMMLUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS, Vilnius, (Litauen), 7. September 2004.
- SECHSTES TREFFEN DER KO-ORDINATOREN UND SUBKOORDI-NATOREN DER UMWELTARBEITS-GRUPPE, Sofia (Bulgarien) November

NACHRICHTEN DER EUROSAI-MITGLIEDER

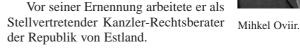
GENERALRECHNUNGSPRÜFER VON ESTLAND

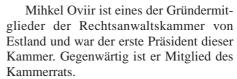
Herr Mihkel Oviir wurde am 25. Februar 2003 von der Riigikogu (Parlament) zum Generalrechnungsprüfer von Estland ernannt. Er trat sein 5-jähriges Mandat am 1. April des gleichen Jahres nach dem Ablegen des Amtseides an.

Herr Mihkel Oviir unterstreicht die Wichtigkeit, dass das State Audit Office mit dem Parlament, seinen Ausschüssen und der Regierung gute Arbeitsbeziehungen unterhalten muss, um die Wirksamkeit der Rechnungsprüfung zu verstärken

Herr Oviir wird sich mehr auf die Verbesserung der internen Kontrollsysteme des öffentlichen Sektors konzentrieren und zu der Entwicklung des Modells der externen Rechnungsprüfung der lokalen Regierungen beitragen. Die Effizienz des State Audit Office wird durch hohe Qualität der Rechnungsprüfungen, Professionalität und persönliches Engagement seines Teams gewährleistet.

Mihkel Oviir wurde am 11. Oktober 1942 geboren. 1975 absolvierte er mit der Note cum laude das Jurastudium in der Universität von Tartu. Er begann seine berufliche Laufbahn im Justizministerium, als er noch Student war und arbeitete in diesem Ministerium 30 Jahre lang. Während der letzten 10 Jahre hatte er das Amt des Generalsekretärs des Ministeriums inne.





Vom Präsidenten der Republik wurde ihm 2001 der Orden des Weißen Sterns III. Klasse verliehen.

Mihkel Oviir ist verheiratet und hat drei Töchter.



Europäische Union

JAHRESBERICHT 2002

Der Europäische Rechnungshof hat am 18 November 2003 seinen Jahresbericht zum Haushaltsjahr 2002 veröffentlicht

Nach Ansicht des Hofes vermittelt der von der Kommission erstellte Jahresabschluss der Europäischen Gemeinschaften für das Haushaltsjahr 2002, abgesehen von einigen Sachverhalten, die auf Unzulänglichkeiten in der Konzeption des Rechnungsführungssystems zurückzuführen sind, ein wahrheitsgetreues Bild der Einnahmen und Ausgaben sowie der Finanzlage der Gemeinschaften am Jahresende. Der Hof begrüßt den Ende 2002 von der Kommission verabschiedeten Aktionsplan für die Modernisierung des Rechnungswesens, der voraussichtlich ab 2005 seine volle Wirkung entfalten wird. Sollte die Kommission all die erforderlichen tiefgreifenden Reformen tatsächlich umsetzen, dürfte dieser Zeitrahmen sich allerdings als übermäßig ehrgeizig erweisen. Nach Ansicht des Hofes sind die dem Jahresabschluss zugrunde liegenden Vorgänge rechtmäßig und ordnungsgemäß, was die Einnahmen, die Mittelbindungen, die Verwaltungsausgaben und die Heranführungshilfe betrifft, wenngleich im letztgenannten Fall die Überwachungssysteme und -kontrollen verbesserungsbedürftig sind.

Im Bereich der Agrarpolitik wurden die Zahlungen durch erhebliche Fehler beeinträchtigt, die zumeist auf der Ebene des Endempfängers auftraten. In den 14 Mitgliedstaaten, die das Integrierte Verwaltungs-und Kontrollsystem (InVeKoS) zufriedenstellend umgesetzt haben, fallen die Ausgaben für landwirtschaftliche Kulturpflanzen in die niedrigste Fehlerkategorie im Rahmen der GAP-Ausgaben und unterliegen äußerst wirksamen Kontrollverfahren. Bei den an die Landwirte gezahlten Tierprämien hingegen ist das Risiko aufgrund der Verbringung der Tiere und komplexer Verordnungen höher, wenngleich die im Rahmen von InVeKoS durchgeführten Kontrollen zufriedenstellend sind. Die übrigen Ausgabenkategorien, die nicht In-VeKoS unterliegen, weisen ein höheres





Herr Fabra Vallés legt den Jahresbericht 2002 dem Europäischen Parlament auf dessen Plenartagung am 4. Dezember 2003 in Brüssel, vor.

Fehlerrisiko auf und werden weniger wirksamen Kontrollen unterzogen. Auf diese Kategorien entfallen 42 % aller Zahlungen im Agrarbereich, darunter die Beihilfen für Olivenöl, Baumwolle, Tabak, Trockenfutter, die Entwicklung des ländlichen Raums sowie Interventionsmaßnahmen und Ausfuhrerstattungen.

Im Bereich der Strukturmaßnahmen stellte der Hof eine Verbesserung der von der Kommission eingesetzten Überwachungssysteme und -kontrollen fest. Allerdings bestanden anhaltende Mängel in den Kontrollsystemen der Mitgliedstaaten, die den Großteil der Mittel verwalten. Probleme wurden im Bereich der verordnungsrechtlich vorgeschriebenen Kontrollsysteme zur Bescheinigung der endgültigen Ausgabenmeldungen für den Zeitraum 1994-1999 festgestellt; diese Probleme sind weitgehend auf die verspätete Einführung der einschlägigen Verordnung zurückzuführen. Die für den Zeitraum 2000-2006 vorgesehenen Systeme sind wirksamer, doch der Hof stellte die gleiche Art von Fehlern wie in den Vorjahren fest, insbesondere Meldungen nicht zuschussfähiger Kosten.

In den internen Politikbereichen sind die Zahlungen weiterhin mit erheblichen Fehlern behaftet. Die Kommission nahm eine Vielzahl von Projektprüfungen vor, bei denen Fehler, wie etwa die Meldung überhöhter Kosten seitens der Endempfänger, aufgedeckt wurden. Es wurden jedoch keine konsequenten Abhilfemaßnahmen eingeleitet und die Wiedereinziehung zu Unrecht geleisteter Zahlungen verlief schleppend. Die im Forschungsbereich auftretenden Fehler sind weitgehend auf die bestehenden Vorschriften für die Forschungsrahmenprogramme zurückzuführen, die folglich geändert werden sollten.

Im Bereich der Heranführungshilfe hatten die festgestellten Fehler keine erheblichen Auswirkungen. Im Hinblick auf den näher rückenden Beitrittstermin ist allerdings eine weitere Verbesserung der Überwachungssysteme und -kontrollen erforderlich. Die Kommission sollte ihre Prüfungsmethodik für ISPA (Strukturmaßnahmen) verbessern; in Bezug auf Sapard (Programm zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums) sollte die Kommission ihre Kontrolltätigkeit in den Empfängerländern verstärken, um zu überprüfen, ob die Systeme wie genehmigt

funktionieren. Die Durchführung des Programms Sapard verlief weiterhin schleppend, und nach dreijähriger Laufzeit waren erst 2 % der verfügbaren Mittel an die Endbegünstigten weitergeleitet worden.

In den externen Politikbereichen wurden die Kontrollsysteme der Kommission sowohl in den zentralen Dienststellen als auch in den Delegationen in Drittländern für angemessen befunden. Die in der Vergangenheit auf lokaler Ebene festgestellten Probleme bestehen allerdings weiterhin fort, und bei den für die Durchführung von Entwicklungsprojekten zuständigen Einrichtungen wurden Ordnungsmäßigkeitsfehler aufgedeckt. Diese Fehler betreffen in der Regel Verstöße gegen Vertragsbestimmungen insbesondere in Bezug auf Ausschreibungsverfahren sowie das Fehlen von Belegunterlagen und die Finanzierung nicht zuschussfähiger Ausgaben.

Die Durchführung der Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) verlief weiterhin schleppend; weitere Verzögerungen werden sich dadurch ergeben, dass das Abkommen von Cotonou mit dreijähriger Verspätung in Kraft trat. Eine Alternative könnte darin bestehen, den EEF in den Gesamthaushaltsplan der Gemeinschaft einzubeziehen. Die Finanzausweise des EEF wurden für zuverlässig befunden, und die zugrunde liegenden Vorgänge waren rechtmäßig und ordnungsgemäß. Der Hof kann allerdings keine Stellungnahme zur Verwendung der direkten Haushaltszuschüsse durch die AKP-Staaten abgeben, da die Verwendung dieser Mittel nationalen Kontrollverfahren und nicht den Kontrollverfahren für die EEF unterliegt.

Der Hof stellte weder erhebliche Schwachstellen in den Kontrollsystemen noch wesentliche Rechtmäßigkeits- oder Ordnungsmäßigkeitsfehler in den Verwaltungsausgaben der Organe und Einrichtungen der EU fest. Das Europäische Parlament hat erhebliche Fortschritte im Bereich der Verwaltung der Fraktionsausgaben erzielt. Es besteht allerdings weiterhin die Notwendigkeit, den Rechtsstatus der Fraktionen zu klären und die Verwaltung der Beschäftigungsverträge zu verbessern.

Bei der Prüfung der **Gemeinschaftseinnahmen** stellte der Hof fest, dass die MwSt.- und BSP-Eigenmittel korrekt berechnet wurden. Die Kommission sollte allerdings ihre Kontrolltätigkeit bezüglich

der Zuverlässigkeit der von den Mitgliedstaaten übermittelten Angaben verstärken. Wie in den beiden Vorjahren war ein erheblicher Überschuss der Einnahmen gegenüber den Ausgaben in Höhe von 7,4 Milliarden Euro zu verzeichnen; im Jahr 2001 lag dieser Überschuss bei 15,0 Milliarden Euro. Der Überschuss war hauptsächlich auf die unzureichende Mittelausschöpfung im Bereich der Strukturmaßnahmen zurückzuführen, wo die Mitgliedstaaten die zur Programmdurchführung benötigten Mittel systematisch zu hoch veranschlagten. Die Kommission sollte vor Jahresende geeignete Änderungen am Haushaltsplan zur Anpassung der Einnahmen an die Ausgaben vornehmen.

Der Hof stellt erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung der Verwaltungsreform der Kommission fest. Im Bereich der Jährlichen Tätigkeitsberichte und Erklärungen der Generaldirektionen waren Verbesserungen zu verzeichnen, doch die Generaldirektoren sollten ihre Vorbehalte bezüglich der Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme genauer formulieren und die aufgedeckten Mängel detaillierter beschreiben. Wenngleich einige Fortschritte erzielt wurden, wurden bei der Anwendung der Normen für die interne Kontrolle Ende 2002 noch nicht in allen Generaldi-

rektionen die Mindestkriterien vollständig erfüllt. Diesbezüglich sollte dringend Abhilfe geschaffen werden. Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Reform sind in den Ausgabenbereichen zu beobachten, in denen die Kommission und die Mitgliedstaaten die Mittel gemeinsam verwalten. Dies betrifft mehr als 80 % der Haushaltsmittel, vornehmlich im Agrarbereich und bei den Strukturmaßnahmen. Fortschritte in diesen Bereichen hängen davon ab, dass Verbesserungen in den von den Mitgliedstaaten eingerichteten Verwaltungs- und Kontrollsystemen vorgenommen werden. Zur Verbesserung der Transparenz und der Überwachung des Reformprozesses empfiehlt der Hof der Kommission, ihr Weißbuch zur Verwaltungsreform aus dem Jahr 2000 zu aktualisieren, den Zeitplan zu überarbeiten und die Liste der noch zu behandelnden Themen zu konsolidieren.

Seit seinem letzten Jahresbericht hat der Europäische Rechnungshof 13 Sonderberichte sowie sechs Stellungnahmen zu verschiedenen Aspekten der EU-Finanzen und zu Verwaltungsfragen angenommen.

Jahresbericht 2002 im Volltext: http://www.eca.eu.int/DE/RA/2002/ra02.htm

Kurzinformation zum Jahresbericht 2002: http://www.eca.eu.int/de/notein-fo/2002/nira02.pdf



21

VERÖFFENTLICHTE SONDERBERICHTE IM JAHR 2003

Der Europäische Rechnungshof hat im Jahr 2003 folgende Sonderberichte veröffentlicht:

1/2003 über die Vorfinanzierung von Ausfuhrerstattungen

Der Hof gelangte zu der Schlussfolgerung, dass das System der Vorfinanzierung von Ausfuhrerstattungen kompliziert und zeitaufwändig ist und einen hohen Verwaltungs- und Kontrollaufwand verursacht, was größtenteils auf den komplexen rechtlichen Rahmen zurückzuführen ist. Das System ist umständlich, wenn Waren vor der Ausfuhr verarbeitet werden, und die zur Überwachung der Verarbeitung herangezogenen Angaben sind nicht zuverlässig. Häufig kommt die Vorfinanzierung für deutlich andere als die bei Einführung des Systems vorgesehenen Zwecke zur An-

wendung. Der Hof empfahl eine Überarbeitung des Systems und die Erwägung seiner Abschaffung.

2/2003 zur Durchführung der aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union finanzierten Ernährungssicherungspolitik in Entwicklungsländern

Der Hof stellte fest, dass die Strategien zur Durchführung einer langfristigen Ernährungssicherungspolitik in einigen Empfängerländern nicht in kohärente nationale Strategien eingebunden waren, sondern als separate Entwicklungsprogramme durchgeführt wurden. Zuverlässige Informationen zur Ernährungssicherheit waren in den geprüften Ländern nicht verfügbar und die von den nationalen Stellen erstellten Statistiken waren unzureichend. Informationen über die Durchführung der Programme wa-

ren bei der Kommission nicht unmittelbar verfügbar. Der Hof empfahl, das Konzept Ernährungssicherheit in die allgemeine Entwicklungspolitik der Kommission einzubinden. Ferner sollten für die und von den Empfängerländern einheitliche Gesamtstrategien und -programme ausgearbeitet werden. Die Ratsverordnung sollte konsolidiert und vereinfacht werden, die Kommission sollte die Entwicklungsländer im Hinblick auf die Erstellung zuverlässiger Basisinformationen unterstützen und ihre Bemühungen weiterhin auf den Kapazitätenaufbau und die institutionelle Unterstützung konzentrieren.

3/2003 über das Invalidenrentensystem der europäischen Einrichtungen

Der Hof hat festgestellt, dass die Rate der Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten 15 Jahren konstant und die Gewährung der Ruhegehälter wegen Dienstunfähigkeit gerechtfertigt war. Andererseits gibt es in bestimmten Besoldungsgruppen mehr Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit als normale Pensionierungen nach Ende der Dienstzeit. Frustration bei der Arbeit trägt wesentlich dazu bei, dass die Bediensteten demotiviert sind und schließlich aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt werden. In Bezug auf die Gesamtstrategie und die Verwaltung der Abwesenheiten wegen Krankheit wurden eine Reihe von Schwachstellen aufgedeckt, und ein Teil der Versetzungen in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit könnte vermieden werden, wenn rechtzeitig angemessene Maßnahmen zur Prävention und frühzeitigen Behandlung gesundheitlicher Probleme greifen würden. Der Hof empfahl, angemessene Maßnahmen zur Prävention und frühen Behandlung zu treffen und eine Gesamtstrategie für den Umgang mit Krankheit und Dienstunfähigkeit zu allen denkbaren Zeitpunkten zu entwickeln.

4/2003 zur ländlichen Entwicklung: Förderung der benachteiligten Gebiete

Im Rahmen der Regelung zur Förderung der benachteiligten Gebiete erhalten 55,8 % der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU Ausgleichszulagen. Bei seiner Prüfung hat der Hof festgestellt, dass der Kommission nicht genügend Belege vorliegen, mit denen die anhaltende Gültigkeit der Klassifizierung als benachteiligtes

Gebiet bestätigt wird. Die Mitgliedstaaten wenden bei der Beurteilung der Frage, ob ein Gebiet als benachteiligt einzustufen ist oder nicht, ein breites Spektrum unterschiedlicher Indikatoren an, so dass die Begünstigten unter Umständen uneinheitlich behandelt werden. Für die "gute landwirtschaftliche Praxis", die eines der zentralen Förderkriterien darstellt, gibt es keine einheitliche Definition. Die Kommission verfügt nicht über genügend zuverlässige Informationen zu den Auswirkungen der Maßnahme, was die Gefahr von Überkompensationen erhöht. Überdies wurde die Regelung bisher keiner umfassenden Bewertung unterzogen. Der Hof empfahl, die bestehende Klassifizierung aller benachteiligten Gebiete umfassend zu überprüfen, angemessene Indikatoren auszuarbeiten, Informationen über die Auswirkungen der Regelung zusammenzustellen und die grundlegenden Konzepte klar zu definieren.

5/2003 über die Finanzierung von Umweltprojekten in den Bewerberländern aus den Programmen PHARE und ISPA

Der Hof hat festgestellt, dass die für den Institutionenaufbau im Umweltsektor gewährte Hilfe ihre Ziele nur teilweise erreicht hat, und dass die Bewerberländer ihre Verwaltungskapazitäten im Umweltbereich weiter ausbauen müssen, damit sie zur Anwendung des umweltrechtlichen Besitzstands in der Lage sein werden. Diese Situation ist u. a. die Folge der begrenzten Bereitstellung von Mitteln für den Institutionenaufbau, aber auch der bescheidenen Auswirkungen der im Rahmen des Partnerschaftskonzepts (Twinning) und der technischen Hilfe finanzierten Projekte. Man hat zu sehr auf das Partnerschaftskonzept gebaut, und die Bewerberländer verfügten nicht über genügend institutionelle Kapazitäten, um bereits zu einem frühen Zeitpunkt Umwelt- und Finanzstrategien zu entwickeln mit der Folge, dass nicht immer die vorrangigsten Projekte und effizientesten Finanzierungsmethoden ermittelt wurden.

6/2003 über Partnerschaften ("Twinning") als Hauptinstrument zur Unterstützung des Institutionenaufbaus in Bewerberländern

Die Beurteilung der Anwendung des Partnerschaftsinstruments unter dem Ge-



sichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit durch den Hof ergab, dass erhebliche Fortschritte bei der Übernahme des Gemeinschaftsrechts erzielt werden konnten, während Anwendung und Durchsetzung weniger weit vorangeschritten waren. Die "verbürgten" Ergebnisse konnten häufig lediglich teilweise und mit Verzögerung erreicht werden. Das Zusammenwirken der zahlreichen beteiligten Verwaltungsbehörden bedeutete einen gesteigerten Verwaltungsaufwand, der sich negativ auf die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit auswirkte, da Ressourcen weniger zugunsten des Institutionenaufbaus als zugunsten rein verwaltungstechnischer Fragen eingesetzt wurden. Es bestand eine Tendenz, Partnerschaften gegenüber anderen förderfähigen, potenziell geeigneteren Mechanismen verstärkt den Vorzug zu geben.

7/2003 über die Durchführung der Programmplanung für die Strukturfondsinterventionen des Zeitraums 2000-2006

Der Hof stellte bei seiner Prüfung fest, dass die Förderfähigkeit der Gebiete auf Kriterien basierte, die nicht objektiv genug waren, so dass einiger Spielraum für bilaterale Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission entstand. Außerdem waren die Verfahren für die Genehmigung der operationellen Programme sehr komplex und führten zu erheblichen Verzögerungen. Die Leitlinien der Kommission zur Programmplanung und Verwaltung waren unzulänglich, und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme in den Mitgliedstaaten wiesen oft Schwachstellen auf. Die Zuschussfähigkeitsregeln waren unvollständig oder ungenau. Der Hof empfahl eine Verbesserung der Qualität der methodischen Leitlinien, eine bessere Aufgabenteilung, einen Abbau von Bürokratie und eine Fortsetzung der Bemühungen um Vereinfachung.

8/2003 zur Ausführung der vom EEF finanzierten Infrastrukturarbeiten

Der Hof stellte fest, dass Unzulänglichkeiten in den Konzeptions- und Ausführungsstudien Ausgangspunkt für die vielen bei der Ausführung festgestellten Probleme waren. Das Fehlen einer Qualitätskontrolle bei den Projektstudien führte dazu, dass zu viele der Allgemeinen Bedingungen für die Bauaufträge zum Teil von falschen oder unrealistischen Gege-



Auditoren des Europäischen Rechnungshofes bei einer Rechnungsprüfung in Spanien

benheiten ausgingen und im Laufe der Ausführung zu Änderungen führten, die nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden. Daher mussten Änderungen an der Laufzeit, bei den Kosten und in einigen Fällen am Umfang der Arbeiten vorgenommen werden. Der Hof empfiehlt der Kommission, einen genaueren Rahmen für die Vorstudien vorzugeben, eine wirksame Qualitätskontrolle einzuführen und die Beratungsunternehmer stärker in die Verantwortung einzubeziehen. Der Begründung für die während der Ausführung vorgenommenen Änderungen sollte sie größere Bedeutung beimessen und den Empfängerländern eine bessere Unterstützung ge-

9/2003 zum System der Festsetzung der Beihilfesätze für Ausfuhren von Agrarerzeugnissen

Der Hof stellte fest, dass die von der Kommission zur Festsetzung der Erstattungssätze herangezogenen Angaben nicht immer vollständig bzw. aktuell waren. Bei einigen Erzeugnissektoren wurde die Differenz zwischen den EU-Binnenmarktpreisen und den notierten Weltmarktpreisen berechnet, doch dabei konnte kein systematischer Bezug zur Berechnung der tatsächlich festgesetzen Erstattungssätze festgestellt werden. Es gab keine Anweisungen bezüglich der anzuwendenden Verfahren und auch keine systematischen Anhaltspunkte für Managementkontrollen in Bezug auf die festgesetzten Erstattungssätze. Insbesondere bei Rindfleisch, Milcherzeugnissen und - in geringerem Aus-



maß - bei Getreide war die Art und Weise, wie die Kommission die Erstattungssätze festsetzte, nicht hinreichend klar. Aufgrund der Prüfung des Hofes ist die Kommission im Begriff, eine Reihe von Änderungen zur klareren Gestaltung der Verfahren, zur Verbesserung der Dokumentation und zur Erleichterung von Managementkontrollen vorzunehmen.

10/2003 zur Wirksamkeit der Verwaltung der Entwicklungshilfe für Indien durch die Kommission unter dem Gesichtspunkt der Ausrichtung auf die Armen und der Sicherstellung nachhaltiger Ergebnisse

Der Hof kam zu der Schlussfolgerung, dass die Verwaltung durch die Kommission unter dem Gesichtspunkt der Ausrichtung auf die Armen und der Behandlung der Frage der Nachhaltigkeit bei den meisten in Indien geprüften Projekten/Programmen hinlänglich erfolgreich war. Jedoch hätte eine systematischere Beachtung dieser Fragen während der gesamten Laufzeit des Projekts/Programms zu besseren Ergebnissen führen können, zudem war die Zeitplanung für die Durchführung zu optimistisch. Die mit einem sektorbezogenen Ansatz im Entwicklungsbereich verbundenen Möglichkeiten konnten nicht genutzt werden, da lediglich die EU diesen Ansatz verfolgt. Der Hof empfahl, die Ziele der Ausrichtung auf die ärmsten Bevölkerungsschichten und der Nachhaltigkeit während der gesamten Laufzeit eines Projekts/Programms durchweg im Auge zu behalten sowie für die Durchführung von Programmen und Projekten genügend Zeit anzusetzen. Ferner empfahl der Hof der Kommission, in ihrer neuen EG-Länderstrategie für Indien wichtige Fragen wie Landwirtschaft und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen zu behandeln.

11/2003 über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE)

Der Hof stellte fest, dass das allgemeine Ziel von LIFE sehr weit gefasst und nicht genau genug definiert ist. Er ermittelte zahlreiche Probleme bei der Durchführung, wie beispielsweise nicht ausreichend belegte Ausgaben, die Erstattung von aus öffentlichen Haushalten gezahlten Beamtengehältern und Unzulänglichkeiten in den Projektfinanzierungskonzepten und Buchführungssystemen aufseiten der

Empfänger. Viele Zahlungen der Kommission wurden mit erheblichen Verzögerungen geleistet, die Überwachung war unzureichend. Der Hof empfahl, die Ziele von LIFE genauer darzulegen, die Bewertung der Vorschläge in allen Teilbereichen des Programms von externen Sachverständigen vornehmen zu lassen und die Verwaltungsvorschriften für die Durchführung der Maßnahmen im Hinblick auf eine genauere Definition der zuschussfähigen Kosten zu überprüfen.

12/2003 über die Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung im Rahmen der Gemeinsamen Marktorganisation für Trockenfutter

Die Reform von 1995 hat es ermöglicht, die Gesamtausgaben innerhalb des Finanzrahmens zu halten. Die vom Rat festgesetzten Beihilfesätze waren höher als von der Kommission empfohlen und ermutigten die Erzeuger, ihre Erzeugung von sonnengetrocknetem auf künstlich getrocknetes Trockenfutter umzustellen. Unklarheiten in den Kommissionsverordnungen ließen Unterschiede in der Auslegung und Praxis in den Mitgliedstaaten zu. Trotz der Unterstützung des Trockenfuttersektors bleibt Trockenfutter in der EU von begrenzter wirtschaftlicher Bedeutung. Im Juni 2003 hat der Rat beschlossen, die Verarbeitungsbeihilfe für Trockenfutter zu kürzen und einen Teil dieser Beihilfe in eine andere Regelung einfließen zu lassen.

13/2003 zur Erzeugerbeihilfe für Baumwolle

Der Hof stellte fest, dass die wirksame Verwaltung seitens der nationalen Behörden und die Überwachung seitens der Kommission durch Funktionsmängel von InVeKoS in Griechenland beeinträchtigt werden. Die Überwachungstätigkeit der Kommission bezüglich der Auswirkungen der Baumwollerzeugung auf die Umwelt ist unzulänglich, und die Kommission hat keinerlei Kenntnis von der Wirksamkeit des den Entkörnungsunternehmen gelieferten Anreizes zur Verbesserung der Qualität der erzeugten Baumwolle. Der Hof empfahl der Kommission, die Gelegenheit der vorgeschlagenen Reform der Beihilferegelung zur Behebung der aufgezeigten Schwachstellen zu ergreifen.



Uber das Staatliche Kontrollkomitee, die ORKB der Republik von Weissrussland

ARKADIY SALIKOV

Vizepräsident des Staatlichen Kontrollkomitees der Republik von Weissrussland

In den letzten Jahren hat die ORKB der Republik von Weissrussland eine schwierige Arbeit der Suche und Erstellung eines vollkommen neuen Konzepts innerhalb der Finanz- und Wirtschaftskontrolle der Haushaltsaktivität unseres Staates durchgeführt und hat hierfür die Erfahrung anderer Länder ausgenutzt.

Die Republik von Weissrussland ist als unabhängiges und souveränes Land relativ jung aber dynamisch. Die Leitung des Landes hat sich für eine gestaffelte Umwandlung und Verbesserung entschlossen, die die Modernisierung der nationalen Wirtschaft in Übereinstimmung mit den gegenwärtigen Tendenzen der Weltwirtschaftsentwicklung beinhaltet. Diese Option begründet sich auf einer rationellen Kombination der regulierenden Funktionen des Staates, die auf die Schaffung günstiger Bedingungen für die Entwicklung und den Marktmechanismus gerichtet sind, der das wirtschaftliche Gewebe des Landes gestalten soll. In der Phase der Gründung der neuen Wirtschaftsbeziehungen gewinnt die staatliche Kontrolle an Wichtigkeit.

In den letzten Jahren hat die ORKB der Republik von Weissrussland eine schwierige Arbeit der Suche und Erstellung eines vollkommen neuen Konzepts innerhalb der Finanz- und Wirtschaftskontrolle der Haushaltsaktivität seines Staates durchgeführt und hat hierfür die Erfahrung anderer Länder ausgenutzt.

Das Staatliche Kontrollkomitee der Republik von Weissrussland wurde anlässlich des Dekrets des Präsidenten der Republik am 5. Dezember 1996 gegründet. Die gesetzliche Regelung des Komitees wird in der Verfassung des Landes definiert und seine Zuständigkeit und Aktivitäten werden durch Gesetz des Staatlichen Kontrollkomitees der Republik von Weissrussland vom 9. Februar 2000 geregelt.

Dieses Gesetz definiert das Staatliche Kontrollkomitee als einen Organismus, dem die staatliche Kontrolle des Vollzugs des Haushalts der Republik, die Verwendung des Staatsvermögens und die Erfüllung der vom Präsidenten, dem Parlament oder der Regierung erlassenen Gesetze, die sich auf die wirtschaftlichen, finanziellen oder steuerlichen Beziehungen beziehen, obliegen. Die kollegisierte Leitung des Komitees prüft die wichtigsten Probleme der öffentlichen Kontrolle, die Überlegungen und koordinierte Lösungen fordern. Das Komitee entwickelt seine Aktivitäten in transparenter und offener Art und Weise, aufgrund einer rigorosen Erfüllung des Gesetzes, Verteidigung der staatlichen Interessen und der Rechte und Freiheiten der

Die wichtigsten Konzentrationspunkte der Prüfungsaktivität des Komitees sind

- Kontrolle des Vollzugs der zentralen und lokalen Staatshaushalte:
- Kontrolle der endgültigen und wirksamen Benutzung der öffentlichen Mittel und Vermögen;
- Kontrolle der Aktivitäten des Bankwesens, des Wertpapiermarkts, der Versicherungsgesellschaften und der Finanzunternehmen, die keine Banken sind;
- Kontrolle der Rechtsmässigkeit der Aussenhandelsaktivitäten;
- Kontrolle der Lage der Industrie und Landwirtschaft.

Das Komitee besteht aus 10 Generaldirektionen und vier autonomen Direktionen des Zentralapparats, der Abteilung für Finanzforschungen sowie staatlichen Kontrollkomitees und Direktionen der Abteilung für Finanzuntersuchungen der sechs Provinzen der Republik von Weissrussland.

Die Integrierung der Abteilung für Finanzuntersuchungen, die sich der Bekämpfung der Korruption und der wirtschaftliDas Staatliche Kontrollkomitee der Republik von Weissrussland wurde anlässlich des Dekrets des Präsidenten der Republik am 5. Dezember 1996 gegründet. Die gesetzliche Regelung des Komitees wird in der Verfassung des Landes definiert und seine Zuständigkeit und Aktivitäten werden durch Gesetz des Staatlichen **Kontrollkomitees** der Republik von

Weissrussland

2000 geregelt.

vom 9. Februar



BERICHTE UND STUDIEN

chen und finanziellen Delikte widmet, in das Organigramm des Staatlichen Kontrollkomitees im September 2001, erleichterte wesentlich die Feststellung von Unregelmässigkeiten und Verstössen in der Benutzung der öffentlichen Mittel und des Vermögens und verbesserte somit die Wirksamkeit der Verhütung dieser Wirtschaftsdelikte.

Das Komitee informiert den Präsidenten, die Regierung der Republik von Weissrussland und die Organe der zentralen und lokalen Regierung regelmässig über die Resultate seiner Aktivitäten und die ergriffenen Massnahmen hinsichtlich der festgestellten Unregelmässigkeiten. Unter den grössten Aktivitäten des Jahres 2002 können die in den Brennstoffund Elektrizitätsversorgungsgesellschaften, den Bankinstituten, den Organismen des öffentlichen Gesundheits- und Dienstleistungswesens durchgeführten Rechnungsprüfungen angeführt werden sowie auch die Prüfung der Erfüllung des Perfektionierungsprogramms des agroindustriellen Komplexes der Republik von Weissrussland für die Jahre 2001 bis 2005.

Die ORKB der Republik von Weissrussland besitzt in Übereinstimmung mit der gültigen Gesetzgebung die Rechtsfähigkeit, die dem Finanzamt aufgrund der Resultate der Rechnungsprüfungen geschuldeten Steuerbeträge einzuziehen sowie auch den Unternehmen Strafen aufzuerlegen, die diese Unregelmässigkeiten begangen haben. In der von Januar bis Oktober 2002 verstrichenen Periode ist es den Einheiten des staatlichen Kontrollkomitees gelungen, für das Finanzamt Geld und materielles Vermögen in Höhe von 38,6 Millionen Dollar einzuziehen

In der gleichen Periode und begründet auf die Resultate der vom staatlichen Kontrollkomitee durchgeführten Rechnungsprüfungen, haben die Staatssicherheitskörper der Republik von Weissrussland 194 Strafverfahren eingeleitet. Abgesehen von den Rechnungsprüfungen, nimmt das Komitee umfassende Analysen für die Anpassung der regulierenden Normen der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen vor.

Allein in den ersten 10 Monaten des Jahres 2002 unterwarf das Staatliche Kontrollkomitee der Republik von Weissrussland 617 Entwürfe der von verschiedenen öffentlichen Organismen erstellten und präsentierten Normen der Begutachtung.

Innerhalb des Komitees wird der Verteidigung der verfassungskonformen Rechte und gesetzlichen Interessen der Bürger, der Besserung der Bearbeitung ihrer Vorschläge und Anträge und der Feststellung und Neutralisierung der hauptsächlichsten Gründe, die die Bürger zwingen, sich an die zentrale Verwaltung zu wenden, grosses Interesse beigemessen. Seit Januar bis Oktober 2001 erhielt das Komitee von mehr als 12 Tausend Personen Anträge, was einen hohen Grad des Vertrauens beweist, den die Weissrussen in diesen Organismus setzen.

Presse, Radio und Fernsehen informieren regelmässig über die vom Komitee durchgeführten Arbeiten. Während der ersten 10 Monate des Jahres 2002 widmeten die Kommunikationsmedien den Rechnungsprüfungen des Komitees insgesamt 4.389 Reportagen und Artikel im Radio und im Fernsehen.

Abschliessend möchten wir hervorheben, dass sich das Staatliche Kontrollkomitee der Republik von Weissrussland im März 2002 in ein vollrechtliches Mitglied der EUROSAI verwandelt hat und seinem Wunsch Ausdruck gibt, mit allen Mitgliedern dieser angesehenen Organisation mittels des Austausches von Information, Berufserfahrung und Methodologie im Bereich der Rechnungsprüfung sowie auch mittels der Ausbildung und Austausches von Experten eine enge Zusammenarbeit zu entwickeln, um das Studium der Merkmale der Finanzrechnungsprüfungen in den verschiedenen ORKB von Europa vornehmen zu können.

Das Komitee informiert den Präsidenten, die Regierung der Republik von Weissrussland und die Organe der zentralen und lokalen Regierung regelmässig über die Resultate seiner Aktivitäten und die ergriffenen Massnahmen hinsichtlich der festgestellten Unregelmässigkeiten.

Abgesehen von den Rechnungsprüfungen, nimmt das Komitee umfassende Analysen für die Anpassung der regulierenden Normen der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen vor.





Die wichtigsten Aspekte der Prüfung der Verwendung der öffentlichen Mittel seitens des Rechnungshofs der Ukraine

V.K. SIMONENKO

Präsident des Rechnungshofs der Ukraine

Eines der wichtigsten Ziele des Rechnungshofs der Ukraine besteht in der Garantie des systematischen Kontrollcharakters des Vollzugs des Staatshaushalts und der außerhaushaltlichen öffentlichen Mittel im Rahmen eines einzigen Zyklus von dreijähriger Dauer, der die vorhergehende Prüfung des Haushaltsprojekts für das kommende Jahr, die normale Kontrolle während des Geschäftsjahrs und die nachgängige Kontrolle des Vollzugs des Haushalts des vorhergehenden Jahres beinhaltet.

Das Grundgesetz der Ukraine legt fest, dass "die Prüfung der Verwendung der öffentlichen Mittel vom Rechnungshof im Namen des Obersten Rada der Ukraine ausgeführt wird".

Die Aktivitäten des Rechnungshofs der Ukraine, bestehend in der Kontrolle einer korrekten Verwendung der öffentlichen Mittel, wird außer im Grundgesetz ebenfalls vom Haushaltsgesetz der Ukraine, der Gesetze des Rechnungshofs und anderen gültigen Normen reguliert.

In Übereinstimmung mit Artikel 110 des Haushaltsgesetzes der Ukraine muss der Rechnungshof folgendes prüfen:

- 1) Die Verwendung der öffentlichen Mittel in Übereinstimmung mit dem Haushaltsgesetz des Staates;
- 2) Die Formulierung, Leistung und Annullierung der öffentlichen Schuld;
- 3) Die Wirksamkeit der Verwendung und des Managements der öffentlichen Mittel;
- 4) Die Verwendung der öffentlichen Mittel für die Finanzierung der Zuständigkeiten der Organe der lokalen Regierungen und die Ausübung der an die Organe der lokalen Selbstregierung seitens der exekutiven Macht delegierten Befugnisse bezüglich der Einnahmen und Ausgaben.

Abgesehen von den vorgenannten Funktionen gewährt das Gesetz des Rechnungshofs diesem Organismus die Kontrollfunktionen der vierteljährlichen Verteilung der Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung mit den Indikatoren des Haushaltsge-

setzes, der Wirksamkeit des Managements der öffentlichen Mittel seitens der Staatskasse, der Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit der Bewegung der öffentlichen Mittel, die nicht ein Teil des Staatshaushalts sind und der Finanzierung der nationalen Programme der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, sozialen und kulturellen Entwicklung, die von dem Obersten Rada verabschiedet wurden.

Eines der wichtigsten Ziele des Rechnungshofs der Ukraine besteht in der Garantie des systematischen Kontrollcharakters des Vollzugs des Staatshaushalts und der außerhaushaltlichen öffentlichen Mittel im Rahmen eines einzigen Zyklus von dreijähriger Dauer, der die vorhergehende Prüfung des Haushaltsprojekts für das kommende Jahr, die normale Kontrolle während des Geschäftsjahrs und die nachgängige Kontrolle des Vollzugs des Haushalts des vorhergehenden Jahres beinhaltet. Dieses System lässt den Rechnungshof jedes Jahr aufgrund eines Dreijahreshaushaltsplans arbeiten und ein jedes Geschäftsjahr durchläuft drei Rechnungsprüfungsphasen.

Zwecks Analyse und Überprüfung des Vollzugs des Staatshaushalts (sowohl des gegenwärtigen als auch desjenigen des vergangenen Geschäftsjahrs) muss sich der Rechnungshof auf die Konten stützen, die den Vollzug des Haushalts wiedergeben.

Der Staatskasse der Ukraine obliegt die Konsolidierung, Formulierung und Vorlage der staatlichen Rechnungsführung. Diese gleiche Institution legt in Koordination mit dem Rechnungshof und dem WirtschaftsmiDas
Grundgesetz
der Ukraine
legt fest, dass
"die Prüfung
der
Verwendung
der öffentlichen
Mittel vom
Rechnungshof
im Namen des
Obersten Rada
der Ukraine
ausgeführt
wird".



Die Institution,

Jahresberichtes

Erfüllung des

zes zukommt,

der Ukraine.

Haushaltsgeset-

Ministerkabinett

Vorlage des

der die

über die

ist das

nisterium der Ukraine Einzelrechnungslegungsmodelle (monatliche, vierteljährliche und jährliche) fest. In gleicher Weise werden ebenfalls die Kontenmodelle festgelegt, die den Vollzug der lokalen Haushalte widerspiegeln.

Mit dem Ziel, eine Kontrolle des Vollzugs des Staatshaushalts auszuüben, übergibt die Staatskasse der Ukraine dem Rechnungshof die monatliche und vierteljährliche Rechnungsführung des Staates. Die Höchstfristen sind der 15. des folgenden Monats für die monatliche Rechnungslegung und 35 Tage ab Ende des Vierteljährs für die vierteljährliche Rechnungslegung.

Die Manager der öffentlichen Mittel formulieren und präsentieren unter Anwendung einer uniformen Methodologie detaillierte Konten, die Buchhaltungsbilanzen, Gebarungsberichte, Erfolgsbilanzen und andere Daten, gemäss den von der Gesetzgebung der Ukraine festgelegten Modellen.

In Erfüllung der Forderungen des Haushaltsgesetzes der Ukraine müssen die Steuerorgane dem Rechnungshof außerdem binnen den für die Vorlage der vierteljährlichen Rechnungslegung analogen Fristen die Information über die aufgrund der Steuerbegünstigungen entstandenen Verluste, die Beträge von neustrukturierten und annullierten Schulden und die Beträge der verteilten und gestundeten Bezahlungen vorlegen. Die monatlichen Daten werden vor dem 12. Tag des folgenden Monats mitgeteilt.

Für die Vornahme der Analysen werden ebenfalls die durch die Rechnungsprüfungen, analytischen Aktivitäten, von den verschiedenen Abteilungen des Rechnungshofs, der analytischen Information des Finanzministeriums, der Nationalbank, des Ministeriums für Wirtschaft und Europäische Integration und dem Staatskomitee der Ukraine gewonnenen Daten verwendet.

In Übereinstimmung mit dem Haushaltsgesetz der Ukraine ist die Institution, der die Vorlage des Jahresberichts über den Vollzug des Staatshaushalts obliegt, das Ministerkabinett der Ukraine und dieses legt dem Obersten Rada den Bericht vor dem 1. Mai des dem Berichtsjahr folgenden Jahres vor, das Gegenstand des Berichtes ist. Binnen dieser Frist wird der vorgenannte Bericht ebenfalls dem Rechnungshof vorgelegt.

Die Besonderheit der in der Ukraine rechtsgültigen Gesetzgebung, insbesonde-

re des seit Juni 2001 gültigen Haushaltsgesetzes besteht darin, dass der Rechnungshof nur über eine sehr kurze Zeitspanne für die Bewertung des Haushaltsvollzugs verfügt.

Der Rechnungshof muss sein Gutachten über diesen Vollzug binnen einer Frist von nicht mehr als zwei Wochen, zu zählen ab dem Datum, an dem der in offizieller Form seitens des Ministerkabinetts vorgelegte Jahresbericht im Rechnungshof eintrifft, erstellt. Nach Abgabe des Gutachtens des Rechnungshofs an das Oberste Rada, besteht eine weitere Periode von zwei Wochen, um den Bericht des Ministerkabinetts zu verabschieden.

Während der Plenarsitzung des Obersten Rada für die Debatte der Erfüllung des Haushaltsgesetzes des Staates, nehmen an dieser als Referenten der Präsident des Haushaltsausschusses des Obersten Rada und der Präsident des Rechnungshofs teil.

Der gesamte Prozess, angefangen von der Präsentierung seitens des Ministerkabinetts seines Berichts über den Vollzug des Staatshaushalts bis zur Intervention der Regierungsvertreter in der Plenarsitzung des Obersten Rada der Ukraine und der entsprechenden Beschlussfassung seitens des Obersten Radas, entwickelt sich in einer sehr kurzfristigen Art und Weise (dass heisst, in vier Wochen), obwohl bis zur Debatte des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr noch viel Zeit verbleibt.

Hier muss betont werden, dass das Haushaltsgesetz der Ukraine (ab dem Jahr 2002) vorsieht, dass beim Vorliegen einer Übererfüllung des Einnahmenhaushalts in Übereinstimmung mit dem vom Rechnungshof für die ersten drei Vierteljahresperioden erstellten Gutachten gemeldet werden muss, wenn die für diese Periode im Haushaltsgesetz vorgesehenen Einnahmen um 15% überschritten werden. Diese Stellungnahmen müssen dem Haushaltsausschuss vor dem 15. Oktober des zu bewertenden Geschäftsjahres vorgelegt werden.

Das Ministerkabinett der Ukraine verfügt seinerseits über zwei Wochen (zu zählen ab der Veröffentlichung dieser offiziellen Stellungnahmen), um dem Obersten Rada der Ukraine den Gesetzesentwurf zur Abänderung des Staatshaushaltsgesetzes vorzulegen.

Die Resultate fast aller vom Rechnungshof durchgeführten Rechnungsprüfungen



BERICHTE UND STUDIEN

werden in der Analyse und der Vorbereitung der Schlussfolgerungen über die Erfüllung des Staatshaushalts des Jahres, des ersten Vierteljahres, des ersten Halbjahrs und der ersten neun Monate des laufenden Jahres berücksichtigt und verwendet.

Im Allgemeinen begründet sich die seitens des Rechnungshofs dem Obersten Rada vorgelegte Analyse des Vollzugs des Staatshaushalts auf der erschöpfenden und detaillierten Kontrolle der folgenden Aspekte: Haushaltspolitik und Wirtschaftslage der Ukraine, Vollzug des Staatshaushalts im Allgemeinen mit Aufgliederung in Einnahmen und Ausgaben, Erfüllung der Haushaltsdisziplin, Erfüllung der Bedingungen der Sonderreserve des Staatshaushalts, Finanzierung des Staatshaushalts der Ukraine und Bewertung der öffentlichen Schuld sowie der Vollzug der lokalen Haushalte.

Allein im Jahr 2001 wurden die Resultate der vom Rechnungshof vorgenommenen Rechnungsprüfungen in 10 Ausschüssen des Obersten Radas in 29 Versammlungen analysiert.

Als Resultat dieser Analyse werden außerdem die Schlussfolgerungen der kollegisierten Direktion des Rechnungshofs bezüglich des Vollzugs des Staatshaushalts des entsprechenden Geschäftsjahrs vorbereitet und veröffentlicht.

Der Rechnungshof stellt aufgrund der Resultate der Analyse des Vollzugs des Staatshaushalts des laufenden Geschäftsjahrs und des folgenden nicht nur die festgestellten Unregelmässigkeiten in der Anwendung der öffentlichen Mittel fest, sondern er spezifiziert ebenfalls die Gründe, die solche Unregelmässigkeiten entstehen ließen und legt die Massnahmen zur Behebung und zukünftigen Verhütung dieser fest.

Die Realität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Ukraine, die Erfordernisse der Perfektionierung der Systeme des Haushalts, der Wirtschaft, Steuern und Banken fordern ihrerseits die Verbesserung der Verfahren und Methodologien des Rechnungshofs, eine vollständigere Ausnutzung der bereits erworbenen Erfahrung, die Suche und Aktivierung aller Mittel für die Erhöhung der Qualität der Rechnungsprüfungen, Analysen und Gutachten.

Es sollten hier einige dieser Probleme aufgezeigt werden, insbesondere diejenigen in Verbindung mit der Kontrolle der Erfüllung von nationalen Programmen, externen Kontrollen, Abgrenzung von Zuständigkeiten und Funktionen der Prüfungsorgane, sowie ein besonders für die sich im Übergang befindlichen Ökonomien brennendes Problem wie die Korruption, die sich auf alle Phasen des Haushaltsprozesses auswirkt.

In der Ukraine werden grosse Geldsummen in Aktivitäten verschiedenster Arten gesteckt. Die von den Verwaltern der Regierungsprogramme (gegenwärtig ungefähr 230) zu fassenden Beschlüsse müssen sich auf Durchführbarkeitsstudien stützen.

Eines der wichtigsten Aspekte in der Kontrolle der Erfüllung dieser Programme ist die so genannte "Analyse der Programme". Diese Analyse muss aufgrund gewisser methodologischer Werkzeuge ausgeführt und danach durch die "Analyse der Politik", "Bewertung der Programme" und andere neue Verfahren vervollständigt werden. Diese Verfahren sind ein Teil der Programmmethodologien und Ziele (die gleichzeitig mit der Strukturierung der Programme selbst und Einführung der Managementsysteme durch Programme und Ziele implementiert werden).

Es sollte betont werden, dass die analytischen Methoden, ebenso wie andere wissenschaftliche Elemente, die ein Teil der Programm- und Zielmethodologie sind, zum größten Teil nur auf der Theorieebene entwickelt sind, ohne dass sie einen wirklichen Einfluss auf den Erhalt wirklich rationeller Lösungen durch die Programme ausüben. Die sich im Übergang befindlichen Ökonomien benötigen nicht nur eine analytische Methodologie, sondern auch eine Rationalisierungsmethodologie für die Erstellung der Programme.

Es sollten ebenfalls die Möglichkeiten untersucht werden, die für die Ausrüstung der sich im Übergang befindlichen Ökonomien mit Methoden und mathematischen Modellen existieren, die ihnen erlauben, die Durchführbarkeit von nationalen Programmen zu bewerten. Dieses ist sehr wichtig, da die Modelle, die das zu untersuchende Problem reproduzieren, die präzise und fortlaufende Berücksichtigung einer Vielzahl von Faktoren, die Vornahme der Prozessierung von umfassender Information, Definition von relevanten Merkmalen der Systeme, Erstellung von quantitativen Evaluierungen der untersuchten Parameter und Vergleich von alternativen Lösungen zulässt.

Allein im Jahr 2001 wurden die Resultate der vom Rechnungshof vorgenommenen Rechnungsprüfungen in 10 Ausschüssen des Obersten Radas in 29 Versammlungen analysiert.



29

Die sich im
Übergang
befindlichen
Ökonomien
benötigen nicht
nur eine
analytische
Methodologie,
sondern
auch eine
Rationalisierungsmethodologie für die
Erstellung der
Programme.

Für unsere ORKB ist weiterhin der Erhalt von Daten über den Vollzug und die konkreten Resultate der staatlichen Programme sowie über die Wirksamkeit der Verwendung der öffentlichen Mittel und der von den Verwaltern gefassten Beschlüsse wichtig. Wenn die Analyse der Programme nur in der Planungsphase eine Studie der alternativen Varianten beinhaltet, konzentriert sich diese auf die Evaluierung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der laufenden oder bereits beendeten Programme.

Zwecks Evaluierung der Wirksamkeit (sowohl in der Verwendung der Mittel als auch der von den Verwaltern gefassten Entscheidungen) sind Kriterien erforderlich, für deren Erstellung wir mit Sicherheit die Hilfe der EUROSAI benötigen. Es ist unerlässlich die Evaluierungskriterien in verschiedenen Ländern zu vergleichen, diese zu analysieren und Empfehlungen für deren Erstellung und Anwendung zu geben.

Die Evaluierung des Programms und die Prüfungsergebnisse müssen die rechtzeitige Neuverteilung der Mittel unterstützen und die Ziele des Programms korrigieren, die Berichte über die realen Kosten der Durchführung des Programms erstellen, den Vollzugsgrad der programmierten Ziele festlegen, die Wirksamkeit des Gebarungssystems des Programms bewerten und Vorschläge für die Verbesserung des Funktionierens unterbreiten.

Die Verwalter der öffentlichen Mittel müssen die nicht weniger wichtige Aufgabe der Verteilung der Zuweisungen an die Programme und ebenfalls an die verschiedenen an seiner Durchführung mitarbeitenden Ministerien lösen. Als methodologische Instrumente für diese Zwecke werden die verschiedenen Abänderungen der so genannten "Analyse der Programme" benutzt. Die Probleme der Feststellung der wirklichen Resultate der Programme sowie das Ergreifen von Handlungen, die das Funktionieren dieser korrigieren, bleiben ungelöst. Es werden methodologische Entwicklungen für diese Probleme vermisst und hier würden wir ebenfalls gerne mit der Hilfe der EUROSAI rechnen.

Der Mangel an entwickelten Methodologien, eine ungenügende Finanzierung dieser Studien sowie die mangelnde "Nachfrage" nach den Resultaten dieser Evaluierungen seitens der Führungsbeamten führen dazu, dass die Evaluierung der Programme als eine kaum anerkannte Funktion angesehen wird. Dieses ist eine "terra incognita" der öffentlichen Gebarung.

Das Erfordernis einer systematischen Messung der realen Resultate der Aktivitäten der Regierung, die mit der Verwendung der öffentlichen Mittel verbunden ist, wird immer dringender. Dieses Problem kann jedoch nicht ohne einen gesetzlichen Rahmen gelöst werden.

Bei Auftreten von großen Haushaltsdefiziten kann die Anwendung der Methodologie der Evaluierung der realen Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Programme für die Öffentlichkeit von großem Nutzen sein. Die Bewertung des Programms ist das Instrument, das die Eliminierung der leistungsschwachen Programme nach der Quantifikation ihres Parameters rechtfertigen könnte.

Die sich in der Ukraine in Kraft befindliche Gesetzgebung legt eine Liste von Organisationen fest, die bestimmte Funktionen und Aufgaben der öffentlichen Kontrolle vornehmen. Wir müssen jedoch zugeben, dass ihre Aufgaben und Zuständigkeiten immer noch nicht ausreichend und strikt umrissen sind. Das Problem der Interaktion zwischen den Kontrollkörperschaften und zwischen diesen und dem Rechnungsprüfungsinstitut, das seine Aktivitäten außerhalb des Systems der öffentlichen Rechnungsprüfung entwickelt, ist nicht klar dargelegt.

Der Mangel an Koordinierung der Aktivitäten seitens der Kontrollkörperschaften sowie das Fehlen einer einzigen methodologischen und informativen Basis wirken sich auf die Wirksamkeit der Arbeit aus und erschweren das Erreichen eines gemeinsamen Ziels. Es handelt sich hier nicht nur darum, dass sich angesichts des Koordinationsmangel die Kräfte der Kontrollorganismen verstreuen, sondern auch darum, dass diese Organismen unterschiedliche Ziele haben und bei Verwendung gleicher Daten in Übereinstimmung mit den gleichen Prinzipien (Wirksamkeit, Gesetzmäßigkeit und totale Deckung) zu völlig unterschiedlichen Resultaten gelangen können (und auch gelangen).

Andererseits ist es jedoch unmöglich, mit so verstreuten Mitteln eine totale Deckung zu garantieren. Nur mit den koordinierten Anstrengungen aller Kontrollkörperschaften, basiert auf Mechanismen mit bewiesener Durchführbarkeit kann dieses Ziel erreicht werden. Ein grundsätzlicher Es ist unerlässlich die Evaluierungskriterien in verschiedenen Ländern zu vergleichen, diese zu analysieren und Empfehlungen für deren Erstellung und Anwendung zu geben.



BERICHTE UND STUDIEN

Beitrag zur Schaffung dieser Mittel wäre im Rahmen der EUROSAI die Entwicklung einer Doktrin für die Rechnungsprüfung der öffentlichen Rechnungslegung.

Das Problem der Korruption in allen Phasen des Haushaltsprozesses ist für die sich im Übergang befindlichen Ökonomien ebenfalls ein schwer zu bewältigendes Hindernis.

Die Experten des Rechnungshofs der Ukraine finden in ihren Rechnungsprüfungen und analytischen Aktivitäten einen hohen Korruptionsgrad in praktisch allen Haushaltsphasen. Dieses bezieht sich sowohl auf die Ministerien, Abteilungen und andere zentrale und lokale Organismen der Exekutiven, als auch auf die direkt mit den öffentlichen Mitteln Begünstigten.

Die Resultate der vom Rechnungshof der Ukraine durchgeführten Rechnungsprüfungen decken häufig einen Austausch der Haushaltsgesetze gegen die eigene Gesetzgebung niedrigen Ranges sowie die Tendenz zum "manuellen" Management der öffentlichen Mittel auf. Dieser Managementstil führt zu großen Unregelmässigkeiten in den Haushalten.

Wir führen hier einige Beispiele an, die für die Korruption am leichtesten zugänglich sind: Ausländische Kredite, insbesondere die von der Regierung garantierten; Erhebung der Steuern und obligatorischen Abgaben, sowie andere Einnahmequellen; das Management des Ankaufs und der Vertragsvergabe; Verteilung der Unterstützungen, Genehmigungen und Lizenzen; der Zoll; Privatisierungsprozesse.

Der Rechnungshof der Ukraine entbehrt der Zuständigkeit für das Betreiben von Untersuchungsverfahren der bei der Rechnungsprüfung aufgedeckten Korruptionen. Demzufolge ist das Wichtigste, was der Rechnungshof zur Verhütung und Aufdeckung der Korruption beitragen kann, eine grössere Transparenz und Unterordnung auf allen Ebenen, die Unterstützung der Umfelder, die die Korruptionshandlungen erschweren und Schaffung eines Klimas für die wirksame öffentliche Gebarung.

Gegenwärtig existiert in der Ukraine keine durch ein Gesetz festgelegte Definierung des Konzepts, Inhalts, der Ziele und des Anwendungsfelds der Kontrolle der Rechnungslegung des Staates. Es wurden bereits mehrere Versionen eines Gesetzes der Ukraine "über die Kontrolle der Rechnungsführung des Staates" vorbereitet. Die Verabschiedung dieses Gesetzes durch das Oberste Rada der Ukraine würde zweifellos zu einer strikteren Kontrolle der endgültigen und wirksamen Verwendung der öffentlichen Mittel beitragen.

Das Problem der Korruption in allen Phasen des Haushaltsprozesses ist für die sich im Übergang befindlichen Ökonomien ebenfalls ein schwer zu bewältigendes Hindernis.



31

Die Supreme Chamber of Control (NIK) als Koordinator der EUROSAI-Arbeitsgruppe für die Umweltprüfung. Erfahrungen und Forderungen

MIROSLAW SEKULA

Präsident der Obersten Kontrollkammer von Polen

Im Mai 1999 verabschiedete der in Paris abgehaltene IV. EUROSAI-Kongress einen Beschluss mit dem die EUROSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung gegründet wurde. Die Supreme Chamber of Control wurde als deren Koordinatorin ernannt. Unser Vizepräsident, Zbigniew Wesolowski, wurde für die Leitung der Arbeiten dieser Gruppe gewählt.

Die politischen Reformen, denen Polen in den letzten zehn Jahren unterworfen war, sowie die Anstrengungen für die Integrierung in die UE, stellen an die NIK als die Oberste Rechnungskontrollbehörde neue Forderungen. In diesem Sinne

sollte der Augenmerk verstanden werden, den die NIK auf internationale Zusammenarbeit, sowohl die bilaterale mit anderen ORKBn, als auch die multilaterale innerhalb der INTOSAI und EUROSAI, richtet.

Seit Gründung der EUROSAI im Jahr 1990 hat die NIK eine aktive Rolle in der Arbeit der Organe der Organisation, dem Präsidium und dem Kongress gespielt. In den Jahren von 1993 bis 1999 war die NIK ordentliches Mitglied des Präsidiums. Jetzt und obwohl unser Mandat beendet ist, nehmen wir immer noch aktiv an der Arbeit des Präsidiums teil. So trugen wir zur Organisation der IV. und V. in Paris (im Mai 1999) und Moskau (im Mai 2002) abgehaltenen Kongresse bei. Vor dem Moskauer Kongress fand in Polen das Vorkongressseminar statt. Die NIK ist außerdem Mitglied des Ausbildungskomitees der EUROSAI (der erste Schulungsevent dieses Komitees wurde von Polen im Februar 2001 organisiert). Sogar noch vor Eintritt Polens in die NATO hat die NIK Kontakte mit dem Internationalen Komitee der NATO-Rechnungsprüfer (IBAN) aufgenommen. Auf diese Weise konnten die polnischen Rechnungsprüfer seit 1997 an den Schulungen des IBAN teilnehmen. (Im September 2001 hielten die Ausbilder des IBAN ein Seminar in Polen ab).

Die NIK pflegt Arbeitskontakte mit allen ORKBn von West-, Mittel- und Osteuropa. Sie arbeitet ebenfalls mit den ORKBn von Kanada, China, der USA, Indien, Marokko und anderen Ländern zusammen. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den ORKBn der Kandidatenländer für den Beitritt zur UE und dem Europäischen Rechnungshof wurden die Empfehlungen bezüglich des Funktionierens der Obersten Rechnungskontrollbehörden im Kontext der europäischen Integration entwickelt und gegenwärtig konzentriert sich diese Zusammenarbeit auf ihre Einführung sowie der proaktiven Haltung der ORKBn in der Annahme und Anwendung des Acquis Communautarie.

Nach dieser kurzen Einführung möchte ich mich auf die Aktivität der NIK auf dem Gebiet der Umweltprüfung und auf unsere internationale Zusammenarbeit in dieser Hinsicht konzentrieren. Da wir bereits während vieler Jahre in der

Umweltprüfung gearbeitet haben, verfügen wir über eine umfassende Erfahrung. Die NIK führt Umweltprüfungen sowohl der Ordnungsmäßigkeit als auch der Leistung durch. Ihr Bereich umfasst die zentralen und lokalen Behörden, sowie auch (in Abhängigkeit von der Art und Weise, wie die öffentlichen Mittel benutzt werden) die Unternehmen und andere Organisationen.

Die NIK untersucht die Anwendung der Umweltpolitik des Staats und die Form, in der die öffentlichen Mittel, einschließlich die Hilfsfonds der EU, verwendet werden.

Bei Prüfung der Umweltaspekte und Weitergabe der Resultate dieser Prüfungen an die Öffentlichkeit hilft die NIK anderen Staatsorganen, die korrekten Mittel der umweltgerechten und dauerhaften Entwicklung des Landes zu definieren.

Die NIK prüft jährlich den Vollzug der Staatshaushalte, einschließlich derjenigen Teile, die vom Umweltministerium und den diesem untergeordneten Organen verwaltet werden. Sie prüft ebenfalls das Management des Nationalen Fonds für den Umweltschutz und das Wassermanagement sowie die Mittel, die sowohl die Rechte der Umweltbenutzung seitens der Unternehmen als auch die Strafen für den Verstoß gegen die Umweltgesetzgebung erzeugen. Wir prüfen ebenfalls periodisch die Gebarung der Mittel, die von den regionalen und lokalen Nationalen Fonds für den Umweltschutz und das Wassermanagement verwaltet werden.

Die Umweltprüfungen der NIK konzentrieren sich auf Schlüsselprobleme des Umweltschutzes und Umweltmanagements in Polen. Unter den kürzlich ausgeführten Projekten, die hier angeführt werden können, befindet sich das Management der Beseitigung von umweltgefährdendem Abfall, der Wasserversorgung in den Städten und des Schutzes der Umwelt gegen Lärm.

Unsere Erfahrung in der Umweltprüfung erwies sich auch in dem internationalen Forum als sehr nützlich. Zuerst nahmen wir an bilateralen oder trilateralen Prüfungen mit ORKBn unserer Nachbarländer teil wie: Deutschland, Litauen, Slowakien, die Tschechische Republik und Weissrussland. Diese Prüfungen konzen-

Die NIK führt Umweltprüfungen sowohl der Ordnungsmäßigkeit als auch der Leistung durch.

Die NIK
untersucht die
Anwendung der
Umweltpolitik des
Staats und die
Form, in der die
öffentlichen
Mittel,
einschließlich die
Hilfsfonds der
EU, verwendet
werden.



BERICHTE UND STUDIEN

trierten sich auf den Schutz der Atmosphäre¹, des Wassers² und des Naturschutzes³.

Im Mai 1999 verabschiedete der in Paris abgehaltene IV. EUROSAI-Kongress einen Beschluss mit dem die EUROSAI-Arbeitsgruppe für Umweltprüfung gegründet wurde.

Die Supreme Chamber of Control wurde als deren Koordinatorin ernannt. Unser Vizepräsident, Zbigniew Wesolowski, wurde für die Leitung der Arbeiten dieser Gruppe gewählt. Die NIK zählt außerdem mit der Hilfe von regionalen Subkoordinatoren: Die Niederlande (Westeuropa), Norwegen (Skandinavien), Frankreich und Malta (Mittelmeerländer) und Rumänien (Schwarzes Meer).

Innerhalb der NIK wurde eine Sondereinheit gegründet, das Koordinationssekretariat, das sich unter anderem den täglichen Kontakten mit den Subkoordinatoren, der Organisation der Versammlungen der Gruppe und dem Management ihrer Webseiten widmet⁴.

Dank der engen Zusammenarbeit der Mitglieder untereinander konnte die Gruppe während der drei Jahre ihrer Existenz die Idee der Umweltprüfung in ganz Europa verbreiten. Immer mehr ORKBn, einschließlich derjenigen, die bis zum gegenwärtigen Datum über eine Tradition oder ein Mandat der Umweltprüfung verfügt, haben ihr Interesse an der Arbeit und den Initiativen der Gruppe gezeigt. Die Zahl der Mitglieder der Gruppe wuchs von 14 auf 32 ORKBn an. In diesem Jahr traten der Gruppe

pe unter anderen die ORKBn von Spanien, der Schweiz und der Ukraine bei⁵.

Das Ziel der Zusammenarbeit der ORKBn, aus denen die Arbeitsgruppe besteht – dieses wird auch in der Gruppenstrategie hervorgehoben – besteht in der Verstärkung der Leistung der Umweltaufgaben in Europa und der Verbesserung der Wirksamkeit der öffentlichen Gelder, die für die Umwelt bestimmt werden. Die Basisaktivität der Gruppe besteht in der Ingangsetzung und Durchführung von internationalen Umweltprüfungen, Austausch von Erfahrungen und Auffindungen der nationalen und internationalen Umweltprüfungen und die Verbreitung von Dokumenten, Empfehlungen, Normen und Techniken.

Zum gegenwärtigen Datum wurden zwei internationale Prüfungen über den Naturschutz (österreichisch-ungarisch⁶ und polnisch-slowakisch⁷) und fünf Prüfungen des Wasserschutzes ausgeführt.

Der Schutz des Wassers ist eines der wichtigsten Umweltprobleme Europas und die Strategie der Gruppe für 1999-2002 erwähnte dieses Thema als eines der prioritären Prüfungsbereiche der Gruppe⁸. Die innerhalb der Gruppe durchgeführten Prüfungen des Wasserschutzes stehen in Beziehung mit der Anwendung der Abkommen der OSPAR⁹, von Helsinki¹⁰ und MARPOL¹¹, sowie mit den Abkommen über die umwelt-

Das Ziel der Zusammenarbeit der ORKBn, aus denen die Arbeitsgruppe besteht, beruht in der Verstärkung der Leistung der Umweltaufgaben in Europa und der Verbesserung der Wirksamkeit der öffentlichen Gelder, die für die Umwelt bestimmt werden.

Zum

zwei

und fünf

gegenwärtigen

Datum wurden

internationale Prüfungen über

den Naturschutz

Prüfungen des

Wasserschutzes

ausgeführt.



33

"Implementation of tasks related to air protection": Parallele Prüfung, die von den ORKBn von Litauen, Polen und der Tschechischen Republik ausgeführt wurde.

"Activity of central government administration and businesses for the reduction in pollutants emission in the border area": Eine von den ORKBn von Deutschland und Polen parallel durchgeführte Prüfung.

² "Enforcing agreements on bilateral cooperation on border waters of Poland, Belarus, the Czech Republic and Lithuania"

³ "Impact of business activity on the condition of the Bialowieza Primeval Forest": Parallele Prüfung, an der die ORKBn von Polen und Weissrussland teilnahmen

⁴ Die Websites der Arbeitsgruppe (www.nik.gov.pl), die von der NIK erstellt und danach gemanagt wurden, enthalten, unter anderem, von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe für Umweltprüfung präsentierte Information über wichtige nationale und internationale Umweltprüfungen.

⁵ Die Website der Gruppe www.nik.gov.pl enthält die komplette Liste der Mitglieder der Gruppe, sowie deren Daten.

 $^{^{6}}$ "Parallel audit of Austrian subsidies for environmental protection in Hungary and their environmental impact".

⁷ "Functioning of the Pieniny National Park".

⁸ Das Thema der Abfallprodukte wurde in der Gruppe als eine Priorität in der Gruppenstrategie für 2003-2005 angesehen.

⁹ OSPAR-Abkommen über den Schutz der Meeresumwelt des nordöstlichen Atlantischen Ozeans, das 1992 erlassen wurde und 1998 in Kraft trat. Dieses Abkommen wurde von 15 Ländern ratifiziert.

¹⁰ Abkommen von Helsinki über den Schutz der Meeresumwelt der Zone der Ostsee. Erlassen 1992 und von 9 Ländern und der EU ratifiziert.

¹¹ MARPOL-Abkommen über die Verhütung der Kontaminierung durch Schiffe. Erlassen 1973 und durch das Protokoll von London im Jahr 1978 abgeändert.

BERICHTE UND STUDIEN

gerechte Entwicklung der Donau¹² und der Implantation von Aufgaben auf dem Gebiet des Wasserschutzes in den Binnenländern des hydrografischen Einflussbereichs der Ostsee, die das Abkommen von Helsinki unterzeichnet haben.

Die Prüfung der Anwendung dieser Abkommen war eine wichtige Herausforderung für die Arbeitsgruppe und ihrer Mitglieds-ORKBn: Eine Rechnungsprüfung, an der mehr als zwei oder drei ORKBn teilnehmen, wie es bisher der Fall war, haben eine neue Phase in der internationalen Rechnungsprüfung eingeleitet. An der Prüfung der Anwendung des Abkommens von Helsinki nahmen die ORKBn aller Baltikumländer¹³ außer Deutschland teil und an der Prüfung des MARPOL-Abkommens beteiligten sich 9 ORKBn, sogar einige außereuropäische.¹⁴

Die Gruppe organisierte zwei Schulungsevents, die mit der Methodologie und den Erfahrungen der internationalen Umweltprüfungen eng verknüpft waren.

Im Mai 2001 organisierte das Büro des Auditor General von Norwegen in Zusammenarbeit mit der NIK methodologische Workshops. Das Ziel dieser Workshops war der Erfahrungsaustausch und die Analyse der mit der Definition, dem Ziel, dem Bereich, der Methoden und Kriterien der internationalen Umweltprüfungen in Verbindung stehenden Probleme (ein detaillierter Bericht wurde von Theres Johnsen, Generaldirektor des Office of the Auditor General von Norwegen im *The International Journal of Government Auditing*). ¹⁵ veröffentlicht.

Das II. Europäische Seminar über Umweltprüfung fand im Schulungszentrum der NIK in Golawice, in der Nähe von Warschau, im vergangenen Oktober statt. Dieses Seminar war dem Austausch von Erfahrungen in der Planung und Durchführung von den von der Gruppe vorgenommenen internationalen Rechnungsprüfungen und der Veröffentlichung der Feststellungen gewidmet.

An beiden Schulungsevents nahmen nicht nur Vertreter der ORKBn teil, sondern auch Politiker. Wissenschaftler und Vertreter der internationalen Organisationen, die die Prüfungsberichte der Gruppe erhalten haben, sowie auch Vertreter der ORKBn, die zwar keine Mitglieder der Gruppe sind, jedoch mit dieser zusammenarbeitet oder an dieser Zusammenarbeit interessiert waren. Diese Seminare boten eine außerordentliche Gelegenheit für den Austausch von Information, Erfahrungen und Meinungen und waren außerdem ein Treffpunkt, was für eine internationale fruchtbringende Zusammenarbeit äußerst wichtig ist. Hier muss die grosse Offenheit in der Präsentierung der während der Prüfungen gefundenen Probleme und Feststellungen erwähnt werden. Dieses beweist, wie die nationalen Vorurteile in Europa überwunden werden und der Weg für ein Gefühl der Einheit und gemeinsames Interesse am Umweltschutz bereitet wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die nationalen Interessen und Unterschiede unwichtig sind. Sie sind wichtig und dieses ist der Grund, dass sowohl der Umfang als auch die Methodologie und die Art und Weise, in der die Berichte über parallele Prüfungen erstellt werden, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der kompletten Partnerschaft zwischen allen beteiligten ORKBn verhandelt werden müssen.

In der Phase der Festlegung des Prüfungsumfangs ist sehr nützlich (was von den Koordinatoren der internationalen Prüfungen der Gruppe, die ORKBn der Niederlande, Norwegen, Polen und Rumänien hervorgehoben wurde), Vorstudien auf nationaler Ebene durchzuführen und das Ausmass der vorzunehmenden Prüfung ausgiebig zu analysieren.

Die Koordinatoren unterstrichen die Wichtigkeit der detaillierten Vorbereitung angesichts des Erfolgs der internationalen parallelen Prüfungen. Wir wissen aus Erfahrung, dass in der Planungsphase der Prüfung nicht nur die Definition des Umfangs der Prüfung wichtig ist, sondern auch die Form

Eine Rechnungsprüfung, an der mehr als zwei oder drei **ORKBn** teilnehmen, wie es bisher der Fall war. haben eine neue Phase in der internationalen Rechnungsprüfung eingeleitet.



¹² Abkommen über die umweltgerechte Entwicklung der Donau. Erlassen in Sofia im Jahr 1994, 1998 in Kraft getreten und von 11 Ländern und der EU ratifiziert.

¹³ Dänemark, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Russland und Schweden

¹⁴ Frankreich, Großbritannien, Israel, Italien, Malta, die Niederlande, die Türkei und Zypern.

¹⁵ Das detaillierte Programm und die Präsentationen der Workshops sind auf der Website der Gruppe unter www.nik.gov.pl. zu sehen.

der Zusammenarbeit während der Prüfung selbst und die Form des endgültigen Berichts sowie seine Erstellungsart.

Die NIK hat sehr interessante Erfahrungen bezüglich der Entwicklung des Abschlussberichts der Prüfung des Abkommens von Helsinki gemacht: Da die NIK der Koordinator der Prüfung war, gab sie den teilnehmenden ORKBn Anweisungen über die Art und Weise, wie die Zusammenfassungen der nationalen Berichte erfolgen sollten. (Diese Anweisungen waren kohärent mit der vorher festgelegten Form des Abschlussberichts). Die uns von den ORKBn vorgelegten Zusammenfassungen stimmten jedoch nicht mit den vereinbarten Voraussetzungen überein. Die Unterschiede reflektierten die verschiedenen Prüfungsanweisungen der ORKBn, unterschiedliche Statistikgrundlagen und eine ungleiche Konzentrierung auf die gleichen Probleme in unseren Ländern.

Angesichts dieser Situation wurde vereinbart, dass die NIK einen aus zwei Teilen bestehenden Abschlussbericht entwickeln sollte. Und dies war, was wir gemacht haben. Im gemeinsam abgefassten Teil I präsentieren wir die Grundinformation über die Prüfung, sowie einige wichtige Feststellungen in ihren spezifischen Bereichen. Teil 2 bestand aus den Zusammenfassungen der von den einzelnen ORKBn abgefassten nationalen Berichte.

Die Prüfungsergebnisse der OSPARund MARPOL-Abkommen wurden in einer ganz anderen Art und Weise veröffentlicht. Die ORKBn des OSPAR-Abkommens beschlossen, keinen gemeinsamen Abschlussbericht zu erstellen und die Feststellungen nur in nationalen Berichten zu präsentieren. Die ORKBn des MARPOL-Abkommens fassten zwei getrennte Berichte ab. Der erste Bericht präsentierte die beste Praktik für den Schutz der Meeresumwelt gegen die Kontaminierung durch Schiffe. Der zweite Bericht wurde in Form eines methodologischen Handbuchs abgefasst. Nach Meinung des Koordinators der MARPOL-Prüfung, der ORKB der Niederlande, trägt die Abfassung von zwei getrennten Berichten einerseits zur Umweltaktivität der in Frage stehenden Länder (Bericht 1) bei und verstärkt andererseits die Prüfungen, die in Zukunft vorgenommen werden (Bericht 2).

Die ORKBn, die an der Rechnungsprüfung des Donau-Abkommens teilnahmen, haben, wie uns die rumänischen Kollegen, die die Prüfung koordinierten, informierten, noch keinen gemeinsamen Bericht abgefasst, sie werden diesen jedoch bald in Angriff nehmen.

Die Prüfungsergebnisse der internationalen Abkommen weisen häufig grosse Unterschiede in der Anwendung dieser in den verschiedenen Ländern auf. Daher kann - wie die hohen Vertreter der OSPAR- und HELCOM-Kommissionen in Golawice erklärten - die Veröffentlichung der Auffindungen der kompetenten, mit der Anwendung der Abkommen beauftragten internationalen Komitees die Regierungen stimulieren, damit diese ihre Anstrengungen vergrößern, um auf dem gleichen Niveau wie die anderen Unterzeichner zu liegen. Die Vertreter dieser Kommissionen bestanden darauf, dass eine Wiederholung der internationalen Prüfungen für eine Weiterverfolgung des Fortschritts der Anwendung der Abkommen und der Prüfungsauswirkungen erforderlich ist.

Weil wir gerade bei dem wichtigen Thema sind, dass die Gruppe die Herausforderung der Prüfung der Abkommensreahisierung annimmt, muss erwähnt werden, dass diese Prüfungen nicht nur eine außerordentliche Gelegenheit für die Formulierung von Empfehlungen ist, die zu einer besseren Anwendung der Abkommen führt, sondern sie erlauben uns ebenfalls, die Gründe und Motive zu erwägen, warum einige Abkommen besser erfüllt werden als andere. Diese Folgerungen könnten dann in den zukünftigen Arbeiten auf dem Gebiet der internationalen Umweltabkommen verwendet werden.

Hier muss ebenfalls erwähnt werden, dass die Mitglieder der Gruppe ihren Wunsch äußerten, dass in der Strategie für die Periode 2003 – 2005 (die im vergangenen Mai in Paris beschlossen wurde) die zukünftige Prüfung der Anwendung der in der Umweltgipfelkonferenz in Johannesburg beschlossenen Abkommen eingeschlossen ist. Dieser Bereich wird ebenfalls für die nationalen und internationalen Umweltprüfungen prioritär sein, die die Mitglieder der Gruppe in den kommenden Jahren durchführen werden.

Die Prüfungsergebnisse der internationalen Abkommen weisen häufig grosse Unterschiede im Fortschreiten ihrer Umsetzung in den verschiedenen Ländern auf.



3

In der Gruppenstrategie, die für den Zeitraum 2003-2005 festgelegt wurde, brachten die Mitglieder ihren Wunsch zum Ausdruck, zukünftig die Umsetzung der Abkommen der Umweltgipfel in Johannisburg zu überprüfen.

Neue Richtlinie für die Leistungskontrolle des National Audit Office von Dänemark

Seniorberater Jens Lund Andersen

Das National Audit Office von Dänemark (NAOD) veröffentlichte kürzlich eine neue Richtlinie für die Leistungskontrolle. Sie bezieht sich auf die globale Planung der Leistungskontrolle und beschreibt einige, von den Prüfern zu berücksichtigende Aspekte in Verbindung mit dieser Prüfung.

I. Allgemeines

Das National Audit Office von Dänemark (NAOD) veröffentlichte kürzlich eine neue Richtlinie für die Leistungskontrolle. Sie bezieht sich auf die globale Planung der Leistungskontrolle und beschreibt einige, von den Prüfern zu berücksichtigende Aspekte in Verbindung mit dieser Prüfung. Diese Richtlinie wurde als natürliche Erweiterung der neuen Werte des NAOD aus dem Jahr 2001 vorbereitet und aufgrund dieser Werte spezifiziert die Richtlinie die allgemeinen Prüfungsnormen, wie die Prüfungskriterien festzulegen sind, anzuwendende Methodologien, usw. Gegenstand dieses Artikels ist die kurze Zusammenfassung der Schlüsselpunkte dieser Richtlinie, sowie einige Erwägungen in Verbindung mit der Arbeit.

II. Allgemeine Prüfungsnormen

Diese Richtlinie basiert auf den Werten der NAO und trägt demzufolge zur Schaffung des Zusammenspiels zwischen dem globalen strategischen Management und der wirklichen Leistung der Arbeit bei. Die vier Werte grösster Wichtigkeit für die Prüfungsnormen sind: Integrität, Orientierung, Zusammenarbeit und Flexibilität.

Diese Werte können direkt auf die folgenden sechs allgemeinen Prüfungsnormen übertragen werden:

Die sechs allgemeinen Prüfungsnormen:

- Die Prüfung sollte so geplant werden, dass eine hohe Qualität, eine pünktliche Beendigung und Vorbereitung in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Finanzmanagements, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit erreicht wird (Integrität).
- Es sollte ausreichendes Prüfungsbeweismaterial zu einem angemessenen Preis zur Unterstützung der Bewertung seitens des Prüfers sowie seiner Schlussfolgerungen beschafft werden (Integrität).
- Die Prüfungsdokumentation und der vom Prüfer erstellte Bericht sollten ausreichend begründet sein und einer Qualitätskontrolle unterliegen. (Integrität)
- Die Prüfung sollte auf der Basis der Wichtigkeit, des Risikos und der Aktualität begründet sein. (**Orientierung**)
- Die Rechnungsprüfung sollte so geplant sein, dass ein Höchstmass an sozialen Verbesserungen bezüglich der mit der Prüfung verbundenen Kosten erzielt wird. (**Orientierung**)
- Die Rechnungsprüfung sollte sich auf die Lage der geprüften Körperschaft stützen, dass heisst, die gesetzliche Grundlage, die Ziele, die Aktionäre, usw. (Verständnis des Geschäfts) (Zusammenarbeit und Flexibilität).

Die ersten drei Normen stehen in Verbindung mit der Integrität und wurden

36	

nur

Integrität
Das NAOD erhält seine Integrität durch seine Unabhängigkeit und Entwicklung seiner Kompetenzen aufrecht.
Orientierung
Das NAOD macht eine positive Differenz, indem es sich vergewissert, dass der Staat und somit die Bürger Qualität für ihr Geld erhalten.

Zusammenarbeit
Das NAOD konzentriert auf eine Zweiwegkommunikation und eine interne und externe gemeinsame Kenntisnahme.
Flexibilität
Das NAOD schätzt die Flexibilität und die Vorurteilslosigkeit und trachtet nach einem Arbeitsklima, dass sich durch Sicherheit und gegenseitiges Vertrauen auszeichnet.

Die vier Werte grösster Wichtigkeit für die Prüfungsnormen sind: Integrität, Orientierung, Zusammenarbeit und Flexibilität.

aufgrund des Konzepts der von den Wirtschaftsprüfern von Dänemark festgelegten Korrekten Ausführung der Öffentlichen Prüfung ausgewählt. Diese Normen stehen alle in Verbindung mit dem Wert der *Integrität*.

Die beiden letzten Normen bezüglich des zusätzlichen Werts und Verständnisses des Geschäfts sind neu in dieser Richtlinie. Diese Konzepte wurden in der Rechnungsprüfung vielleicht stillschweigend übernommen, jedoch noch nie in schriftlicher Form festgehalten. Mit diesen neuen Normen wird das NAOD die Prüfungsarbeit jetzt auf Gebiete richten, wo wir den größten Unterschied erzielen können. Die Prüfung sollte gleichzeitig mit entsprechender Berücksichtigung des Umfelds, in dem sich die Aktivitäten der geprüften Körperschaft entwickeln, vorgenommen werden. Demzufolge bewegt sich die Rechnungsprüfung auf eine kooperierende auf den Dialog basierende Prüfung hin und entfernt sich von der vorherigen kontrollierenden und kritisierenden Kontrolle.

III. Prüfungskriterien

In gleicher Weise wurden Bedingungen für die auf die Leistungskontrolle angewandten Prüfungskriterien festgelegt. Die Prüfungskriterien sind die Evaluierungsgrundlagen der geprüften Körperschaft. In diesem Sinn hat sich das NAOD entschlossen, zwischen den Prüfungskriterien, die erfüllt werden müssen und denjenigen, die die geprüfte Körperschaft erfüllen sollte oder könnte, zu unterscheiden.

Die Prüfkriterien, die die geprüfte Körperschaft erfüllen *muss*, können aufgrund der Gesetzgebung, offiziellen Erklärungen der Politik, Normen und Ziele, allgemein akzeptierten und dokumentierten Praktiken sowie industriellen und anderen relevanten Normen festgelegt werden.

Bezüglich der Prüfungskriterien, die die geprüfte Körperschaft erfüllen sollte oder könnte, oder bei Zweifel bezüglich der Auslegung, sollte der Prüfer die übereinstimmende Meinung über die angewandten Prüfkriterien suchen. Diese Übereinstimmung sollte zuerst von der geprüften Körperschaft eingeholt werden, kann aber auch über Expertenassistenz oder Orientierungsgruppen erhalten werden.

Im Allgemeinen sollten die Prüfungskriterien folgende sein:

- Sie sollten für das der Prüfung unterliegende Thema und die Prüfungsziele relevant sein;
- aus maßgebenden Quellen wie Gesetzgebung, Normen oder Standards, usw. stammen, oder für die zu prüfende Körperschaft akzeptierbar sein;
- klar abgefasst sein und nicht unterschiedlichen Auslegungen offen stehen;
- so spezifisch und exakt sein, dass eine Bewertung der gesammelten Daten möglich ist und
- in Übereinstimmung mit den Bedingungen stehen, die auf die geprüfte Körperschaft bei der Prüfung oder der Prüfungsperiode anwendbar sind.

Die Unterscheidung zwischen Prüfungskriterien, die die geprüfte Körperschaft entweder erfüllen muss oder sollte und der Formulierung der fünf allgemeinen Bedingungen für die Prüfungskriterien stützt sich ebenfalls auf die Werte des NAOD, insbesondere auf die Werte der Integrität, Zusammenarbeit und Flexibilität. Bei der Suche nach Übereinstimmung seitens der geprüften Körperschaft mit den individuellen Prüfungskriterien, gewinnt das NAOD im Vergleich zu dem, was vorher geschah, zwei Vorteile. Der wichtigste Vorteil ist, dass verschiedene Interpretationen des einzelnen Prüfungskriteriums während einer sehr frühen Phase des Prüfverfahrens diskutiert werden und dem Prüfer erlaubt, seine Arbeit schon zu Beginn der Prüfung entsprechend anzupassen. Der zweite Vorteil ist, dass es die Offenheit über die angewandten Prüfungskriterien erlaubt.

IV. Wahl der Methodologie

Im Allgemeinen basiert die Leistungskontrolle auf einer Palette von Sozialwissenschaften wie Wirtschaft, Rechtswissenschaften, politische Wissenschaften und Soziologie. Es könnte jedoch erforderlich werden, dass zusätzliche assoziierte Methodologien, wie z.B. die Naturwissenschaft oder die Gesellschaftswissenschaften verwendet werden müssen. Eine Prüfung großer Bauprojekte kann die Hilfe der Architekten oder Bauingenieure, die die technischen Spezifikationen erstellt

Die Prüfungskriterien sind die Evaluierungsgrundlagen der geprüften Körperschaft. In diesem Sinn hat sich das NAOD entschlossen, zwischen den Prüfungskriterien, die erfüllt werden müssen und denjenigen, die die geprüfte Körperschaft erfüllen sollte oder könnte, zu unterscheiden.



haben, erforderlich machen. Auf die gleiche Art kann für die Kontrolle des Bildungssektors die Unterstützung von Psychologen bezüglich der Bildungspraktiken erforderlich werden.

Demzufolge fordert die Leistungskontrolle vom Rechnungsprüfer Flexibilität in der Anwendung der verschiedenen Methodologien. Der Prüfer sollte bereit sein, zu lernen und neue Methodologien anzuwenden, die konventionellen Prüfungsmethoden hinterfragen und insbesondere seine eigenen Ausbildungsgrenzen kennen, um Hilfe von anderen zu fordern. Ein nützliches Motto könnte "Wenn Du aufhörst zu lernen, hörst Du auch auf, gut zu sein" sein. Im *NAOD* wollen wir nicht nur gut sein, wir wollen zu den Besten gehören.

V. Vier Arten von Prüfungsstudien

Das *NAOD* unterscheidet zwischen vier Prüfungsstudien: Der wichtigste Unterschied zwischen den Arten bezieht sich auf die Botschaft, die wir den staatlichen Rechnungsprüfern und der Regierung übermitteln möchten. Die Figur 1 zeigt die vier verschiedenen Studientypen:

Der Unterschied zwischen den individuellen Typen liegt in der Auswahl der Prüfungskriterien und dem Auslegbarkeitsgrad sowie auch, ob von der Studie Empfehlungen erwartet werden. Eine Leistungskontrolle wird sich in typischer Form auf zwei oder mehrere dieser Studientypen stützen.

Die beschreibenden Studien suchen Antworten auf wie, wo, wie viele, Bereiche, Kontexte, usw. und werden auf den größten Teil der umfassenden Leistungskontrollen mit dem Ziel angewendet, eine Frage herauszukristallisieren und zu quantifizieren, um mehr qualitative Aspekte zu erhalten, die in einer zweckmäßigeren Form mittels der restlichen Studientypen analysiert werden. Eine beschreibende Studie bietet keine Evaluierung der geprüften Körperschaft an, da dieses eine Spezifizierung der Kriterien der Prüfung erfordert. Aus diesem Grunde liegt die Stärke der beschreibenden Studien auf den Gebieten, auf denen die Prüfungskriterien nicht spezifiziert werden können.

Die *evaluierenden Studien* werden dort angewendet, wo der Prüfer die geprüfte Körperschaft aufgrund von Prüfungskrite-

Demzufolge fordert die Leistungskontrolle vom Rechnungsprüfer Flexibilität in der Anwendung der verschiedenen Methodologien. Der Prüfer sollte bereit sein, zu lernen und neue Methodologien anzuwenden, die konventionellen Prüfungsmethoden hinterfragen und insbesondere seine eigenen Ausbildungsgrenzen kennen, um Hilfe von anderen zu fordern.



Figur 1. Unterschied zwischen den vier Studienarten

	Beschreibende Studien (was)	Evaluierende Studien (wie)	Kausalitätsstu- dien (warum)	Änderungso- rientierte Studien (die Zukunft)
Auslegung	Keine	Begrenzt	Hoch	Hoch
Was tun	Planen und beschreiben	Angesichts der Mindestbedingun gen evaluieren	Ursachen finden und angesichts erkannter Theorien evaluieren	Die Gründe finden und angesichts der erkannten Theorie evaluieren
Methodologien	Beschreibende Methodologien	Evaluierende Methodologien	Auf die Theorie basierte analytische Methodologien	Auf die Theorie basierte analytische Methodologien
Rechnungsprü- fungskriterien	Keine	Die zu erzielenden Prüfungskriterien	Prüfungskriterien, die erzielt werden sollten oder könnten	Prüfungskriterien, die erzielt werden sollten oder könnten
Kommentare des NAOD	Beschreibung der geprüften Körperschaft, usw.	Kritik der nicht erzielten Prüfungskriterien	Beschreibung der Verbindungen und Identifizierung der Stärken und Schwächen	Empfehlungen für Verbesserungen

rien evaluieren will, die die geprüfte Körperschaft erreichen *muss*. Die Prüfungskriterien werden auf der Grundlage von Gesetzgebung, offiziellen Erklärungen über Politik oder anderen veröffentlichen Zielen oder Normen, allgemein akzeptierten und dokumentierten Praktiken, Industrienormen, usw. spezifiziert.

Die Kausalitätsstudien werden angewandt, wenn der Rechnungsprüfer versucht, Beziehungen zwischen den Daten zu erklären, wenn das Erfordernis besteht, die Nichterfüllung der Prüfungskriterien zu analysieren und wenn ein Unternehmen anhand von Prüfungskriterien evaluiert wird, die aufgrund des Konsenses hätten erfüllt werden müssen oder hätten erfüllt werden können. Die Stärke dieser Art von Studie steht in Beziehung mit Situationen, in denen das Erfordernis existiert, eine evaluierende Analyse mit einer Erklärung zu vervollständigen, die jedoch nicht als Grundlage für eine Empfehlung dienen kann, die über die Erfüllung der spezifizierten Prüfungskriterien hinausgeht.

Die Änderungsorientierten Studien werden angewandt, wenn der Prüfer Empfehlungen formulieren möchte, die der geprüften Körperschaft die Verbesserung ihrer Leistung erlaubt. Bezüglich der Formulierung von Kriterien muss der Prüfer seine Analyse auf anerkannte Theorie stützen, obwohl er sich ebenfalls eine Meinung darüber bilden muss, wie die geprüfte Körperschaft mehr leisten könnte. Diese Studien sind meistens die Erweiterung einer Kausalitätsstudie, in der sich der Prüfer bereits eine Meinung darüber gebildet hat, welche Massnahmen die größten geschäftlichen Verbesserungen zur Folge haben könnten.

Bei der Konzentration auf diese vier Studientypen erhält der Prüfer ein Werkzeug für die Planung einer Rechnungsprüfung, für die Mitteilung der Resultate der Rechnungsprüfung und für die Festlegung der Kommentare, zu denen die Rechnungsprüfung führen kann.

VI. Erwartungen, die an die neuen Studien gestellt werden

Welche Erwartungen haben wir bezüglich der neuen Studien? An erster Stelle erwarten wir

- eine grössere Offenheit und Transparenz der Prüfungskriterien und der angewandten Methodologien;
- eine grössere methodologische Flexibilität, damit neue Methodologien untersucht werden können und
- eine grössere Konzentration auf kausale Beziehungen und der Formulierung von Empfehlungen und nicht auf Kritik, wenn die Prüfungskriterien nicht erfüllt wurden.

Diese Änderungen setzen jedoch voraus, dass wir flexibel und bereit sind, zu lernen. Die jungen Angestellten müssen aus der Erfahrung der älteren Angestellten lernen und diese müssen die Tatsache akzeptieren, dass die Argumente wie – das haben wir immer so gemacht – nicht mehr ausreichen. Alle müssen daran interessiert sein, neues Wissen als einzige Garantie der Integrität unserer Produkte zu erwerben.

Die Flexibilität und das Lernen sind jedoch für die Garantie der Integrität nicht ausreichend. Wir müssen unsere Rechnungsprüfungen ebenfalls mit der ausreichenden Berücksichtigung der Situation der geprüften Körperschaft durchführen. Wenn wir die Prüfung auf das Konzept des Verständnisses des Geschäfts und auf die Werte der Zusammenarbeit und Flexibilität basieren, wird aus der Leistungskontrolle eine kooperierende, auf den Dialog begründete Prüfung, die die Unabhängigkeit der Verwaltung des NAOD und unsere Position als Teil der parlamentarischen Kontrolle respektiert.

Zusammengefasst: Wir haben grosse Erwartungen bezüglich der zukünftigen Leistungskontrolle. Wir möchten diesen Artikel mit folgenden Worten abschließen: Die zukünftigen Leistungskontrollen des *NAOD* sind darauf ausgerichtet, einen Unterschied zu machen.

Alle müssen daran interessiert sein, neues Wissen als einzige Garantie der Integrität unserer Produkte zu erwerhen. Die Flexibilität und das Lernen sind jedoch für die Garantie der Integrität nicht ausreichend. Wir müssen unsere Rechnungsprüfungen ebenfalls mit ausreichenden Berücksichtigung der Situation der geprüften Körperschaft durchführen.



Die zukünftigen Leistungskontrollen des NAOD sind darauf ausgerichtet, einen Unterschied zu machen.

Die Rechnungsprüfung und Waffen Die Rolle des Rechnungshofs bei der gesetzlichen Kontrolle der Streitkräfte

GERRIT DE JONG, Mitglied des Präsidiums BRORD VAN WESTING, Projektmanager des Rechnungshofes der Niederlande

Die Beziehung zwischen der Obersten Rechnungskontrollbehörde (ORKB) und der Armee geht auf die Zeiten zurück, in denen Ende des Mittelalters Geld zu einem Tauschobjekt wurde. Die Wurzeln unseres Rechnungshofs liegen im Jahr 1447. Geld als Vermittler zwischen Lieferung und Nachfrage machte es für die Monarchen einfacher, Steuern zu erheben. Es schaffte ebenfalls eine Trennung des privaten und öffentlichen Haushalts des Monarchen.



Ein kurzer historischer Hintergrund

Die Beziehung zwischen der Obersten Rechnungskontrollbehörde (ORKB) und der Armee geht auf die Zeiten zurück, in denen Ende des Mittelalters Geld zu einem Tauschobjekt wurde. Die Wurzeln unseres Rechnungshofs liegen im Jahr 1447. Geld als Vermittler zwischen Lieferung und Nachfrage machte es für die Monarchen einfacher, Steuern zu erheben. Es schaffte ebenfalls eine Trennung des privaten und öffentlichen Haushalts des Monarchen. In diesem Fahrwasser wurde die Funktion eines Rechnungsprüfers zu einem Trumpf in der Demokratisierung der Gesellschaften, in der die Bürger zu Steuerzahlern wurden. Der Monarch brauchte das Geld nicht nur für seinen eigenen Haushalt, sondern auch für seine Armee, die in jenen Zeiten zum größten Teil aus Söldnern bestand. Ein enormer Teil des Budgets des Monarchen wurde für Waffen und Söldner ausgegeben und war für die Rechnungsprüfungsinstitution, die als Wachhund des Monarchen galt, ein umfassendes Arbeitsfeld. In den Niederlanden, immer noch eine Monarchie, führte eine Änderung der Verfassung im Jahr 1841 zu der gegenwärtigen Situation, in der der König ausdrücklich den von der Verfassung festgelegten Regeln unterliegt und gemäss der die Regierung aus dem Monarchen und den Ministern der jeweiligen Regierung besteht. Die Verantwortung für die Regierungshandlungen wird ausschließlich von den Ministern getragen, unter anderem auch vom Verteidigungsminister, der gegenwärtig ungefähr US\$ 7.200 Millionen im Jahr ausgibt. Dies ist eine sehr grosse Summe, jedoch nur 6% des jetzigen Staatshaushalts.

Rechtsrahmen

Der Rechnungshof und seine Aufgaben sind in der Verfassung verankert. Die Verfassung besagt, dass der Rechnungshof für die Rechnungsprüfung der Einnahmen und Ausgaben des Königs verantwortlich ist. Seine Organisation, Zusammensetzung und Befugnisse sind in einem getrennten Gesetz (Haushaltsgesetz) festgeschrieben. In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen sind die Minister den Generalstaaten oder dem Parlament gegenüber für die Einnahmen und Ausgaben des Königreichs Rechenschaft schuldig, die im Jahresbericht über die Rechnungsführung der Regierung beinhaltet sind. Dieser Jahresbericht über die Rechnungsführung der Regierung wird dem Parlament immer zusammen mit den Resultaten der jährlichen Rechnungsprüfung des Rechnungshofs dieser Rechnungsführung am dritten Mittwoch des

40

EUR SAI BERICHTE UND STUDIEN

Monats eines jeden Jahres vorgelegt. Diese spezielle, verfassungsmäßige Position des Rechnungshofs, eines der obersten Staatsorgane, beweist seine vollkommene Unabhängigkeit von der Regierung und auch vom Parlament.

Die Streitkräfte haben die gesetzliche Pflicht, die Interessen des Königreichs zu schützen und zu verteidigen und die internationale Rechtsstaatlichkeit aufrecht zu erhalten und zu fördern. Das die Streitkräfte ebenfalls eine Position in der Verfassung bekleiden, hat keine Konsequenzen für die Verpflichtungen des Rechnungshofs und umgekehrt. Es ist beachtenswert, dass sich die weitreichenden Befugnisse der Militärbehörden im Fall des Kriegszustands nicht auf die obersten Staatsorgane ausdehnen, von denen das Plenum des Rechnungshofs eines ist. Die Unabhängigkeit des Rechnungshofs ist demzufolge total.

Das Haushaltsgesetz entwickelt sich seit 1814. Zu Anfang legte es hauptsächlich die Ordnungsmäßigkeit der Einahmen und Ausgaben der Regierung fest. Ab 1841 diente der Rechnungshof beiden, dem König und dem Parlament und berichtete öffentlich über die jährliche Rechnungsprüfung der Haushaltsrechnung der Regierung. Die gegenwärtigen Archive zeigen, dass sich die Rechnungsprüfungen des Rechnungshofs zu jener Zeit mit Themen befasste, die auch heute noch aktuell sind. Ein Beispiel hierfür sind Themen wie die ineffiziente Vertragsvergabe und die Frage, ob Investitionen in Infrastrukturarbeiten die Haushaltsgesetze erfüllten.

Dies heisst jedoch nicht, dass sich nichts verändert hätte. Der Arbeitsumfang des Rechnungshofs hat sich weiter entwickelt.

Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte hat sich das Haushaltsgesetz angesichts der Veränderungen der Finanzgebarung im Königreich verändert und wurde angepasst, um immer komplizierteren Situationen und Anforderungen gerecht werden zu können. Wenn wir spezifisch den Rechnungshof beobachten, beziehen sich die wichtigsten Veränderungen des Haushaltsgesetzes des Staates auf das Recht des Rechnungshofs, den Mittelfluss zu prüfen, der unter die Verantwortung der Minister fällt, jedoch von der Regierung nicht finanziell verwaltet wird. Dieses bezieht sich, zum Beispiel, auf die Ausführung von Politiken in Verbindung mit der Sozialversicherung, dem Bildungswesen und dem Gesundheitswesen (die finanziell von halbautonomen Körperschaften verwaltet werden). Seit dem Jahr 2002 konnte der Rechnungshof zum Beispiel die holländischen Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen (zum Beispiel Landwirte) prüfen, die von der Europäischen Union Subventionen erhielten. Der Hof hat jedoch keine Befugnis, die Rechnungsführung der lokalen Regierungen und die der Provinzen zu prüfen.

Ein weiterer wichtiger Fortschritt im staatlichen Haushaltsgesetz war die Erweiterung des Konzeptes "Ordnungsmäßigkeit": Ordnungsmäßigkeit bedeutet heute ebenfalls, dass die Einnahmen und Ausgaben nicht anderen, von den Niederlanden ratifizierten internationalen Gesetzen oder Abkommen entgegenstehen. Dieses Konzept deckt außerdem die "Ordnung und Prüfbarkeit" der Finanzgebarung. Das bedeutet, dass, obwohl die Haushaltsgesetzgebung befolgt wird, der Rechnungshof Einspruch erheben kann, wenn die geprüfte Behörde sich in einer Situation der Nichtordnungsmäßigkeit befindet.

Der Umstand, dass der Rechnungshof sowohl Leistungskontrollen- als auch Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vornimmt, wird klar im Gesetz verankert. Ausserdem sind die Ministerien verpflichtet, dem Rechnungshof ihre eigenen Leistungskontrollen vorzulegen.

Die traditionellen Befugnisse des Rechnungshofs haben sich bis jetzt als ausreichend erwiesen, auch dann, wenn es sich um die Prüfung der geheimen Ausgaben des Budgets des Verteidigungsministeriums handelt. Der Präsident des Rechnungshofs führt diese Prüfungen persönlich durch. In diesem Sinne ist es wichtig zu erklären, dass 99,9% des Verteidigungshaushalts als nicht geheim angesehen wird und demzufolge für die Steuerzahler transparent ist.

Ausserdem wurden die in Verbindung mit den Streitkräften vorgenommenen Prüfungen stark von den Entwicklungen innerhalb der Streitkräfte selbst, dem internationalen Rahmen ihrer Operationen, den Fortschritten innerhalb der Gesellschaft im Allgemeinen und den wechselnden Ansprüchen an die Finanzgebarung beeinflusst.

Instrumente

Welche Instrumente stehen dem Rechnungshof also nun zur Verfügung? Es kommt manchmal vor, dass ein Minister

Die Streitkräfte haben die gesetzliche Pflicht, die Interessen des Königreichs zu schützen und zu verteidigen und die internationale Rechtsstaatlichkeit aufrecht zu erhalten und zu fördern.

Im Verlauf der letzten zwei *Jahrzehnte* hat sich das *Haushaltsgesetz*. angesichts der Veränderungen der *Finanzgebarung* im Königreich verändert und wurde angepasst, um immer komplizierteren Situationen und Anforderungen gerecht werden zu können.



Die traditionellen Befugnisse des Rechnungshofs haben sich bis jetzt als ausreichend erwiesen. auch dann, wenn es sich um die Prüfung der geheimen Ausgaben des Budgets des Verteidigungsministeriums handelt.

Geld mit Übertretung der Regeln ausgibt, oder er tritt nicht in seinem Ministerium auftretenden Mängel in der Finanzgebarung entgegen. In diesem Fall kann der Rechnungshof Einspruch erheben. Dieser Einspruch wird als eine der stärksten Waffen angesehen, die dem Rechnungshof zur Verfügung stehen. Und sie wird nicht leichtfertig benutzt. Zuerst gibt der Rechnungshof dem Minister die Gelegenheit, selbst die nötigen Massnahmen für die Berichtigung der Angelegenheit zu ergreifen. Sogar nach dem formellen Einspruch kann der Minister immer noch versuchen, zusammen mit dem Rechnungshof eine Lösung zu finden. Sollte diese nicht gefunden werden, hält der Rechnungshof seinen Einspruch aufrecht und der Minister hat keine andere Wahl, als zu versuchen, mit dem Ober- oder Unterhaus des Parlaments zu einem Übereinkommen zu gelangen. Wie er dieses angeht, hängt von dem Thema ab, um das es sich handelt. Wenn sich der Einspruch auf Mängel in der Finanzgebarung des Ministers bezieht, muss der Minister seine Meinung über den Einspruch klar in einer zusätzlichen Note ausdrücken, die dem Finanzbericht beigefügt wird. Das Ober- und Unterhaus erhalten zu diesem Zeitpunkt Kenntnis des Problems und können den Minister drängen, diese Mängel zu beheben. Wenn sich der Einspruch darauf bezieht, dass der Minister Geld mit Übertretung der regulierenden Normen ausgegeben hat, muss er einen Gesetzgebungsvorschlag vorlegen, der die parlamentarische Billigung der Ausgaben sucht, nachdem diese bereits gemacht wurden. Dieses ist als Schadensersatzdekret bekannt. Wird dieses Dekret vom Parlament gebilligt, wird der Einspruch des Rechnungshofs annulliert. Demzufolge ist es das Parlament (mehr als der Rechnungshof), das

In vielen Fällen ist nur die Ankündigung der Erhebung eines Einspruchs ausreichend um einen Minister dazu zu bewegen, die erforderlichen Verbesserungen zu machen. Das letzte Mal, bei dem ein Einspruch in einem gebilligten Schadensersatzdekret endete, war 1995.

die wirkliche Macht hat.

Abgesehen von den gesetzlichen Waffen kann der Einfluss der Medien ein wichtiges Instrument für die Erreichung der Ziele des Rechnungshofs sein. Alle Rechnungsprüfungsberichte werden der Öffentlichkeit und der Presse zur Verfügung gestellt. Heutzutage ist das Internet

ebenfalls ein wichtiges Mittel für die Verbreitung der Resultate der Arbeit des Rechnungshofs.

Die Rechnungsprüfungen der Streitkräfte seitens des Rechnungshofs

Der Rechnungshof prüft die Rechnungsführung des Verteidigungsministeriums mit dem Ziel, ausreichende Garantien für seine Zuverlässigkeit und Ordnungsmäßigkeit seiner Mittelbindung, Einnahmen und Ausgaben zu erhalten. Die Durchführung dieser gesetzlichen Aufgaben ist heute anders als in der Vergangenheit. Das vom Rechnungshof zu prüfende Thema – das Verteidigungsbudget – weist gegenwärtig ebenfalls mehr Facetten auf, als in der Vergangenheit.

Analyse der Haushaltsrechnung des Verteidigungsministeriums

Als der Rechnungshof im Jahr 1985 seine erste Analyse der Abteilungen der internen Prüfung aller Ministerien vornahm, ergab die Prüfungsabteilung des Verteidigungsministerium ein relativ günstiges Resultat. Die im Jahr 1951 geschaffene Abteilung für interne Kontrolle war die erste ihrer Art im Königreich und konnte auf eine lange Geschichte zurückblicken. Die internen Kontrollen der Streitkräfte wurden traditionsgemäss mit einem hohen fachlichen Niveau durchgeführt.

Seit 1987 zeigen die Berichte der Haushaltsrechnungen an, dass der Rechnungshof seit 1995 mehr schwache Punkte innerhalb der Streitkräfte entdeckte. Die Kombination von strengeren statutorischen Bedingungen und die grosse Anzahl der organisatorischen und Strukturänderungen in den Streitkräften hatten offenbar eine Auswirkung auf die Ordnungsmäßigkeit zur Folge und wirkten sich infolgedessen auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltsrechnung der Streitkräfte aus. Die Folge war, dass der Rechnungshof sich gezwungen sah, mehr als ein Mal Einsprüche zu erheben – bis jetzt wurde jedoch kein Einspruch bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Das Verteidigungsministerium reagierte immer mit Plänen der Verbesserung des Ministeriums, diese Politiken waren jedoch bis zum Jahr 2001 nicht von großer Wichtigkeit.

Dieser Einspruch wird als eine der stärksten Waffen angesehen, die dem Rechnungshof zur Verfügung stehen.

Alle Rechnungsprüfungsberichte werden der Öffentlichkeit und der Presse zur Verfügung gestellt. Heutzutage ist das Internet ebenfalls ein wichtiges Mittel für die Verbreitung der Resultate der Arbeit des Rechnungshofs.

Der Rechnungshof prüft die Rechnungsführung des Verteidigungsministeriums mit dem Ziel, ausreichende Garantien für seine Zuverlässigkeit und Ordnungsmäßigkeit seiner Mittelbindung, Einnahmen und Ausgaben zu erhalten.

Analyse von Ausrüstungsankäufen

Fregatten, Minenleger, Tanker, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge und U-Boote. Der Rechnungshof hat praktisch alle großen Ausrüstungsanschaffungen in der einen oder anderen Weise geprüft. 1985 prüfte er zum Beispiel den Erwerb des U-Bootes Walrus für die holländische Marine und 1990 den Erwerb des Leopard-Panzerwagens für die Armee und kürzlich wurde ein zusammenfassender Bericht über die 25-Jahre-Prüfung des F16-Programms der Luftwaffe veröffentlicht, in dem die Niederlande in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, Norwegen, Dänemark und Belgien arbeiteten.

Der größte Nutzen dieser Prüfungen war zweifellos der Beitrag zur Schaffung von Instrumenten, die das Management und die Kontrolle dieser Megainvestitionsprojekte verbesserten. So besteht zum Beispiel eine klare Beziehung zwischen den Prüfungen des Rechnungshofs einerseits und der Einführung von Verfahren für die Information des Parlaments über grosse Projekte andererseits. Der Verteidigungsausrüstungsprozess befindet sich aufgrund der vom Rechnungshof und anderen Körperschaften gelernten Lektionen permanent in der Entwicklung. Zwei Mitglieder des Verteidigungsministeriums gelangten in ihren Thesen zu dem Schluss, dass die Rechnungsprüfung der F16 intern die größten Auswirkungen hatte, weil das Ministerium die Resultate der Rechnungsprüfung voraussah, während diese sich noch in der Durchführungsphase befand. Einer der drei Berichte, auf die wir uns weiter oben bezogen, und zwar der Bericht über die Rechnungsprüfung der F16, war derjenige, der von den Medien am wenigsten beachtet wurde, jedoch gemäss den Rechnungsprüfern die größten Effekte erzielte. Dies illustriert, wie die Ankündigung und Vornahme einer Rechnungsprüfung häufig das Bewusstsein erhöht und zu Verbesserungen führt, noch bevor die Schlussfolgerungen des Rechnungshofs zu Papier gebracht wurden.

Der Rechnungshof verwickelt sich natürlich nicht in alle endgültigen Fragen der Wirksamkeit in Verbindung mit der Absicht und den politischen Zielen (gewisser Sektoren) der Streitkräfte. Dieses obliegt dem Parlament.

Die Analyse der Wirksamkeit der Streitkräfte in Friedenszeiten ist nicht einfach. Es wurden die Einsatzbereitschaft und die Gefechtseinsatzbereitschaft der Streitkräfte untersucht. Beispiele dieser Untersuchungen schließen Prüfungen der Kapazität von Waffen-Workshops, die Einsatzbereitschaft des Marinekorps, das Depot für Strahltriebmotoren und die Geschwader der F16-Jäger ein. Seine Aktivität auf diesem Gebiet hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer sichtlich verändert. Während des kalten Krieges stützten sich die Rechnungsprüfungen des Rechnungshofs der Gefechtseinsatzbereitschaft der Truppen auf Verfügbarkeitsnormen der NATO. Der Übergang zu Operationen für die Aufrechterhaltung des Friedens seit 1990 ließ diese Normen weniger praktisch werden und die Prüfungen des Rechnungshofs konzentrierten sich mehr auf die Schaffung besserer Managementinformationssysteme.

Während der letzlen zehn Jahre wurde die Auswahl der Prüfungsthemen des Rechnungshofs teilweise auch von den Fortschritten der Gesellschaft im Allgemeinen und von Reaktionen der Regierung und dem Parlament auf diese Fortschritte bestimmt. Die Prioritäten der Leistungskontrolle auf allen Bereichen der Regierung waren hauptsächlich das Gesundheitswesen, Einkünfte, Arbeit, Wohnungswesen und die Umwelt. Dieses hat unweigerlich dazu geführt, dass die Position der Streitkräfte in dem Prüfungsprogramm des Rechnungshofs weniger bedeutend ist, als in der Periode vor 1990.

Dies bedeutet, dass Themen bevorzugt wurden, die nicht ein Teil der traditionellen Aktivitäten der Streitkräfte sind. Beispiele hierfür sind die Prüfungen der Bodenverseuchung, die Lärmbeeinträchtigung, die Küstenwache und die Meeresverseuchung (das Umweltthema) und die Integrierung von ethnischen Minderheiten sowie der Frauen in die Streitkräfte sowie die Ausgleichspolitik für den Erwerb von Verteidigungsausrüstungen (Themen der Einkünfte und Arbeitsplätze). In diesen Prüfungen bemerkte der Rechnungshof, dass auf den ersten Blick das Verteidigungsministerium begeistert viele Massnahmen einführte, jedoch die Zurverfügungstellung von Information über die erzielten Resultate sehr mangelhaft war. Ausserdem existierten keine Evaluierungskriterien oder Benchmarkinginstrumente für die Einschätzung der Wirkung dieser Massnahmen.

Die Internationalisierung der Streitkräfte ist in den Aktivitäten und Prüfungen des Rechnungshofs reflektiert, die sich auf die Die internen Kontrollen der Streitkräftewurden traditionsgemäss mit einem hohen fachlichen Niveau durchgeführt.



43

Dass sich die Prüfung der Streitkräfte im Prinzip nicht von der heutigen Prüfung anderer staatlicher Behörden unterscheidet.

Verteidigung beziehen. Dieses wird mit der gemeinsamen Rechnungsprüfung illustriert, die von den fünf Obersten Rechnungskontrollbehörden der Länder durchgeführt wurde, die mit dem F16-Programm begannen. Die aus der gemeinsamen Aktion dieser ORKBn entstehenden Resultate sind jetzt eine wichtige Lektion im Beschlussfassungssystem und der Kontrahierungsverhandlungen für das Gemeinsame Kampfgeschwader, der Nachfolger des F16.

Die Internationalisierung führt ebenfalls zu konkreten Prüfungen. Ungefähr im Jahr 1995 war der Rechnungshof zum Beispiel der Meinung, dass auf dem Gebiet der Evaluierung der Funktion der Operationen für die Aufrechterhaltung des Friedens des Verteidigungsministeriums wenig Fortschritte erzielt wurden. Die aus dieser ersten Episode des relativen neuen Verteidigungsprodukts gelernten Lektionen waren nicht Gegenstand einer systematischen Aufzeichnung als Richtlinien für neue Missionen und wurden auch nicht in neue Veröffentlichung der Doktrin eingeschlossen. Der Rechnungshof prüfte ebenfalls die Kosten der Operationen für die Aufrechterhaltung des Friedens. Es war schwer, diese Ausgaben transparent zu machen. Die Grundlage für die der Vereinten Nationen unterbreiteten Ausgabenreklamationen war nicht ganz klar; demzufolge wurden nicht alle rückzuerstattenden Kosten reklamiert. Die Reklamationen wurden außerdem für lange Zeit nicht bezahlt und der ständige UN-Vertreter verfügte über keine aktive Politik, um diese Zahlungen anzumahnen. Die Prüfung des Rechnungshofs führte zu der Einführung von Verbesserungen.

Eine weitere internationale Prüfung des Rechnungshofs in diesem Rahmen bezog sich auf das Schengen-Informationssystem. Dieses System wurde bei Aufhebung der internationalen Grenzen in der Europäischen Union eingeführt und ist ein wichtiges Instrument, sowohl für die Justiz als auch die Königliche Militärpolizei. Der Rechnungshof stieß in diesem System auf viele Anfangsschwierigkeiten und es wurde von den Mitgliedstaaten nicht in fortlaufender Form benutzt.

Abschliessend kam eine Rechnungsprüfung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften der Niederlande und derjenigen anderer Länder zu dem Schluss, dass versprechende Fortschritte

existieren, dass aber erneut schwache Punkte in den Informationssystemen, eine begrenzte Lernkapazität und wenig Instrumente für die Messung der Wirksamkeit und der Erreichung der Ziele bestehen.

Die niederländischen Streitkräfte sind natürlich auch ein Teil der NATO. Für die von der NATO durchgeführten externen Prüfungen existiert ein Gremium der Rechnungsprüfer. Die ORKB der NATO-Mitgliedstaaten bestimmen die Mitglieder dieses Gremiums in abwechselnder Form. Das Gremium hat 7 Mitglieder und demzufolge können die ORKB alle 7/8 Jahre ein Mitglied für ein Mandat von 3 Jahren bestimmen. 95% der Prüfungsaktivitäten des Gremiums konzentrieren sich auf die Zertifizierung der Rechnungsführungen der verschiedenen NATO-Agenturen. Die Resultate des NATO-Rechnungsprüfergremiums werden jährlich mit den entsprechenden ORKB debattiert, damit sie diese Resultate bei ihren eigenen Rechnungsprüfungen berücksichtigen können.

Schlussfolgerungen

Die unabhängige Prüfung der Streitkräfte seitens der Obersten Rechnungskontrollbehörden hat eine lange Geschichte. Das Resultat dieser langen Erfahrung ist, dass sich die Prüfung der Streitkräfte im Prinzip nicht von der heutigen Prüfung anderer staatlicher Behörden unterscheidet. Dies bedeutet, dass sich die Prüfungen auf dem gesamten öffentlichen Sektor auf Themen konzentrieren, die mit den primären Aufgaben der Streitkräfte wenig zu tun haben, wie zum Beispiel Umweltthemen, die sich ebenfalls auf ihre Politik und Aktivitäten beziehen können. Die von der ORKB auf dem Gebiet der Streitkräfte vorgenommenen Prüfungen können das Parlament bei der Ausübung seiner demokratischen Kontrolle dieser Streitkräfte unterstützen. Die Prüfung großer Vertragsvergaben und der Ordnungsmäßigkeit sind für das Parlament von besonderem Interesse. Abschliessend fordern die schnellen Änderungen der Aufgaben und Pflichten der Streitkräfte innerhalb des internationalen Rahmens Prüfungen, die diesen Rahmen reflektieren und das Erfordernis und den Wert einer engeren Zusammenarbeit zwischen den ORKBn auf diesem Gebiet hervorheben

Die von der ORKB auf dem Gebiet der Streitkräfte vorgenommenen Prüfungen können das Parlament bei der Ausübung seiner demokratischen Kontrolle dieser Streitkräfte unterstützen.

Fordern die schnellen Änderungen der Aufgaben und Pflichten der Streitkräfte innerhalb des internationalen Rahmens Prüfungen, die diesen Rahmen reflektieren und das **Erfordernis** und den Wert einer engeren Zusammenarbeit zwischen den ORKBn auf diesem Gebiet hervorheben.



44

Statistische Stichprobentechniken in der Praxis Durchführung einer telefonischen Umfrage während einer Wirtschaftlichkeitsprüfung Eine maltesische Erfahrung

MANTOINE D'AMBROGIO-ARACI1

National Audit Office von Malta, Seniorprüfer in der VFM-Sektion

Das National Audit Office von Malta wählte kürzlich ein Thema für die Vornahme einer Wirtschaftlichkeitsprüfung und veröffentlichte einen detaillierten Bericht über das Management von Schülertransporten.

In Übereinstimmung mit den Normen der optimalen Mittelverwendung untersuchte diese Rechnungsprüfung Aspekte der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit des Schülertransports in Malta. Dieser Artikel befasst sich jedoch nur mit der Bewertung der Leistungskriterien. Ein wahrheitsgetreues Kriterium der Wirksamkeit, definiert als die Beziehung zwischen der geplanten und der realen Leistung, erfordert die exakte Einschätzung der realen Leistung. Als die idealste Methode hierfür nahm das Prüferteam während der Anfangsphase der Prüfung (in der Durchführbarkeitsstudie) für den Erhalt eines Leistungskriteriums bezüglich der für die Schüler erbrachten Dienstleistung und des aus dieser entstehenden Zufriedenheitsgrades einen direkt identifizierten Kontakt mit den Schülern auf.



Vorgeschichte

Die Abteilung Erziehung des Erziehungsministeriums von Malta bietet in Übereinstimmung mit der Politik der Regierung unseres Landes den kostenlosen Transport für einen Grossteil der Schüler der öffentlichen Grund- und Oberschulen an². Alle Schüler die mindestens 1,6 km von der von ihnen besuchten Schule entfernt wohnen, können diesen Transport in Anspruch nehmen. Diese Abteilung vergibt die Erbringung dieser Dienstleistung mit Kosten von circa 2,4 Millionen Euro pro Jahr.

Da es sich um ein soziales Thema handelt, von dem mehr als 40% der gesamten Schülerzahl (circa 19.000 Schüler) betroffen ist, greifen die Politiker und Presse besonders während der ersten und letzten Wochen des Schuliahrs das Thema des Schülertransports mit großer Häufigkeit auf, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Mängel besonders stark zu Tage treten. Dieses periodische Interesse veranlasste die Sektion der Wirtschaftlichkeitsprüfung des NAO von Malta, das Schülertransportsystem einer Leistungskontrolle zu unterziehen3.

Die Abteilung Erziehung des Erziehungsministeriums von Malta bietet in Übereinstimmung mit der Politik der Regierung unseres Landes den kostenlosen Transport für einen Grossteil der Schüler der öffentlichen Grund- und Oberschulen an.

¹ Herr D'Ambrogio-Araci ist Seniorwirtschaftsprüfer im National Audit Office von Malta – Sektion der optimalen Mittelverwendung (VFM).

² Schüler zwischen 3 und 16 Jahren.

³ Diese wurde während der Periode von Oktober 2001 bis Mai 2002 durchgeführt. Der entsprechende Bericht unter dem Titel 'Wirtschaftlichkeitsprüfung – Schülertransportsystem' wurde im September 2002 veröffentlicht. Kopien (in Englisch) können auf der Webseite der NAO von Malta unter der Adresse www.nao.gov.mt abgerufen werden.

Ziele der Interviews

Verschiedene Interessengebiete, die sich mit grösster Wahrscheinlichkeit auf das Dienstleistungsniveau und damit auf die Wirksamkeit des Systems auswirken, wurden aufgrund von Interviews mit den Endverbrauchern in Angriff genommen. Die zu deckenden Charakteristika und Praktiken waren folgende:

- Pünktlichkeit, Schnelligkeit und Regelmäßigkeit des Transportservice
 - · Sicherheit und Sauberkeit
 - Verhalten
- Klagen der Endbenutzer und deren Lösungen
 - Zufriedenheitsgrad der Endbenutzer

Datenbeschaffung

Der erste Schritt für den Erhalt der Meinungen der Endverbraucher war der Erhalt der relevanten Schülereinzelheiten. Nach einigen *Brainstormingsitzungen* innerhalb des Teams wurde beschlossen, die Meinungen von für diesen Transport in Frage kommenden Schülern im Gegensatz zu den wirklichen Endbenutzern einzuholen. Auf diese Art und Weise würde ebenfalls der Eindruck derjenigen gewonnen werden, die am unzufriedensten mit der Dienstleistung sind (die in Frage kommenden Schüler, die diesen Service nicht benutzen).

Der Erhalt der Schülerlisten musste auf Schulebene vorgenommen werden⁴. Ausserdem und obwohl an allen Schulen spezialisierte Datenbankenpakete zur Verfügung stehen, variiert die Benutzung dieser jedoch sehr. Aus diesem Grund wurden dem Prüfungsteam Schülerlisten in verschiedensten Formaten zur Verfügung gestellt. Die elektronischen Daten beinhalteten Dokumente in Word und Excel sowie auch ASCII-Dateien. Die meisten Schulen stellten die angeforderten Daten nur in ausgedruckter Form zur Verfügung. Ausserdem wurden in vielen Fällen viel mehr Daten als angefordert zur Verfügung gestellt.

Das Team reagierte mit der Einführung eines Datensammelverfahrens, dass das Scannen aller gedruckten Listen mit OCR-Software sowie die spätere Eingabe der Daten in Excelformat beinhaltete. Alle elektronischen Dateien wurden auf Excel umgestellt. Anschliessend wurden die Daten in einer Kalkulationstabelle zusammengefasst und zwecks Eliminierung der überschüssigen Daten gefiltert. Die nachstehende Tabelle beschreibt die auf diese Weise erhaltenen Daten:

Schulen	In Frage kommende Schüler
47 Grundschulen	3.892
36 Oberschulen	14.826
83 Insgesamt	18.718

Die niedrigere Schülerzahl in den Grundschulen entsteht aus dem Grund, dass die Einzugsgebiete der Grundschulen (geographisch) nicht so umfassend sind, wie diejenigen der Oberschulen.

Die Mitglieder des Prüfteams mussten die Meinungen der Endbenutzer binnen einer Periode von 5 Wochen einholen. Man war der Ansicht, dass der Telefonkontakt für die Verteilung (und das spätere Einsammeln) der Druckformulare günstig wäre. Auf diese Art und Weise ist ein direkter Kontakt mit den Endbenutzern in ihren Wohnungen möglich.

Zwecks Garantie der höchsten Reaktion der Benutzer, sollten die Telefonanrufe am späten Nachmittag während der Woche und Samstag vormittags erfolgen. Für die Oberschulen sollten die Schüler selbst die Zielgruppe sein und für die Grundschulen die Eltern.

Die Pilotumfrage

Das Umfrageverfahren wurde mit der Erstellung des Fragebogens begonnen. Das Prüferteam benutzte bei dieser Erstellung Information, die aufgrund von Dokumentierungsarbeiten und Unterredungen mit Beamten der Abteilung Erziehung und der Schulen erhalten wurde.

Dieser Fragebogen wurde im Versuchsgang erprobt und während dieses Versuchs wurden 32 Kontakte erfolgreich hergestellt. Die Auswahl der Unterlagen erfolgte gemäss Zufallsstichproben mit der

Da es sich um ein soziales Thema handelt, von dem mehr als 40% der gesamten Schülerzahl betroffen ist, greifen die Politiker und Presse besonders während der ersten und letzten Wochen des Schuljahrs das Thema des Schülertransports mit großer Häufigkeit auf, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Mängel besonders stark zu Tage treten.

Wurde beschlossen, die Meinungen von für diesen Transport in Frage kommenden Schülern im Gegensatz zu den wirklichen Endbenutzern einzuholen.



46

Anwendung der "Schichtung" zur Identifizierung der beiden Schulkategorien, dass heisst, der Grundschule und der Oberschule. Zwecks Garantie, dass eine ausreichende Anzahl an Kontakten gemacht wurde, beinhaltete die Kontaktliste zusätzliche (Reserve-) Elemente, die, wenn erforderlich, verwendet würden.

Man einigte sich auf eine Standardvorstellung. Da das Word "Umfrage" normalerweise die Befragten abschreckt, wurde sich auf diese als "Studie" bezogen. Es wurde außerdem darauf geachtet, dass die "Studie" nicht mit "Regierung" verbunden wurde. Auf diese Art und Weise wurde das Risiko der politischen Verzerrung auf ein Mindestmass beschränkt.

Die Antworten, die ursprünglich in einem vorgedruckten Fragebogen gegeben wurden, wurden in Excel eingegeben und analysiert. Durch die während der Pilotumfrage erhaltenen Daten machte das Team sicher, dass die Ziele der Umfrage angemessen in Angriff genommen wurden.

Die Hauptumfrage

Nach Beendigung der Pilotumfrage wurden auf dem Fragebogen in Übereinstimmung mit dem erhaltenen Feedback Anpassungen vorgenommen. Das Team entschloss sich außerdem zur elektronischen Online-Datenerfassung der Antworten, anstatt der traditionelleren vorgedruckten Fragebogenformulare. Der einzige relevante Vorteil der Verwendung von vorgedruckten Formularen war der relative Mangel an Selbstvertrauen der Teammitglieder bei der Verwendung von der Software der Interviewdatenerfassung. Die Vorteile der Anwendung eines Computersystems mit weniger Arbeit vor und nach der Durchführung der Studie sowie ein niedrigeres Irrtumsrisiko überwogen bei weitem den relativen Mangel an Selbstvertrauen.

Das Team nutzte die Kenntnisse der IT-Unterstützungseinheit des NAO für den Entwurf und die Entwicklung des Datenerfassungsprogramms. Dieses wurde im Access-Programm entwickelt und erlaubte die Erfassung der Antworten der Interviews innerhalb eines einzigen Scrollbildschirms.

Da die Schüleranzahl für eine gesamte Befragung zu hoch war, mussten Stichprobentechniken verwendet werden. Für die Auswahl der Stichprobe wurde eine Multisystemtechnik als die angebrachteste gehalten. Hierzu mussten zwei getrennte Stichproben gewählt werden, die wichtigste in geschichteter und die zweite in Klumpenform.

Es wurde die Schichtung gewählt, weil diese Stichproben hervorbringt, die repräsentativer für die Schüleranzahl sind. Die nachfolgende Tabelle enthält die Schüleranzahl und die Grössen der geschichteten Stichproben.

Schule	Schüleranzahl	Stichprobe
Grundschule	3.892	122
Oberschule	14.826	480
Insgesamt	18.718	602

Innerhalb einer jeden Schulkategorie hing die Anzahl der Elemente pro Schule von der Schüleranzahl der entsprechenden Schule ab, ebenso der geforderte Vertrauensgrad und die Grenzen. Abgesehen von den so festgelegten Elementen, wurde eine Reihe von Reservelementen ausgewählt. Diese sollten als Ersatz dienen, falls die Teilnahme an der Studie abgelehnt würde.

Das Prüferteam war davon überzeugt, dass die Schichtung Resultate ergeben würde, die für die Merkmale der Oberschulen und der größeren Grundschulen repräsentativ sind. Es wurde jedoch ein blinder Punkt entdeckt - die kleineren Grundschulen der ländlichen Gebiete. Während der Pilotstudie entdeckte das Team, dass der Schülertransport dieser kleinen Schulen seine eigenen Merkmale hatte.

Um in entsprechender Art und Weise die Antworten zu erfassen, die diese Charakteristika beinhalten, wurde die Methode der Klumpenstichproben gewählt. Zwei Grundschulen, eine im Norden und eine weitere im Süden von Malta wurden hierfür ausgesucht. Als Klumpenstichprobe wurden alle diese Schulen besuchenden Schüler, die für die Benutzung des Schülertransport in Frage kamen, ausgesucht. Diese Stichprobe ergab 146 Schüler.

Nach Vornahme der gewünschten (geschichteten) Interviews und der Kontaktaufnahme mit den Elementen der Klumpenstichprobe wurden die Access-Dateien erneut in das Excelprogramm eingegeben und hiermit begann die Verarbeitungsphase der endgültigen Daten.

Es wurde außerdem darauf geachtet, dass die "Studie" nicht mit "Regierung" verbunden wurde. Auf diese Art und Weise wurde das Risiko der politischen Verzerrung auf ein **Mindestmass** beschränkt.



Stichproben.

Datenverarbeitung und Analyse

Diese Phase beinhaltete die Löschung von unnötigen Daten (Löschung von ungültigen Antworten, die irrtümlich eingegeben wurden) sowie eine wichtige Neukodierung. Diese Neukodierung bestand in der Gruppierung von Textvariablen in Freiformat in zusammengefasstere Kategorien, zwecks Erleichterung der Analyse dieser.

Nach Abschluss dieser Phase nahm das Team die Endphase in Angriff und zwar die der Datenanalyse. Die gesamte Datei wurde in SPSS (Statistical Package for Social Sciences) umgewandelt. Das Prüfteam entschloss sich für dieses Softwarepaket aufgrund seiner hoch entwickelten statistischen Tools.

Die SPSS-Software wurde für den Erhalt von statistischen Funktionen (wie Durchschnitt, Ausmass und typische Abweichung) verwendet sowie für weitere und noch entwickeltere wie Kombinationstabellen und Analyse von multiplen Antworten. Die Kombinationstabellen erlaubten dem Prüferteam, Defekte im Verhaltensmuster innerhalb verschiedener Untergruppen zu identifizieren. Die Analyse von multiplen Antworten wurde bei Fragen verwendet, bei denen die Befragten mehr als eine gültige Antwort geben konnten.

Durch die Analyse wurden alle ursprünglich festgelegten Ziele erfasst.

Nach der Analyse wurden die relevanten Resultate in Tabellenform oder graphischer Darstellung dargestellt. Dieses Material wurde als Stützmaterial dem Text des veröffentlichten Prüfungsbericht beigefügt.

Die wichtigsten Merkmale des Schülertransports in Malta, die sich aus dieser Studie ergaben, sind folgende:

- 81% der in Frage kommenden Schüler benutzen den Schülertransport morgens und nachmittags.
- 24% der Schüler, die den Transport morgens benutzen, stehen vor verschlossener Schule.
- 23% der Benutzer des Nachmittagstransports müssen länger als 15 Minuten warten.
- 27% der den Morgentransport benutzenden Schüler führten Fälle der Überbelegung an.
- 4% der Benutzer stuften das Verhalten der Schüler während des Transport als schlecht ein.
- 70% der Befragten, die vorher eine Reklamation eingereicht hatten, waren mit deren Resultat nicht zufrieden.
- Der allgemeine Zufriedenheitsgrad der Benutzer des Schülertransports liegt bei circa 76%.





Die Entwicklung einer Schulungsinfrastruktur in den Kandidatenländern für den Beitritt zur Europäischen Union

PATRICK CALLAGHAN

Direktor für Information, Entwicklungsinitiative der INTOSAI

Die Entwicklungsinitiative der INTOSAI (IDI) war seit 1986 der "Schulungsarm" der INTOSAI. Zwischen 1986 und Ende 2000 war die IDI mit dem Office of the Auditor General von Kanada verbunden. Ab dem 1. Januar 2001 obliegt dem Generalrechnungsprüfer von Norwegen die Verantwortung des IDI-Sekretariats.

Die Aufgabe der IDI besteht darin, den Entwicklungsländern bei der Verbesserung ihrer Rechnungsprüfungskapazität zu helfen, damit diese die anfallenden Rechnungsprüfungsthemen durch Schulung, den Austausch von Information sowie durch Technische Assistenz in den Regionen der INTOSAI angehen können.

Im Februar 2003 wurde die Phase I des Schulungsprogramms in EUROSAI/IDI-Zusammenarbeit mit einem Schulungsworkshop für das sich im Rechnungsprüfungspraktikum befindliche Personal in Zypern beendet. Die erste Phase war die Einführung des Langfristigen Schulungsprogramms der IDI (LTRTP) in 12 Kandidatenländern für den Beitritt zur Europäischen Union (EU).

(Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn und Zypern). Dieses integrale Schulungsprogramm wurde zum ersten Mal in Europa erteilt. Dieser Artikel veranschaulicht den Prozess und die Resultate der Einführung des LTRTP in Europa.

Einführung

Die Entwicklungsinitiative der INTO-SAI (IDI) hat eine lange Erfahrung in der Abhaltung von fortlaufenden Schulungsprogrammen in den Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKBn) der Entwicklungsländer. Seit 1986 hat sie sich hauptsächlich auf das LTRTP, ein integrales Aktivitätenprogramm konzentriert, das zur Gründung eines "Pools" von circa 25 diplomierten Spezialisten für die Schulung führte. Diese Spezialisten kehren in ihre ORKBn als nationale und regionale Schulungsressourcen zurück.

Bis 2000 war der Kontakt zwischen der EUROSAI und der IDI spärlich. Aus dem Dialog zwischen dem EUROSAI-Präsidium und der IDI ging vor einigen Monaten die Erkenntnis hervor, dass jetzt ein echter sich entwickelnder/entstehender Nationsstatus in einigen Teilen Europas existierte und dass die in den Kinderschuhen steckenden ORKBn in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion von dem IDI-Schulungsprogramm als Mittel der Einführung von Nachhaltigkeit in ihre Länder profitieren können.

Hintergrund der Phase I (EU-Kandidatenländer)

Eine der ersten Aufgaben bei der Abhaltung eines LTRTP besteht darin, zusammen mit dem Regionalen Schulungskomitee die Grenzen des Projekts zu definieren. Welche Länder sollten zur Teilnahme an dem Programm eingeladen werden? Sind irgendwelche Voraussetzungen hierfür nötig? Wie würde dieses Programm finanziert werden?

Bereits in seiner sehr frühen Phase war es klar, dass aus logischen Gründen das Programm in zwei Phasen abgehalten werden muss. Normalerweise wird jedes Teilnehmerland aufgefordert, zwei Vertreter zu den LTRTP-Workshops zu entsenden und da jeder Workshop nicht mehr als 25 Teilnehmer haben kann, gingen die Zahlen einfach nicht

Diese Spezialisten kehren in ihre ORKBn als nationale und regionale Schulungsressourcen zurück.

Eine der ersten Aufgaben bei der Abhaltung eines LTRTP besteht darin, zusammen mit dem Regionalen Schulungskomitee die Grenzen des Projekts zu definieren.



49

Ist zu

erwarten,

mit der

Zeit die

dass durch

die Schulung

auf. Eine zweite Überlegung war die Sprache. Einige Länder, die eventuell eingeladen werden sollten, Vertreter zu schicken, konnten nicht garantieren, dass diese ausreichende englische Sprachkenntnisse haben, um beide Phasen des Programms in englischer Sprache abhalten zu können. Aus diesen Betrachtungen entstand die Idee eines Programms in zwei Phasen.

Die Analyse dieser strategischen Fragen fiel mit der Übertragung der Verantwortung für das IDI-Sekretariat von dem Office of the Auditor General von Kanada auf das National Audit Office von Norwegen zusammen. Die Planung der Anwendung des ersten Strategieplans der IDI für die Periode 2001-2006 war in jener Phase ebenfalls eine Priorität. Beide Events eröffneten die IDI-Aktivitäten für eine neue Finanzierungsgemeinschaft. Über seine Internationale Agentur für Entwicklungszusammenarbeit, NORAD, hatte die norwegische Regierung einem Antrag seines Parlaments für die Finanzierung der Kosten des IDI-Sekretariats zugestimmt. Hierzu kam, dass man auf einen Antrag seitens des norwegischen Außenministeriums zu einem Abkommen kam, mittels dem dieses Ministerium die gesamte Phase I der EUROSAI finanzierte.



Das Hauptziel des LTRTP der EURO-SAI ist "den ORKBn helfen, ihre Schulungskapazitäten zu verbessern und den Umfang ihrer Schulungsaktivitäten und des Informationsaustausches mittels der Verbesserung der Infrastrukturen zu erweitern, die die Nachhaltigkeit und Durchführbarkeit sowohl der regionalen als auch der lokalen Programme garantieren, mit gleichzeitiger Erkennung der Streuung der Erfahrung und der Entwicklung der teilnehmenden ORKBn". Als Resultat dieses zweiphasigen Programms ist zu erwarten, dass durch die Schulung mit der Zeit die Qualität der Rechnungsprüfungspraktik in der Region verbessert wird.

Das LTRTP besteht aus den folgenden fünf Schlüsselaktivitäten:

- 1. Ein dreitägiger Workshop über Strategische Planung, der für die Vertreter der teilnehmenden ORKBn bestimmt ist.
- 2. Ein sechswöchiger Workshop über Entwurf und Entwicklung des Lehrgangs,

bestimmt für die Bildung einer Gruppe von Personen, die über höchste Qualifizierungen im Entwurf und der Entwicklung von Lehrgängen verfügen.

- 3. Ein dreiwöchiger Workshop über Schulungstechniken, bestimmt für die Bildung einer Gruppe von äußerst geschulten Ausbildern.
- 5. Eine zweiwöchige, den Workshop über Regionale Rechnungsprüfung vorbereitende Versammlung und
- 6. Ein zweiwöchiger Workshop über Regionale Rechnungsprüfung, der von in LTRTP diplomiertem Personal für regionale Teilnehmer erteilt wird.

Im Fall der Phase I der EUROSAI wurde beschlossen, zwei Workshops über Regionale Rechnungsprüfung abzuhalten, die das unter den EUROSAI-Mitglieder existierende Interesse berücksichtigen und gleichzeitig erlauben, dass das Schulungsteam die Lektionen des ersten Workshops verarbeitet und das Schulungsmaterial verbessert, um dessen Auswirkungen auf die spätere Verteilung unter allen teilnehmenden ORKBn zu erhöhen.

Die nachfolgenden Paragraphen beinhalten eine detaillierte Schilderung von vier der fünf oben beschriebenen Aktivitäten mit Beschreibung der Resultate einer jeden und Hervorhebung der wichtigsten Merkmale.

Workshop über Strategische Planung (Strategic Planning Workshop - SPW)

Der SPW ist einer der wichtigsten Schlüssel für die Maximierung der Auswirkungen des LTRTP. Er vereint traditionell führende Vertreter der ORKBn der teilnehmenden Länder zwecks Garantie eines Interesses auf hohem Niveau und eines Zusammenarbeitsabkommens für zukünftige Schulungen. Der SPW ist außerdem der erste entscheidende Schritt zur Festlegung der Schulungsprioritäten einer Region und er bestimmt die Teilnahmekriterien des restlichen LTRTP.

Der SPW der Phase I fand in Oslo, Norwegen vom 11.- bis 13. Dezember 2000 mit Teilnehmern von 11 ORKBn statt. Es waren außerdem Beobachter der ORKBn von weiteren sieben europäischen Ländern und Vertreter der IDI anwesend.

Die Resultate dieser Versammlung waren in erster Linie folgende: Alle Vertreter verpflichteten sich, dass ihre ORKB am



Qualität der Rechnungsprüfungspraktik in der Region verbessert wird.

LTRTP-Prozess teilnehmen würden; es wurden die Teilnahmekriterien am restlichen LTRTP festgelegt; es wurden die Schulungsprioritäten aufgelistet und man kam zu einem Übereinkommen über die Evaluierungsregulierung des LTRTP.

Workshop über Entwurf und Entwicklung der Kurse (Course Design and Development Workshop - CDDW)

Der sechs Wochen dauernde CDDW fand in Prag, Tschechische Republik, vom 22. Oktober bis 30. November 2001 statt. Dieser an erfahrene Rechnungsprüfer gerichtete Workshop vereinte 26 Teilnehmer aus zwölf Ländern. Das Hauptziel war die Bildung eines "Pools" von in der Erfordernisanalyse, Entwurf und Entwicklung der Kurse und Evaluierung der Schulung qualifizierten Schulungsspezialisten und der Workshop beinhaltete außerdem theoretische und praktische Aktivitäten. Das Vor-Ort-Team der IDI bestand aus einem Ausbilder, einem Mitausbilder, drei thematischen Experten, einem Lehrgangsverwalter und Sekretariatsunterstützung.

Der CDDW wurde in zwei Segmente geteilt: Ein zwei Wochen dauerndes Segment der theoretischen Schulung und eine Praktikum von vier Wochen. Das Resultat der theoretischen Schulung war eine Reihe von 26 individuellen Kursen von zweitägiger Dauer über folgende Themen:

- Aufdeckung von Betrug und Unregelmässigkeiten
 - Interviewfähigkeiten
- Anwendung der analytischen Überprüfung
- Evaluierung des Risikos in der Rechnungsführungsprüfung

Das Praktikum bestand in einem achttägigen Kursus über Programmierung der Rechnungsprüfung und Dokumentation in Übereinstimmung mit dem im SPW Vereinbarten. Die Schulungsmethodologie der IDI, die Systematische Inangriffnahme der Schulung - die sich auf die praktische Anwendung der Kenntnisse auf das teilnehmende Angehen und auf ein nachhaltiges Resultat konzentriert, verwandelten sich in die Erstellung eines Führers für eine jede der 17 Sitzungen des achttägigen Kurses, Notizen für die Teilnehmer, Übungsstücke und visuelle Hilfe. Man ist der Ansicht, das die Qua-

lität dieses Schulungsmaterials ausreichend ist, um von den teilnehmenden ORKBn der Region verwendet zu werden.

Zusammengefasst vermittelte der CDDW den Teilnehmern die nötigen Kenntnisse für den Entwurf und die Entwicklung von Schulungsprogrammen für die technische Rechnungsprüfung und für die Inangriffnahme der lokalen und regionalen Schulungserfordernisse. Am Ende gaben die Teilnehmer ihrer Begeisterung über die während des CDDW erlernte Schulungsmethodologie Ausdruck und viele hatten den Wunsch, sofort einige oder alle im Programm angewendeten Schulungstechniken und -strategien anzuwenden. Viele Teilnehmer erkannten ebenfalls an, dass die Einführung in einiger dieser Techniken in ihren Heimatinstitutionen grosse Anstrengungen erfordern würde.

Einige der während des CDDW gefundenen Herausforderungen war die Anwendung der englischen Sprache als Arbeitssprache und die unterschiedliche Erfahrung der Teilnehmer in der Rechnungsführungsprüfung. Die Ziele des Workshops wurden jedoch dank des Engagements der Teilnehmer und ihres Wunsches, zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen, erreicht.

Workshop über Schulungstechniken (Instructional Techniques Workshop - ITW)

Der ITW der Phase I fand in Krakau, Polen, vom 8.- 26. April 2002 statt und vereinte den größten Teil der Spezialistengruppe, die am CDDW teilgenommen hatten. Die Ziele dieses Workshops waren folgende:

- Das Erlernen, Praktizieren und Anwenden von Schulungstechniken und Gruppenförderungsfähigkeiten und
- Die praktische Erprobung des Materials für die während des CDDW entworfnen und entwickelten Kurse.

Vom methodologischen Standpunkt aus gesehen, verwendet und lehrt der ITW "eine auf der Erfahrung begründete Inangriffnahme" der Schulung, die auf dem Lernen anhand der Praxis basiert. Die Struktur dieses Workshops bot progressive praktische Gelegenheiten, beginnend mit Schulungsgrundkenntnissen und fortfahrend mit fortgeschritteneren Kompetenzen in der Förderung und Gruppendynamik.

Zusammengefasst
vermittelte der
CDDW den
Teilnehmern
die nötigen Kenntnisse
für den Entwurf
und die
Entwicklung von
Schulungsprogrammen
für die technische
Rechnungsprüfung
und für die
Inangriffnahme der
lokalen und regionalen
Schulungserfordernisse.



51

Verwendet und lehrt der ITW "eine auf der Erfahrung begründete Inangriffnahme" der Schulung, die auf dem Lernen anhand der Praxis basiert.

Es wurde eine Evaluierungsstrategie angewandt, die sich auf die praktische Vorführung seitens der Teilnehmer umfassender, im Kursus beinhaltete Kenntnisse konzentriert. Die Resultate der Evaluierung bestätigten, dass die Organisation und Struktur des Workshops solide waren und sowohl das Können als auch das Selbstvertrauen aller Teilnehmer erheblich verbesserte. Ein Teil dieser Evaluierungsstrategie bestand in einem Selbstbewertungsfragebogen, der von den Teilnehmern vor und nach dem ITW ausgefüllt wurde und ihnen die Möglichkeit gab, ihr Vertrauensniveau in einer jeden der in dem Workshop behandelten Materien zu bewerten. Die Resultate dieser Selbstbewertung bewiesen den von den Teilnehmern erzielten Fortschritt (der Durchschnitt der Gruppe verbesserte sich um 46%) und es wurde festgestellt, dass die Evaluierung ein nützliches Werkzeug für die Messung des Erlernten ist.

Während der dritten Woche (Praktikum) wurde das während des CDDW entwickelte Material getestet. Die Teilnehmer bewiesen, dass das Material im Allgemeinen effizient war und leicht an die spezifischen Erfordernisse der Mitglieds-ORKBn anzupassen ist.

Nach Beendigung des ITW erhielten 25 Teilnehmer ein Zertifikat über Schulungstechniken der IDI, während 22 Teilnehmern, die sowohl den CDDW als auch den ITW erfolgreich absolvierten, ein Diplom als Schulungsspezialisten der IDI verliehen wurde.

Workshop über Regionale Rechnungsprüfung (Regional Audit Workshop - RAW)

Es wurde bereits erwähnt, dass zum Gegensatz zu vorhergehenden Abhaltungen des LTRTP für dieses Programm der Phase I der EUROSAI zwei RAW geplant waren. Der erste fand in Tallinn, Estland, vom 9. bis 20. September 2002 statt und der zweite in Nikosia, Zypern, vom 3. bis 14. Februar 2003. Mit einer Ausnahme waren die Ausbilderteams beider Works-



Aufgliederung der Sitzungen des Workshops über Regionale Rechnungsprüfung

Lehrgang über Rechnungsführungsprüfung:

- 1.1. Das Verstehen der Körperschaft
- 1.2. Festlegung der Wichtigkeit
- 1.3. Evaluierung des Prüfungsrisikos
- 1.4. Festlegung des Umfangs und der Ziele der Prüfung
- 1.5. Festlegung der Inangriffnahme der Prüfung
- 1.6. Festlegung des Stichprobenverfahren
- 1.7. Erstellung eines Prüfungsplans
- 2.1. Entwurf eines detaillierten Rechnungsprüfungsprogramms
- 2.2. Durchführung von Tests der Kontrollverfahren
- 2.3. Durchführung von Bestätigungsverfahren
- 2.4. Vornahme einer analytischen Überprüfung
- 3.1. Vornahme einer Evaluierung der Prüfung und Prüfungsschlussfolgerungen
- 3.2. Erstellung eines Managementschreibens
- 3.3. Vorbereitung des Rechnungsprüfungsberichts
- 3.4. Planung/Ausführung der Weiterverfolgung
- 3.5. Arbeitsdokumente

Aufdeckung von Betrug und Unregelmässigkeiten

- 1. Einführung und Überblick des Workshops über Aufdeckung von Betrug und Unregelmässigkeiten
- 2. Betrug und andere Arten der Unregelmäßigkeit. Die Funktion der ORKB in der Verhütung und Aufdeckung von Betrug und Unregelmässigkeiten.
- 3. Evaluierung der Verletzlichkeit gegenüber Nichterfüllung
- 4. Überblick über die Prüfung des Vollzugs
- 5. Bericht über Betrug und andere Unregelmässigkeiten

hops gleich. Vor dem ersten RAW nahm das Ausbilderteam in Oslo, Norwegen an einer vorbereitenden Versammlung teil.

Die ersten acht der insgesamt zehn Arbeitstage eines jeden Seminars boten eine Einführung in die Rechnungsführungsprüfung an und die beiden letzten Tage waren der "Aufdeckung von Betrug und Unregelmässigkeiten" gewidmet. An beiden RAW nahmen 60 Rechnungsprüfer der Kandidatenländer für den Beitritt zur EU teil. Der Entschluss, einen zweiten RAW abzuhalten, war offensichtlich aufgrund der Verbesserung der Punktbewertung des zweiten RAW gerechtfertigt. In dem in Zypern abgehaltenen RAW bewerteten 97% der Teilnehmer den Kursus über die Rechnungsführungsprüfung als "ausserordentlich nützlich für meine Ausbildungserfordernisse", im Vergleich zu den 59% in Tallinn. Die Werte des Kurses über den Betrug erreichten 74% und 71%. Die Gründe dieser Verbesserung der Evaluierung ist eine Kombination der Reaktion der Ausbilder auf das nach Tallinn erfolgte Feedback und der Änderungen der Auswahlkriterien der Teilnehmer für den Einschluss von Rechnungsprüfern mit weniger Erfahrung.

Resultate und Ergebnisse der Phase I des LTRTP

Bei Betrachtung der Resultate und Ergebnisse, kann folgendes hervorgehoben werden:

- 22 diplomierte Schulungsspezialisten, die zu ORKBn von 12 Kandidatenländer für den Beitritt zur EU gehören und sowohl am CDDW als auch am ITW teilnahmen.
- Drei Teilnehmer am CDDW, die Kurse entwerfen und entwickeln können.
- Zwei Teilnehmer am ITW, die als Ausbilder handeln können.
- Zwei Kurse über Rechnungsführungsprüfung und Aufdeckung von Betrug und Unregelmässigkeiten. Ein jeder von ihnen mit der Erstellung und Verteilung eines Ordners für den Ausbilder und den Teilnehmer sowie Zurverfügungstellung dieses Materials Online.
- Rechnungsprüfer von 60 ORKBn, die sowohl in der Rechnungsprüfung als auch



Absolventen der Phase I des LTRTP der EUROSAI In der ersten Reihe, von links nach rechts:

Stefka Mihaylova (Bulgarien), Louiza Avraamides (Zypern), Jayne Totty (IDI), Aline Vienneau (IDI), Nina Østlund (IDI), Manuela-Lavinia Toma (Rumänien), Gülsün Canova (Türkei), Victor Dan (Rumänien), Dace Grinberga (Lettland), Helena Niepelová (Slowakische Republik), Goranka Kiralj (Slowenien), Tõnis Saar (Estland), Karin Kuller (IDI) In der zweiten Reihe von links nach rechts:

Rick Steel (IDI), Malgorzata Kram (Polen), Aleksandra Kukula (Polnische Verbindungsbeamtin), Endre Àkos (Ungarn), Dainius Jakimavičius (Litauen), Danguole Subačiene (Litauen), Zbyslaw Dobrowolski (Polen), Chrysostomos Nicolaou (Zypern), Liisi Uder (Estland – Inhaberin des ITW-Zertifikats), Jolita Korzuniene (Litauen - Inhaberin des ITW-Zertifikats), Zoltan Giday (Ungarn), Kristjan Paas (Estland), Michaela Pohanková (Tschechische Republik), Ina Balcevica (Lettland), Fida Geagea (IDI), Árpád Tóth (Ungarn), Eva Rousová (Tschechische Republik), Zlatica Svetíková (Slowakische Republik), Nadya Topalova (Bulgarien)



in der Aufdeckung von Betrug geschult wurden.

Seit dem zweiten RAW haben alle teilnehmenden ORKBn ebenfalls eine CD-ROM mit dem kompletten Kursus für Ausbilder erhalten. Zusammen mit den lokalen Schulungsspezialisten geben diese Dokumente diesen ORKBn die Gelegenheit, auf nationaler Ebene ähnliche Programme in Angriff zu nehmen.

Phase II des LTRTP

Die nächste Ausgabe der EUROSAI-Zeitschrift wird einen Artikel über die Anfangsetappen des LTRTP der Phase II in den Balkanländern und der ehemaligen Sowjetunion veröffentlichen.

Für zusätzliche Information setzen Sie sich bitte mit Fida Geagea, Direktorin der EUROSAI-Programme unter der Nummer +47 22 24 11 45; E-mail: fida.geagea@idi.no in Verbindung.

Website der IDI (in englischer, französischer, spanischer und arabischer Sprache): http://www.idi.no.

Rechnungsprüfer von 60 ORKBn, die sowohl in der Rechnungsprüfung als auch in der Aufdeckung von Betrug geschult wurden.

Adressen der Eurosai-Mitglieder

EUROSAI-SEKRETARIAT

Fel: 355 42 32491, 429 Fax: 355 42 32491 E-mail: mkercuku@albaniaonline.net klsh@albaniaonline.net http://www.klsh.org.al

Tribunal de Comptes C/Sant Salvador, 10 3 r 7^a Andolla la Vella **Fürstentum von Andorra**

Tel: 376806020 Fax: 376806025 E-mail: tcomptes@andorra.ad

The Chamber of Control of the National Assembly of the Republic of Armenia Marshal Bagramyan Ave, 19 375095 Yerevan Armenien

Tel: 374 1 58 86 46 Fax: 374 2 58 85 42 E-mail: vpall@parliament.am Verpal@parliament.am

Accounts Chamber Government House 370016 Baku Aserbaidschan

Tel: 99412 932025 Fax: 99412 980182-932025 E-mail: office@ach.gov.az http://www.ach.gov.az

Cour des Comptes 2, Rue de la Régence 1000 Bruxelles Belgien

Tel: 3225518111
Fax: 3225518622
E-mail: ccrek@ccrek.be
Courdescomptes@ccrek.be
http://www.ccrek.be

Ured za reviziju financijskog poslovanja institucija Bosne i Hercegovine (The Audit Office of the Institutions of Bosnia Herzegovina) Musala, 9 Sarajevo, 71000 Bosnien und Herzegowina

Tel: 38733264740 Fax: 387332644740 E-mail: saibih@bih.net.ba http://www.revizija.gov.ba

National Audit Office 37, Exarch Joseph Str 1000 Sofia Bulgarien

Tel: 35929811941 Fax: 3592811941 E-mail: sp_mde@abv.bg

Rigsrevisionen St. Kongesgade 45 1264 Kobenhavn k Dänemark

Fal: 4533928400 Fax: 4533110415 E-mail: henrik.otbo@rigsrevisionen.dk http://www.ftrr.dk

Bundesrechnungshof Adenauerallee 81 53113 Bonn **Deutschland**

Tel: 491888721-2600 Fax: 491888721-2610 E-mail: poststelle@brh.bund.de http://www.bundesrechnungshof.de

The State Audit Office Narva Mnt. 11A 15013 Tallinn **Estland**

Finnland
Tel: 35894325700
Fax: 35894325818
E-mail: kirjaamo@vtv.fi
http://www.vtv.fi

Cour des Compte 13, Rue Cambon 75100 Paris Rp Frankreich

Tel: 33142989500 Fax: 33142989602 E-mail: cperron@ccomptes.fr

Chamber of Control
103, David Agmashenebellave
Tbilisi 380064
Georgien
Tel: 995 32 954469; 958849177
Fax: 995 32 954469;958849173
E-mail: chamber@ol.ge
http://www.chamber.gol.ge

4, Vournazou & 101 68 Athen Griechenland

Tel: 302106494836 / 3013840129 Fax: 302106466604 E-mail: elesyn@otenet.gr

E-main. recsyste ociented.

National Audit Office
157-197 Buckingham Palace Road
Victoria
London SW1W 9SP
Grossbritannien
Tel: 442077987777
Eax: 44207798790
E-mail: nao@gtnet.gov.uk
John. BOURN@nao.gsi.gov.uk
http://www.open.gov.uk/nao/home.htm

Office of the Comptroller and Auditor General Dublin Castle Dublin 2 Irland

Train Tel: 3531 6793122 Fax: 3531 6793288 E-mail: postmaster@audgen.irlgov.ie http://www.gov.ie/audgen

Fal: 3545614121 Fax: 3545624546 E-mail: postur@rikisend.althingi.is http://www.rikisend.althingi.is/

Corte dei Conti Via Baiamonti 25 00195 Roma Italien Tel: 390638762477 Fax: 390632657030 E-mail: Eric@corteconti.it http://www.coteconti.it

Tel: 73172152147 Fax: 73172323893 E-mail: esep_k@Kazai.Kz

State Audit Office Tkalciceva 19 Hr - 10000 Zagreb Kroatien Tel: 385 1 4813 302 Fax: 385 1 4813 304 E-mail: dur@zg.tel.hr http://www.revizija.hr

The State Audit Office 26 Valdemara Street Riga, LV 1937 **Lettland**

Tel: 3717286489 Fax: 3717283466 E-mail: lrvk@lrvk.gov.lv http://www.lrvk.gov.lv

Landtag des Fürstentums Kirchstrasse 10 FL-9490 Vaduz Liechtenstein

Tel: 370 2621646 Fax: 370 2625092 E-mail: NAO@vkontrole.lt http://www.vkontrole.lt

Court des Comptes 2, Av. Monterey L-2163 Luxembourg Luxemburg

Luxemburg
Tel: 352474456 - 1
Fax: 352474456 - 242
E-mail: tom.heintz@fi.etat.lu

Tel: 35243981 Fax: 352439846430 E-mail: info@eca.eu. http://www.eca.eu.int

National Audit Office Notre Dame Revelin Floriana CMR 02 Malta

Tel: 356 224013 Fax: 356 220708 E-mail: joseph.g.galea@gov.mt Hptt: //www.nao.gov.mt

State Audot Office M. Tito-12/3 Macedonia Palace Skopje, 100 Ehemalige Jugoslawische Republik von Mazedonien

Tel.: 38923211262 Fax: 38923126311 ext.106 E-mail: it@dzr.gov.mk

Tel: 3732233699 Fax: 3732540499 E-mail: cde@moldova.md

Commission Supérieure des Comptes de la Principauté Ministère d'Etat Place de La Visitation Mc 98015 Monaco Monaco Tel: 37793158256 Fax: 37793158801 E-mail: biancheri@gouv.mc

Algemene Rekenkamer Lange Voorhout 8 NL 2500 Ea Gravenhage Niederlande

Tel: 31703424344 Fax: 31703424130 E-mail: bjz@rekenkam.nl http://www.rekenkamer.nl

Fel: 4722241000 Fax: 4722241001 e-mail: jan-otto.joranli@riksrevisjonen.no http://www.riksrevisjonen.no

Tel: 43171171 - 8456 Fax: 4317129425 E-mail: intosai@rechnungshof.gv.at praes&@rechnungshof.gv.at http://www.rechnungshof.gv.at

Najwyzsza Izba Kontroli 57 Filtrowa Str. 00-950 Warschau 1 **Polen**

Tribunal de Contas Av. Barbosa du Bocage, 61 1094 Lisboa Codex **Portugal**

Tel: 351217972863 Fax: 351217970984 E-mail: dg@tcontas.pt http://www.tcontas.pt

Tel: 401 2301377 E-mail : rei@rcc.pcnet.ro http://www.rcc.pcnet.ro

Accounts Chamber of The

Tel.: 70 95 9860190 Fax: 70 95 2473160 http://www.ach.gov.ru

Nybrogatan 55 S-11490 Stockholm

Tel: 46851714000

Contrôle Fédéral des Finances de La Confédération Suisse Monbijoustrasse 51A CH 3003 Bern Schweiz

Tel: 41313231020 E-mail: sekretariat@efk.admin.ch Info@efk.admin.ch http://www.efk.admin.ch

Supreme Audit Office Priemyselná 2 SK 824 73 Bratislava Slowakische Republik

Tel: 421 7 55423069 Fax: 421 7 55568363 E-mail: hlavac@controll.gov.sk molnar@controll.gov.sk hhtp://www.controll.gov.sk

Court of Audit of The Republic of Slovenia Slovenska 50 SI -1000 Ljubljana Slowenien

Tel: 3491-4460466 Fax: 3491-5933894 E-mail: tribunalcta@tcu.es http://www.tcu.es

Supreme Audit Office Jankovcova 63 170 04 Prag 7 Tschechische Republik Tel: 420 2 33045350 Fax : 420 2 33045336 E-mail: dusan.tesnar@ http://www.nkv.cz

Sayistay Baskanligi Inonu Bulvari 06530 Balgat Ankara Türkei

Tel: 90 312 2953030 Fax: 90 312 2954094 E-mail: cevadgurer@sayistay.gov.tr cevadgurer@ttnet.net.tr http://www.Sayistay.Gov.tr

The Accounting Chamber of Ukraine 7M. Kotzyubynskogo Str. 01601, Kiev-30 Ukraine

E-mail: rp@ac-rada.gov.ua http://www.ac-rada.gov.ua State Audit Office Apaczai Csere Janos Utca 10 1052 Budapest **Ungarn**

The Committee of State Control of the Republik of Belarus 3, K. Marx St. Minsk 220050 Republik von Weissrussland

Tel.: 3750172272422 Fax: 3750172891484

E-mail: kgk@mail.belpak.by Audit Office of The Republic 12, Vyzantiou Str. Nicosia 152

Zypern Fax: 357 2 2668153 E-mail: cao@cytanet.com.cy http://www.audit.gov.cy



EUR®SAI

Organización de las Entidades Fiscalizadoras Superiores de Europa European Organisation of Supreme Audit Institutions Organisation des Institutions Supérieures de Contrôle des Finances Publiques d'Europe Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden Европейская организация высших органов финансового контроля